

**ONLINE-PUBLIKATION**

Jürgen Klute

**Strukturwandel  
und Industriepolitik  
im Ruhrgebiet**  
Ein historischer Überblick

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

JÜRGEN KLUTE ist evangelischer Pfarrer; 1989 bis 2006 war er Leiter des Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne (Ruhrgebiet) und in dieser Funktion mit sozial-, regional-, struktur- und wirtschaftspolitischen Fragen befasst; ab 2006 Mitglied des Vorstandes der WASG und später bis 2009 des Vorstandes der Partei DIE LINKE; 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments und wirtschaftspolitischer Sprecher der GUE/NGL; seit 2015 im Ruhestand und als freier Publizist und Journalist tätig ([www.europa.blog](http://www.europa.blog)).

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 5/2019

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Juni 2019

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

# INHALT

Vorbemerkung	4
<b>I Historische und politische Rahmenbedingungen des Strukturwandels im Ruhrgebiet</b>	<b>5</b>
<b>II Die Akteure im Strukturwandel</b>	<b>7</b>
1 Gewerkschaften	7
2 Sozialdemokratie	7
3 Montanindustrie	7
4 Die Rolle der 68er-Bewegung	7
5 Die Kirchen im Strukturwandel	8
6 Akteure des zweiten Arbeitsmarktes	8
7 DIE LINKE	9
<b>III Der geordnete Rückbau der Montanindustrie</b>	<b>10</b>
1 Die Abwicklung des Ruhrbergbaus	10
1.1 Die Anfänge der Kohlekrise	10
1.2 Die Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) und des Gesamtverbands des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt)	10
1.3 Hüttenvertrag und nationale Kohlereserve	11
1.4 «Jahrhundertvertrag», «Kohlepfennig», EU Wettbewerbsrecht	11
1.5 Innerbetriebliche Maßnahmen der RAG	13
1.6 Von der Kohle zur Sonne	13
1.7 Interventionen der Linksfraktion im Bundestag	15
1.8 Übersicht: Kohlepolitische Beschlüsse und Gesetze (1968–2018)	15
1.9 Die Finanzierung des sozialabgefederten Ausstiegs aus der Kohle	17
1.10 Zwischenfazit	25
2 Das Abschmelzen der Eisen- und Stahlindustrie	25
<b>IV Neuansiedlungen</b>	<b>27</b>
1 Industrielle Neuansiedlungen	27
1.1 Das Opel-Werk in Bochum	27
1.2 Siemens und Blaupunkt	27
1.3 Von Graetz über SEL, Nokia und Blackberry zu VW	27
1.4 Opel Bochum im Detail – Konflikte um die Neuansiedlung	27
1.5 Der langsame Untergang des Bochumer Opel-Werks	28
1.6 Vorschläge der Linksfraktion im Bundestag zu Opel in der Krise	29
2 Zukunft im Dienstleistungssektor	31
2.1 Neue Mitte Oberhausen/Centro Oberhausen	31
2.2 Der Movie-Park Bottrop-Kirchhellen	32
2.3 Callcenter – QVC in Bochum	32
2.4 Vom Stahlwerk zum Logport	32
2.5 IBA – Internationale Bauausstellung/Emscher Park	33
2.6 «New Park»	36
<b>V Die Förderinstrumente der öffentlichen Hand</b>	<b>37</b>
1 Öffentliche Investitionen	37
2 Eine neue Universitäts- und Hochschullandschaft entsteht	37
3 Kommunale Wirtschaftsförderung, Technologie- und Gründerzentren	38
4 Gründungsoffensiven im Ruhrgebiet	38
5 Der zweite Arbeitsmarkt	38
6 Das Ruhrgebiet – eine politische Patchwork-Landschaft	39
6.1 Metropole Ruhr und europäische Kulturhauptstadt Ruhr 2010	39
6.2 Essen als «Grüne Hauptstadt Europas 2017» und die «Grüne Dekade»	39
<b>VI Fazit</b>	<b>41</b>
<b>VII Literatur und Internetartikel</b>	<b>43</b>

JÜRGEN KLUTE

# **STRUKTURWANDEL UND INDUSTRIEPOLITIK IM RUHRGEBIET**

## **EIN HISTORISCHER ÜBERBLICK**

### **VORBEMERKUNG**

Dieser historische Überblick zum Strukturwandel und zur Industriepolitik im Ruhrgebiet wurde ursprünglich im April 2015 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen eines europäischen industriepolitischen Projekts erstellt. Im April 2019 wurde dieser Überblick aufgrund der Beendigung der Steinkohlenförderung in der Bundesrepublik am 20. Dezember 2018 aktualisiert.

Neben wenigen kleinen Korrekturen und Ergänzungen im Text wurden vor allem die beiden Unterkapitel «1.8 Überblick: kohlepolitische Beschlüsse (1968–2018)» und «1.9 Die Kosten des sozialabgefederten Ausstiegs aus der Kohle» zum Abschnitt III hinzugefügt; das Unterkapitel «1.10 Fazit» wurde entsprechend angepasst. Im Abschnitt V wurde das Unterkapitel «6.2 Essen ‹Grüne Hauptstadt Europas 2017› und die ‹Grüne Dekade›» ergänzt.

Grundsätzlich wird in von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Texten gegendert. In der vorliegenden Studie geht es jedoch um den Strukturwandel in der Montanindustrie im Ruhrgebiet; dort waren aus arbeitsrechtlichen Gründen – abgesehen von wenigen Tätigkeiten in der Verwaltung – in der Produktion nur Männer beschäftigt. Es klänge etwas merkwürdig, in diesem Kontext die ansonsten üblichen Genderregeln anzuwenden. Deshalb ist in den entsprechenden Teilen des vorliegenden Textes darauf verzichtet worden.

**Jürgen Klute**

Brüssel/Herne im April 2019

# I HISTORISCHE UND POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN DES STRUKTURWANDELS IM RUHRGEBIET

Das Ruhrgebiet existiert als Industrieregion seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Es entstand, weil zwischen Ruhr und Lippe große und für die damalige technische Entwicklung gut zugängliche Steinkohlevorkommen vorhanden waren, die für die neue Industrie als Energiequelle gebraucht wurden.

Da es kostengünstiger war, Erze zu den Kohlenlagerstätten zur Weiterverarbeitung zu transportieren als der umgekehrte Weg, errichtete man um den Bergbau herum schnell Hochöfen und Stahlwerke ebenso wie Chemieanlagen, da Kohle auch ein Chemierohstoff ist. Insbesondere bei der Herstellung von Koks fallen «Abfallprodukte» an, die sich zu einer Vielzahl von chemischen Produkten weiterverarbeiten lassen. Infolge der sprunghaften Ausweitung der Elektrifizierung nach dem Ersten Weltkrieg wurde Steinkohle dann auch in zunehmend größeren Mengen für die Stromgewinnung eingesetzt. Die im Ruhrgebiet aufgebaute Industriestruktur hing folglich als Ganze in sehr hohem Maße von der Kohle als Grundstoff ab.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich diese auf die Kohle ausgerichtete Industrielandschaft tief greifend verändert. In der Gegenwart sind nur noch wenige Restbestände dieser alten Struktur vorzufinden.

Es gibt dafür mehrere Ursachen. Eine dieser Ursachen ist geologischer Natur. Die Kohlenvorräte sind naturgemäß begrenzt. Zwischen Ruhr und Lippe sind heute kaum noch abbaufähige Kohlenvorräte vorhanden. Nördlich der Emscher gibt es sie bis hin zur Nordsee zwar noch in erheblichem Umfang, sie befinden sich allerdings in Tiefen, die die Abbaukosten weitaus teurer machen als die gegenwärtigen Weltmarktpreise für Kohle.

Die zweite Ursache ist politischer Natur. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs brach die Kohlenproduktion<sup>1</sup> in Deutschland nahezu zusammen: von 127 Millionen Tonnen geförderter Kohle im Jahr 1938 auf 33 Millionen Tonnen 1945. Um den Markt in Deutschland nach der Befreiung vom Nationalsozialismus einigermaßen mit Kohle – damals die Schlüsselenergie – zu versorgen, wurde 1947 die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) gegründet. Die DKBL hat die Kohleförderung und die Versorgung des Marktes gesteuert und sichergestellt. 1951 haben Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet, die auf eine Integration der Kohle- und Stahlmärkte dieser sechs Länder zielte. Im Zuge der späteren Entwicklung der EU und des Binnenmarktes (seit 1993) wurde die staatliche Subventionierung des Steinkohlenbergbaus reglementiert und ihr Auslaufen schließlich auf 2018 festgelegt.<sup>2</sup> Danach sollte die Kohlenproduktion vollends dem Markt überlassen werden, was angesichts der Weltmarktpreise für Steinkohle das definitive Ende des Ruhrbergbaus bedeutete. Am 21. Dezember 2018 wurde die Steinkohlenförderung in Deutschland denn auch endgültig eingestellt.

Eine weitere Ursache liegt in der Veränderung des Energiemarktes. Bis weit in die 1950er Jahre hinein war die Steinkohle der Hauptenergieträger für die Industrie wie auch für die privaten Haushalte.<sup>3</sup> In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre begann eine Ausdifferenzierung des Energiemarktes: Erdöl, Erdgas, Atomenergie und später dann auch regenerative Energien haben mehr und mehr die Kohle als Energieträger ersetzt.<sup>4</sup>

Vor diesem Hintergrund war ein Strukturwandel im Ruhrgebiet unvermeidlich, aber wie sollte er organisiert werden? Dass der Strukturwandel nicht primär dem Markt überlassen, sondern politisch gestaltet wurde, verdankt sich einerseits dem am 10. April 1951 vom Bundestag beschlossenen Montanmitbestimmungsgesetz.<sup>5</sup> Die Montanmitbestimmung sieht eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte und Vorstände vor, das heißt, sie werden zu gleichen Teilen von Vertretern der Kapitaleseite und der Arbeitnehmerseite besetzt. Um Pattsituationen zu vermeiden, kommt noch eine sogenannte neutrale Person als Vorsitzender hinzu. In der Praxis hat im Regelfall die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE)<sup>6</sup> den Vorsitzenden bestimmt. Die Montanmitbestimmung, der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad von über 90 Prozent in den Betrieben und die enge Verknüpfung zwischen IG Bergbau und SPD hat der Arbeitnehmerseite einen sehr großen Einfluss auf die Gestaltung des Strukturwandels im Ruhrgebiet ermöglicht.

Auf der anderen Seite gab es aus politischer Sicht ein enormes Interesse, den Prozess des Strukturwandels politisch und sozial steuerbar und beherrschbar zu halten. 1950 zählte das Ruhrgebiet 145 Schachtanlagen mit

1 Vgl. «Ruhrbergbau», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrbergbau>.

2 Beschluss des Europäischen Rates vom 10. Dezember 2010 über staatliche Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke (2010/787/EU), Artikel 3 Stilllegungsbeihilfe, unter: <http://eur-lex.europa.eu/procedure/DE/199550>.

3 Vgl. Stahlmann, Michael/Wendt-Kleinberg, Walter: Zwischen Engagement und innerer Kündigung. Fortschreitender Personalabbau und betriebliche Interaktionskulturen, Münster 2008, S. 166.

4 Vgl. «Kohlekrise», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Kohlekrise>.

5 Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 10. April 1951.

6 1946 als Industrieverband Bergbau neu gegründet, 1948 umbenannt in IG Bergbau, 1960 umbenannt in IG Bergbau und Energie (IGBE) und ab 1997 IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

435.000 Beschäftigten.<sup>7</sup> Im Spitzenjahr des deutschen Steinkohlenbergbaus, 1957, existierten 173 Schachtanlagen mit insgesamt 607.000 Beschäftigten.<sup>8</sup> Hinzu kamen damals noch 63 Kokereien und 22 Brikettfabriken. In den vom Bergbau abhängigen Wirtschaftsbereichen arbeiteten mindestens noch einmal so viele Beschäftigte. Die Eisen und Stahl erzeugende Industrie als die zweite Seite der Montanindustrie ist hierbei noch nicht mitgerechnet. Die Einwohnerzahl des Ruhrgebiets lag 1950 bei knapp 3,9 Millionen.<sup>9</sup>

So wurde in einem sozialpartnerschaftlichen bzw. korporatistischen Dreieck von Montanindustrie, Politik und Gewerkschaften seit den 1950er Jahren eine Reihe von politischen Instrumenten und Maßnahmen entwickelt, um den Strukturwandel zu organisieren. Man kann diese Instrumente und Maßnahmen als in zwei gegenläufige Richtungen gleichwohl parallel zueinander verlaufenden Linien darstellen: Eine Linie verfolgt den geordneten Abbau der Montanindustrie. Und die gegenläufige Parallele verfolgte die Ziele, Ersatz zu schaffen für die wegfallenden Arbeitsplätze der Montanindustrie und den Wirtschaftsstandort Ruhrgebiet zukunftsfähig zu machen. Diese beiden Linien sollen im Folgenden skizziert und bewertet werden.

---

7 Sofern keine anderen Quellen genannt sind, sind alle hier und im Folgenden genannten, den Bergbau betreffende Zahlen Statistiken des Deutschen Steinkohleverbandes entnommen; vgl. [www.gvst.de](http://www.gvst.de).

8 Gesamtverband Steinkohle e.V.: Jahresbericht 2018, S. 19, unter: [www.gvst.de/site/steinkohle/pdf/GVSt\\_Jahresbericht\\_2018.pdf](http://www.gvst.de/site/steinkohle/pdf/GVSt_Jahresbericht_2018.pdf).

9 Harenberg, Bodo (Hrsg.): Chronik des Ruhrgebiets, Dortmund 1987, S. 632; dort finden sich auch die Angaben zum Einzugsgebiet.

## **II DIE AKTEURE IM STRUKTURWANDEL**

Bevor es um die Maßnahmen und Instrumente des Strukturwandels geht, soll hier zunächst auf die Akteure eingegangen werden.

Das Dreieck aus Montanindustrie, Bergarbeitergewerkschaft und SPD wurde schon angesprochen. Trotz aller Interessenunterschiede dieser drei Akteure gab es ein zentrales gemeinsames Interesse: die bestehende Industriestruktur so lange als möglich zu erhalten. Davon haben alle drei – wenn auch in unterschiedlicher Weise – profitiert.

### **1 GEWERKSCHAFTEN**

Die Gewerkschaftsseite, die auf einen extrem hohen Organisationsgrad in den Betrieben verweisen konnte, hat im Rahmen ihrer sozialpartnerschaftlichen Interessenvertretungspolitik viele Arbeitsplätze über mehrere Jahrzehnte länger halten können, als es unter anderen politischen Konstellationen möglich gewesen wäre, wie das Beispiel des Bergbaus im Vereinigten Königreich zeigt. Dort hat die gänzlich andere, konfrontative Strategie der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) 1984 zu einem einjährigen Streik geführt. Die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher, die ebenso konfrontativ vorging wie die NUM, hat diesen Konflikt genutzt, um den englischen Bergbau bis auf wenige Reste in diesem Streikjahr ohne die im Ruhrgebiet angefallenen Schließungskosten zu beenden und die Bergleute in eine oft langjährige Arbeitslosigkeit und Armut zu schicken. Im Ruhrgebiet konnte die Bergarbeitergewerkschaft trotz aller Krisen überdurchschnittlich gute Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen und später einen sozial gut abgefedernten Arbeitsplatzabbau.

Gleichzeitig war es leichter, in den Großunternehmen der Montanindustrie einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad sicherzustellen als in Kleinbetrieben. Das trug wesentlich zu einer stabilen sozialen und ökonomischen Basis der IGBE und der IG Metall bei. Die IGBE war geschickt genug, in dieses Interessengeflecht immer auch einzelne CDU-Politiker als Mitglieder von Leitungsgremien einzubeziehen. In der Regel hatten die Gewerkschafter\*innen jedoch ein SPD-Mitgliedsbuch. Das sicherte der IGBE bis etwa Mitte der 1990er Jahre einen dominierenden politischen Einfluss in den Räten der Ruhrgebietsstädte und im nordrhein-westfälischen Landtag.

### **2 SOZIALDEMOKRATIE**

Für die SPD war dieser Umstand wiederum über Jahrzehnte hinweg die Grundlage für absolute Mehrheiten auf kommunaler und landespolitischer Ebene. Die SPD sorgte im Gegenzug zuverlässig dafür, dass sich keine «industriefeindliche» Politik in Nordrhein-Westfalen durchsetzen konnte. Spätestens seit der NRW-Landtagswahl von 2005 ist dieses Politikmodell allerdings in eine tiefe und nicht mehr zu übersehende Krise geraten.

### **3 MONTANINDUSTRIE**

Die Montanindustrie hat durch diese dominante Struktur viel länger, als es unter anderen politischen Konstellationen möglich gewesen wäre, ihre traditionellen Modelle der Kapitalverwertung nutzen können. Sie hat die komfortablen politischen Bedingungen zu schätzen gewusst – zumal kostenträchtige Arbeitskämpfe unter diesen politischen Rahmenbedingungen Ausnahmeerscheinungen geblieben sind. Deshalb hat die Montanindustrie das spezifische Interessengeflecht gut gepflegt, indem sie das Engagement von Belegschaftsmitgliedern in Stadträten, im Landtag von NRW und im Bundestag aktiv unterstützt hat.

Selbstverständlich haben auch die Wirtschaftsverbände (Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern) eine Rolle gespielt, aber nur im Windschatten der Montanindustrie.

### **4 DIE ROLLE DER 68ER-BEWEGUNG**

In diesem engen Interessengeflecht hat die Studentenbewegung von 1968 keinen Platz gehabt. Gleichwohl hat auch sie eine Rolle gespielt. 1965 hat die Ruhruniversität in Bochum ihren Lehrbetrieb aufgenommen. Viele der damals Studierenden haben sich intensiv mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen im Ruhrgebiet befasst und

aktiv den Kontakt zu Gewerkschaften gesucht mit dem Ziel, ihre revolutionären Ideen in die Betriebe zu tragen. Einige haben nach ihrem Studienabschluss bewusst keine akademische Laufbahn eingeschlagen, sondern sind als Arbeiter\*innen in Betriebe gegangen. Sie haben zwar nicht, wie anfangs gehofft, die 68er-Bewegung in die Betriebe tragen können, aber sie haben sich in der Regel als bewusst linke Gewerkschafter\*innen stark in die Betriebsratsarbeit eingebracht, teils auch oppositionelle gewerkschaftliche Gruppen gegründet und so zu einem vergleichsweise hohen Grad von Politisierung der Betriebsratsarbeit in den großen Unternehmen beigetragen. Aus diesem Blickwinkel also haben Vertreter\*innen der 68er-Bewegung den Strukturwandel kritisch begleitet und kommentiert.

## 5 DIE KIRCHEN IM STRUKTURWANDEL

Weitere Akteure im Strukturwandel waren und sind die Kirchen. Sie haben sich auf mehreren Ebenen aktiv am Strukturwandel beteiligt: auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene sowie als Arbeitgeber.

1949 wurde die Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen (GSA) gegründet und war im Bergbau und bei Opel (ab den 1970er Jahren) tätig.<sup>10</sup> Getragen wird diese betriebsbezogene Arbeit durch die Evangelische Kirche von Westfalen, die Evangelische Kirche im Rheinland, das Ruhrbistum Essen und das Bistum Paderborn, zu dem das östliche Ruhrgebiet gehört. In organisatorischer und finanzieller Kooperation mit Opel Bochum und der Ruhrkohle AG (RAG) führte und führt die GSA regelmäßig Seminare mit Werksangehörigen durch, auf denen arbeitnehmerorientiert unternehmens- und betriebsinterne Fragen und Konflikte bearbeitet werden. Dazu gehören auch die Ab- und Umbauprozesse in den Unternehmen im Zuge des Strukturwandels. Die Arbeit der GSA ist zwar nicht unumstritten,<sup>11</sup> sie hat aber wesentlich dazu beigetragen, dass die Beschäftigten der RAG und von Opel Bochum intensiv und regelmäßig über die Veränderungs- und Abbauprozesse informiert und frühzeitig in diese eingebunden wurden. Ein Vorgehen, das in anderen Unternehmen keineswegs selbstverständlich war bzw. ist.

Auf gesellschaftlicher Ebene haben die beiden Kirchen vor Ort – wo vorhanden unter Federführung der evangelischen Industrie- und Sozialarbeit bzw. der katholischen Betriebsseelsorge – vor allem die Zechenschließungen und den Personalabbau in den großen, teils aber auch in den kleineren Unternehmen öffentlich und solidarisch im Sinne der Beschäftigten begleitet und immer wieder den Ersatz weggefallener Arbeitsplätze eingefordert. Höhepunkte dieses Engagements waren die sogenannten Kohlerunden, in denen mit der Bundesregierung die politischen Rahmenbedingungen für den Rückbau des Bergbaus ausgehandelt wurden. Bei der letzten großen Kohlerunde 1997 haben viele Kirchengemeinden mit Aufrufen und Solidaritätsgottesdiensten dazu beigetragen, dass eine Menschenkette, die zur Unterstützung der Bergleute das Ruhrgebiet von Ost nach West durchziehen sollte, nahezu lückenlos zustande kam und dass ihre Forderungen und sozialen Interessen weit über die Betriebe hinaus bekannt gemacht wurden und eine breite gesellschaftliche Unterstützung gefunden haben.

1995 haben die evangelischen Kirchenkreise im Ruhrgebiet auf eigene Kosten vom «Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie» eine Studie ausarbeiten und unter dem Titel «Ist ein sozial- und klimaverträgliches Zukunftskonzept für die deutsche Kohle realisierbar?» veröffentlichen lassen. Sie enthielt ein industriepolitisches Konzept, das eine sozial- und umweltverträgliche Zukunft für den Ruhrbergbau skizziert hat. Ziel dieser Studie war es, das andauernde Ausspielen der sozialen Interessen der Bergarbeiter gegen die ökologischen Notwendigkeiten angesichts des Klimawandels zu beenden und ihm eine praktikable Alternative entgegensetzen, die diese beiden Interessen konstruktiv miteinander verbindet (siehe unten, Abschnitt III, Kap. 1.6 «Von der Kohle zur Sonne»).

## 6 AKTEURE DES ZWEITEN ARBEITSMARKTES

Darüber hinaus haben sich die katholische und die evangelische Kirche mit ihren Bildungseinrichtungen und ihren Wohlfahrtsverbänden Caritas und Diakonie als Träger von Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Sozialstationen etc. zu Organisationen entwickelt, die heute in der Summe zu den bedeutendsten Trägern von Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet gehören.

---

<sup>10</sup> Mehr Hintergrundinformationen dazu liefert die Dissertation von Hennig, Marlis: Die gemeinsame Sozialarbeit der Konfession im Bergbau (GSA). Eine Untersuchung zur christlichen Mitverantwortung im Bergbau, Bochum 1995; vgl. auch Stahlmann/Wendt-Kleinberg: Zwischen Engagement und innerer Kündigung.

<sup>11</sup> Vgl. Klute, Jürgen: 50 Jahre Scheinheiligenlehrgänge, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 3/2000, S. 18 f.



Eine wichtige Rolle haben auch soziokulturelle Initiativen, Wohlfahrtsverbände und Kommunen als Träger von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten gespielt, die teils die Größe mittelständischer Unternehmen erreicht haben. Diese Initiativen im Rahmen eines sogenannten zweiten Arbeitsmarktes sind aber fast gänzlich den tief greifenden Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen) der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 zum Opfer gefallen.

## **7 DIE LINKE**

Die 2007 gegründete Partei DIE LINKE spielt als Akteur im Strukturwandel des Ruhrgebiets erst seit vergleichsweise kurzer Zeit eine Rolle. Sie hat zu Opel Bochum und zur RAG industriepolitische Überlegungen entwickelt, die allerdings nur eine geringe Resonanz in der politischen Debatte um die Zukunft des Ruhrgebiets gefunden haben (siehe Seiten 15 und 29 ff.).

# III DER GEORDNETE RÜCKBAU DER MONTANINDUSTRIE

## 1 DIE ABWICKLUNG DES RUHRBERGBAUS

### 1.1 Die Anfänge der Kohlekrise

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der Bundesrepublik war Steinkohle der wichtigste Energielieferant. Die deutsche Kohleförderung stieg zwar Dank technischer Modernisierung von 1945 an von 33 Millionen Tonnen<sup>12</sup> auf einen Förderhöhepunkt von 123 Millionen Tonnen im Jahr 1957. Da der Ruhrbergbau den vorhandenen Energiebedarf bis in die erste Hälfte der 1950er Jahre jedoch nicht abdecken konnte, wurde zusätzlich Kohle vor allem aus den USA importiert und zunehmend auch Erdöl und Erdgas.

Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre überstieg dann das Angebot an Energieträgern deren Nachfrage auf dem bundesdeutschen Energiemarkt. Diese Entwicklung führte zu einer verschärften Konkurrenz zwischen den billigeren Energieimporten und der teureren Ruhrkohle mit der Folge, dass der Absatz der im Ruhrgebiet geförderten Steinkohle dramatisch zurückging – bei gleichzeitig weiter steigender Produktivität im Ruhrbergbau aufgrund verbesserter Gewinnungstechnik.

Anfangs wurde in der Hoffnung auf eine schnelle Normalisierung der Absatzlage auf Halde gefördert. Ende 1958 türmten sich im Ruhrgebiet Kohlenhalden mit einem Gesamtvolumen von über 13 Millionen Tonnen auf, das war mehr als ein Zehntel der 122 Millionen Tonnen Kohle, die im selben Jahr insgesamt gefördert wurden. Solche Hoffnungen erwiesen sich als Trugschluss. Stattdessen verschärfte sich in der Folge die Lage weiter. Es kam zu einem ersten groß angelegten Stellenabbau im Ruhrbergbau. Einerseits wurden durch einen Einstellungsstopp 1958/59 mehr als 16.000 Arbeitsplätze im Ruhrbergbau abgebaut. Gleichzeitig wurden ab Februar 1958 sogenannte Feierschichten, also Kurzarbeit, eingeführt.<sup>13</sup> Die Feierschichten waren zwar mit spürbaren Lohneinbußen verbunden, aber den Bergleuten blieb immerhin ihr Arbeitsplatz erhalten. Bis Mitte des Jahres 1959 wurden rund fünf Millionen Feierschichten (Mann-Schichten) verfahren.

Ein weiterer Höhepunkt der Krise war die erste Stilllegung einer Schachtanlage im September 1958 in Hattin-gen; Ende Juni 1959 folgte die Schachtanlage in Duisburg-Hamborn.<sup>14</sup> Der Druck auf die Bergarbeiter und auf die IG Bergbau erhöhte sich noch durch den Umstand, dass die Kohlenflöze im südlichen Ruhrgebiet zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend erschöpft waren. Ein zusätzlicher dramatischer Arbeitsplatzabbau aus geologischen Gründen war also schon damals absehbar.

Am 26. September 1959 organisierte die IG Bergbau eine Demonstration in Bonn, an der sich rund 60.000 der gut 428.000 Belegschaftsmitglieder, die der Ruhrbergbau 1959 zählte, beteiligten. Die damalige Bundesregierung reagierte zunächst ablehnend auf die Forderung der IG Bergbau nach protektionistischen Maßnahmen zum Schutz der Ruhrkohleförderung. Trotzdem begrenzte sie von 1959 an den Import von Kohle und führte Zölle auf Kohleimporte ein. Auf kommunaler Ebene begann man im Ruhrgebiet, sich um Neuansiedlungen von Unternehmen zu bemühen (siehe Abschnitt IV «Neuansiedlungen»).

### 1.2 Die Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) und des Gesamtverbands des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt)

Das wichtigste und zentrale Instrument zur Organisation eines geordneten Rückbaus des Steinkohlenbergbaus, dass die IG Bergbau durchsetzen konnte, war die Gründung der Ruhrkohle AG. Dies gelang allerdings nicht im ersten Anlauf, sondern erst nach mehrjähriger Vorbereitungszeit.

Im ersten Schritt hatten die Zechenbetreiber 1963 einen Rationalisierungsverband gegründet.<sup>15</sup> Dann verabschiedete der Bundestag 1964 das «Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau». Mit diesen Maßnahmen wurde die Kohlegewinnung rationalisiert und verbilligt. Beide Maßnahmen zielten ausschließlich auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Dem gewerkschaftlichen Interesse an der Sicherung von Arbeitsplätzen entsprachen diese Maßnahmen jedoch nicht. Die IG Bergbau drängte daher auf weitergehende Maßnahmen. Am 15. Mai 1968 kam es schließlich zur Annahme des «Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete».

Dieses Gesetz schuf die rechtliche Grundlage für die Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) als Konsolidierungsunternehmen für den deutschen Steinkohlenbergbau, die am 27. November 1968 erfolgte.<sup>16</sup> Vertragspartner für die der RAG beitretenden Bergbauunternehmen waren die RAG und die Bundesrepublik Deutschland, die die

12 Alle Tonnage-Angaben als tvk = Tonnen verwertbarer Kohle.

13 Vgl. Lohn der Angst, in: Der Spiegel 52/1958, 24.12.1958, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html).

14 Vgl. «Kohlenkrise» im Eintrag «Ruhrbergbau», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrbergbau>.

15 Vgl. «Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Rationalisierungsverband\\_des\\_Steinkohlenbergbaus](http://de.wikipedia.org/wiki/Rationalisierungsverband_des_Steinkohlenbergbaus).

16 Vgl. «RAG Aktiengesellschaft», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/RAG\\_Aktiengesellschaft](http://de.wikipedia.org/wiki/RAG_Aktiengesellschaft).

Bürgschaft für die Altschulden der alten Unternehmen übernahm. Die Gründungsunternehmen repräsentierten 85 Prozent der damaligen jährlichen Kohleförderung von 91 Millionen Tonnen. Da nicht alle Unternehmen mit der Mitbestimmungsstruktur der neuen Gesellschaft einverstanden waren und es auch Unstimmigkeiten bezüglich der Beteiligungsquoten am Kapital der Gesamtgesellschaft gab, blieben zunächst einige Unternehmen außen vor. Im Oktober 1969 traten jedoch sechs weitere Bergbauunternehmen der RAG bei. Damit erhöhte sich der Förderanteil der RAG auf 94 Prozent der Gesamtkohleförderung im Ruhrbergbau. 1971 wurde die RAG in sechs Betriebsgesellschaften gegliedert.<sup>17</sup> Die Gesamtkohleförderung in der Bundesrepublik betrug in diesem Jahr 112 Millionen Tonnen. Weitere Steinkohlenförderung gab es damals noch im Saarland, in Aachen und im westfälischen Ibbenbüren.

Die Arbeitnehmerseite und die IG Bergbau haben sich in der RAG einen immensen Einfluss gesichert. Einerseits unterliegt die RAG der Montanmitbestimmung. Darüber hinaus wurde im Gesamtunternehmen und auf jeder einzelnen Schachanlage die Stelle eines Personal- und Sozialdirektors installiert. Das Recht zur Besetzung dieser Leitungsposition liegt uneingeschränkt bei der IG Bergbau bzw. heute bei der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Die Mitarbeiter der einzelnen Schachanlagen wurden mit Gründung der RAG Mitarbeiter der Ruhrkohle AG. Damit war die Voraussetzung geschaffen, dass im Falle weiterer Zechenschließungen, die dann auch folgten, die Belegschaften nicht mehr in die Arbeitslosigkeit entlassen werden mussten. Da die Ruhrkohle AG als Eigentümerin der geschlossenen Anlage weiterhin bestand, wurde die Belegschaft einer geschlossenen Schachanlage auf die anderen Zechen der Ruhrkohle AG verteilt. Das geschah jeweils unter Beibehaltung der bisherigen Arbeitsbedingungen.

In Ergänzung zur RAG erfolgte am 11. Dezember 1968 die Gründung des Gesamtverbands des deutschen Steinkohlenbergbaus, heute: Gesamtverband Steinkohle e. V. (GVSt).<sup>18</sup> Laut Satzung hat der GVSt die «Aufgabe, die allgemeinen Belange seiner Mitglieder, insbesondere auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiet, wahrzunehmen und zu fördern und vertritt seine ordentlichen Mitglieder als Arbeitgebervereinigung und Tarifpartei».

Nach Selbstauskunft erstreckt sich die Tätigkeit des Verbands ebenfalls «über den nationalen Bereich hinaus auf die Ebene der Europäischen Union sowie auf die Mitwirkung in weiteren internationalen Gremien. Über die Dachverbände der deutschen Wirtschaft, in denen der GVSt direkt und indirekt vertreten ist, beteiligt er sich an der politischen Willens- und Entscheidungsbildung in Deutschland.»<sup>19</sup>

### 1.3 Hüttenvertrag und nationale Kohlereserve

Im Jahr nach ihrer Gründung schloss die Ruhrkohle AG mit den deutschen Hüttenbetrieben den sogenannten Hüttenvertrag ab, in dem sich die deutschen Hüttenbetriebe verpflichteten, ihren Bedarf an Steinkohle bzw. Koks bei der Ruhrkohle AG zu decken.<sup>20</sup> Der Hüttenvertrag galt zunächst bis 1985 und wurde dann bis zum Jahr 2000 verlängert. Nach seinem Auslaufen schloss die RAG nur mehr Einzelverträge mit Stahlunternehmen ab. Nachdem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ab 1956 die Preisbindung für Kohle aufgehoben hatte, überstieg der Preis der Ruhrkohle deutlich die Preise, zu denen Importkohle aus außereuropäischen Ländern weiterhin angeboten wurde.

Der Preisunterschied zwischen dem Weltmarktpreis für Kohle – das heißt dem Preis, zu dem Steinkohle im Rotterdamer Hafen verkauft wird – und der Ruhrkohle wurde durch die staatlich finanzierte Kokskohlenbeihilfe ausgeglichen. Da es trotz des Hüttenvertrags immer wieder zu Absatzkrisen im Ruhrbergbau kam, beschloss die Bundesregierung 1976, um diese Krisen abzufedern, die nationale Kohlereserve.<sup>21</sup> Es wurden rund 1,5 Milliarden DM (0,77 Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt, um eine Reserve in Form von Kohlehalden in einem Gesamtvolumen von bis zu zehn Millionen Tonnen aufzubauen. Das Argument, eine eigene Kohlenproduktion sei nötig, um auch in Zeiten politischer Krisen die Energieversorgung sicherstellen zu können, haben die Protagonisten der Ruhrkohle AG immer wieder als Begründung für die Legitimität der staatlichen Subventionen für den Bergbau vorgetragen.

### 1.4 «Jahrhundertvertrag», «Kohlepfennig», EU Wettbewerbsrecht

Die zweite tragende Säule für die Ruhrkohle AG war der Absatz von Kraftwerkskohle. Die vertragliche Grundlage für diese zweite Säule war der 1977 abgeschlossene «Jahrhundertvertrag», in dem die RAG und die Betreiber von Kohlekraftwerken vereinbarten, dass die Kraftwerksbetreiber vorrangig heimische Steinkohle zur Stromproduktion einsetzen würden. Der Vertrag hatte zunächst eine Laufzeit von zehn Jahren, 1980 wurde

17 Hardenberg (Hrsg.): Chronik des Ruhrgebiets, S. 549.

18 Vgl. Gesamtverband Steinkohle e. V.: Wir über uns, unter: [www.gvst.de/site/wir/wir\\_ueber\\_uns.htm](http://www.gvst.de/site/wir/wir_ueber_uns.htm).

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. «Hüttenvertrag», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Hüttenvertrag>.

21 Vgl. Kohlehalden. Zaster für Zechen. Wie aus der Überproduktion eine nationale Kohlereserve geschaffen werden soll, in: Die Zeit, 15.10.1976, unter: [www.zeit.de/1976/43/zaster-fuer-zechen](http://www.zeit.de/1976/43/zaster-fuer-zechen), sowie Gesamtverband Steinkohle e.V.: Jahresbericht 2018.

seine Gültigkeit bis zum Jahr 1995 verlängert. Die Stromproduzenten verpflichteten sich mit diesem Vertrag, jährlich mindestens 40,9 Millionen Tonnen Steinkohle von der RAG abzunehmen. In der Kohlerunde von 1991 wurde die Abnahmeverpflichtung auf 35 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr reduziert.<sup>22</sup>

Beim «Jahrhundertvertrag» bestand das gleiche Problem wie beim Hüttenvertrag: die Differenz zwischen dem Kohlepreis im Hafen von Rotterdam und dem Preis der Ruhrkohle. Zum Ausgleich dieses Preisunterschiedes wurde ab 1975, also noch vor Abschluss des Vertrags, von allen privaten Kund\*innen der sogenannte Kohlepfennig erhoben (nach der deutschen Einheit allerdings nur in den alten Bundesländern).<sup>23</sup> Die Rechtsgrundlage für den «Kohlepfennig», der offiziell «Ausgleichsabgabe zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung» hieß, bildete das Dritte Verstromungsgesetz. Im Jahr 1975 belief sich diese Ausgleichsabgabe auf 780 Millionen DM (398,8 Millionen Euro). Bis 1992 stieg sie auf 5,5 Milliarden DM (2,81 Milliarden Euro) an.

Der «Kohlepfennig» wurde als Festbetrag je Kilowatt verbrauchtem Strom erhoben. Daher schwankte der prozentuale Anteil am Strompreis zwischen den Bundesländern, 1989 betrug er bundesweit im Durchschnitt 8,5 Prozent des Strompreises. Der «Kohlepfennig» wurde in einen Ausgleichsfonds eingezahlt, der als unselbstständiges Sondervermögen des Bundes vom Bundesamt für Wirtschaft verwaltet wurde. Aus diesem Fonds erhielten dann die Elektrizitätserzeuger je nach zur Stromerzeugung eingesetzter Menge deutscher Steinkohle einen Ausgleich gezahlt für den höheren Preis deutscher Steinkohle gegenüber der billigeren Importkohle.<sup>24</sup>

Ein Gerichtsurteil stellte diese Verfahren später infrage: 1982 verweigerte ein Stromkunde aus Moers (Ruhrgebiet) die Zahlung des «Kohlepfennigs» an seinen Stromlieferanten RWE.<sup>25</sup> Dieser Rechtskonflikt gelangte schließlich vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). In seinem Beschluss vom 11. Oktober 1994 stellte der Zweite Senat des BVerfG fest, dass der «Kohlepfennig» verfassungswidrig und seine Erhebung spätestens zum 31. Dezember 1995 einzustellen ist.<sup>26</sup>

Eine kurze Anmerkung zu dieser Entscheidung: Es gab immer Kritik an der Kohlepolitik in NRW. Von liberaler Seite wurde diese Politik als Verstoß gegen die Marktwirtschaft gewertet. Zudem, so argumentierten liberale Politiker\*innen, fehle das Geld, das für die Kohlepolitik ausgegeben wird, für zukunftsfähige Projekte. Dennoch fand die Kohlepolitik einschließlich des «Kohlepfennigs» über einen langen Zeitraum eine breite gesellschaftliche und institutionelle Zustimmung. Es war weitgehend Konsens, dass es eine gesellschaftliche Verantwortung gibt für die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) griff 1973 das Thema in einer Denkschrift mit dem Titel «Soziale Sicherung im Industriezeitalter» aus einer sozialetischen Perspektive auf und forderte eine gesellschaftliche Verantwortung für die Folgen des Strukturwandels ein, da ein Strukturwandel ein Prozess sei, der sich aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ableite. Eine Forderung, die sich an politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger\*innen richtete. Das erwähnte Urteil des Bundesverfassungsgerichts markiert den endgültigen Bruch mit diesem schon länger nicht mehr einmütig geteilten gesellschaftlichen Konsens in der Kohle- und Industriepolitik. Vollends sichtbar wurde dieser Bruch, der weit über die Frage nach der Legitimität des «Kohlepfennigs» hinausreichte, mit den rot-grünen Arbeitsmarktreformen, die nur wenige Jahre später durchgesetzt wurden und den Schwerpunkt beim Strukturwandel auf die Eigenverantwortung der Betroffenen verschob.

Mit dem Verfassungsurteil wurden jedenfalls Folgeregelungen als Ersatz für den «Kohlepfennig» erforderlich, um einen sofortigen Zusammenbruch des Bergbaus im Ruhrgebiet zu verhindern. Diese Folgeregelungen mussten nun auch in Einklang mit weiteren neuen Rahmenbedingungen gebracht werden. 1993 war mit dem Europäischen Binnenmarkt ein EU-weites Wettbewerbsrecht eingeführt worden, das auch Gemeinschaftsregelungen für staatliche Beihilfen für den Steinkohlenbergbau vorsah.

Der Deutsche Bundestag reagierte 1994 mit dem «Gesetz zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle», dem Stromeinspeisegesetz (auch «Artikelgesetz»), und einer Änderung des Atomgesetzes und schuf damit die Rechtsgrundlage für eine weitere Subventionierung des Steinkohlenbergbaus ab 1996. Für einen Zeitraum von zehn Jahren wurde eine jährliche Obergrenze für Subventionen in Höhe von 7,5 Milliarden DM (3,83 Milliarden Euro) festgelegt. 2006 wurde eine Anschlussregelung für Kohlesubventionen verabschiedet, die bis Ende 2018 galt. Dann sollte mit dem subventionierten Steinkohlenbergbau in Deutschland endgültig Schluss sein. Die Subventionen wurden jährlich reduziert und dienten vor allem der Finanzierung der Zechenschließungen. Am 10. Dezember 2010 hat der EU-Rat die wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Kohlesubventionen bis 2018 geschaffen.<sup>27</sup>

22 Vgl. «Jahrhundertvertrag», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Jahrhundertvertrag>.

23 Vgl. «Kohlepfennig», in: Wirtschaftslexikon 24, unter: [www.wirtschaftslexikon24.com/d/kohlepfennig/kohlepfennig.htm](http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/kohlepfennig/kohlepfennig.htm).

24 Vgl. ebd.

25 Vgl. Energiepolitik: Gegen den Rest der Welt. Ein Rentner vom Niederrhein ist schuld am Problem der Regierung mit dem Kohlepfennig, in: Der Spiegel 13/1995, 27.3.1995, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-9176268.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9176268.html).

26 BVerfG, 11.10.1994 – 2 BvR 633/86.

27 Vgl. Beschluss des Europäischen Rates vom 10. Dezember 2010 über staatliche Beihilfen zur Erleichterung der Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke (2010/787/EU), Artikel 3 Stilllegungsbeihilfe, unter: <http://eur-lex.europa.eu/procedure/DE/199550>.

Die geordnete Abwicklung des Ruhrbergbaus, die mit der Gründung der Ruhrkohle AG begann – 1998 wurde der Kohlebereich aus der mittlerweile stark diversifizierten Ruhrkohle AG in die Deutsche Steinkohle AG (DSK) ausgegründet –, hat sich über einen Zeitraum von fast exakt 50 Jahren erstreckt. Mit dem Ende des Ruhrbergbaus endete allerdings nicht die Geschichte der DSK. Da noch über einen nicht absehbaren Zeitraum Kosten für die Behebung von Bergschäden infolge des Bergbaus anfallen werden, die sogenannten Ewigkeitskosten,<sup>28</sup> wurde die DSK – mittlerweile heißt sie RAG Deutsche Steinkohle AG – in die am 26. Juni 2007 gegründete RAG-Stiftung überführt.<sup>29</sup>

### 1.5 Innerbetriebliche Maßnahmen der RAG

Trotz aller staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung und Förderung des Absatzes der Ruhrkohle war der jahrzehntelange Abwicklungszeitraum von einem ständigen Personalabbau begleitet. 1968 zählte der Ruhrbergbau noch 210.000 Beschäftigte und erzielte eine Jahresförderung von 91 Millionen Tonnen verwertbarer Steinkohle. 2014 war die Zahl der Beschäftigten auf 9.500 gesunken bei einer Jahresförderung von knapp 5,7 Millionen Tonnen.

Im Durchschnitt sind damit von 1968 bis 2014 jährlich 4.300 Arbeitsplätze im Ruhrbergbau verschwunden. Dieser Abbau erfolgte im Wesentlichen ohne Entlassungen in die Arbeitslosigkeit. Das erforderte eine ganze Reihe betriebsinterner Maßnahmen. Es würde den Rahmen dieser Studie übersteigen, diese Maßnahmen im Detail darzustellen.<sup>30</sup>

Wie angedeutet hat sich die RAG zu einem transnationalen Konzern mit mehreren hundert Unternehmensbeteiligungen entwickelt, darunter eine Reihe von Unternehmen mit Sitz im Ruhrgebiet. Die RAG/DSK nutzte diese Struktur, um Bergarbeitern konzernintern andere Arbeitsplätze anzubieten. Gleichzeitig führte sie verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung ein. Eine Form war die Kurzarbeit (Feierschichten), die eine wöchentliche oder monatliche Form der Arbeitszeitverkürzung mit einer Einkommenskürzung kombinierte.

Die zweite Form der Arbeitszeitverkürzung war die Frühverrentung. Für unter Tage Beschäftigte bestand die Möglichkeit, nach 20-jähriger Betriebszugehörigkeit mit 50 Jahren (zeitweilig sogar mit 48 Jahren) in Rente zu gehen. In den ersten fünf Jahren erhielten diejenigen, die diese Möglichkeit wählten, eine aus Mitteln des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle gezahlte Leistung anstelle ihres Lohnes. Danach bekamen sie von der Bundesknappschaft für weitere fünf Jahre eine sogenannte Knappschaftsausgleichsleistung. Mit 60 Jahren stand ihnen dann ihre reguläre Knappschaftsrente zu. Für über Tage Beschäftigte gab es eine ähnliche Regelung, die allerdings erst ab einem Alter von 55 Jahren in Anspruch genommen werden konnte. Außerdem war sie mit einer Rentenminderung verbunden.

Ein weiteres Instrument des Personalabbaus war der gezielte Transfer in andere Unternehmen. Dazu gab es unterschiedliche Programme. Zeitweilig hatten Mitarbeitende die Möglichkeit, eine zusätzliche Ausbildung in einem Beruf zu machen, der außerhalb des Bergbaus nachgefragt war. Das war einerseits mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses bei der RAG verbunden, andererseits garantierte die RAG das Einkommen, das sie gezahlt hatte, für fünf Jahre und unterstützte in dieser Zeit intensiv die Betroffenen bei der Suche nach einem neuen Job. Außerdem gab es die Möglichkeit, für bis zu sechs Monate bei Weiterzahlung des alten Gehalts eine «Schnupperphase» in einem Betrieb außerhalb des Bergbaus zu machen, was die Betriebe kaum etwas kostete. Nach Ablauf der sechs Monate konnte der RAG-Mitarbeitende entscheiden, ob er gehen oder zur RAG zurückkehren wollte. In den letzten Jahren wurden weitere Modelle zur Qualifikation für andere Berufe entwickelt, die mit Abfindungen kombiniert waren.

Um der Jugendarbeitslosigkeit zumindest punktuell entgegenzuwirken, hatte die RAG seit den 1990er Jahren in den nicht bergbaulichen Berufsgruppen (Schlosser, Elektriker etc.) weit über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet.

Die vorgenannten Maßnahmen sind mit öffentlichen Geldern aus der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung sowie aus Landes- und EU-Förderprogrammen (Ziel-2-Mittel) kofinanziert worden.

### 1.6 Von der Kohle zur Sonne

Erwähnenswert an dieser Stelle ist noch die Studie, die das «Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie» erstellt hat. Sie wurde von evangelischen Kirchenkreisen in Auftrag gegeben, finanziert und 1995 veröffentlicht.<sup>31</sup> Die IG Bergbau und Energie sowie die RAG wurden im Rahmen eines Steuerungskreises in die Beglei-

28 Vgl. u. a. Zimmermann, Jörg-Rainer: Ewigkeitskosten – Ewigkeitsgewinne, in: neue energie, 11.6.2014, unter: [www.neueenergie.net/ewigkeitskosten-ewigkeitsgewinne](http://www.neueenergie.net/ewigkeitskosten-ewigkeitsgewinne); zu diesem brisanten Thema siehe auch das Literaturverzeichnis.

29 Vgl. Stahlmann/Wendt-Kleinberg: Zwischen Engagement und innerer Kündigung, S. 165.

30 Ausführlich dazu ebd., S. 169 ff.

31 Hennicke, Peter/Lechtenböhrer, Stefan (Hrsg.): Ist ein sozial- und klimaverträgliches Zukunftskonzept für die deutsche Kohle realisierbar? Vorstudie, hrsg. vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal 1995. Der Schlussteil der Studie ist auch veröffentlicht in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 3/1995, S. 5 f.

tung der Studie eingebunden. Ziel dieses Projektes war es, den zunehmenden Konflikt zwischen der sozial-, regional- und industriepolitischen Sicht auf den Bergbau und der umweltpolitischen Sicht auf ihn zu entschärfen. Die widerstreitenden Positionen – Sicherung der Arbeitsplätze versus Umweltschutz – standen sich zu diesem Zeitpunkt nahezu unversöhnlich gegenüber. Davon zeugt auch die Schärfe des öffentlichen Schlagabtauschs zwischen RAG, IGBE und SPD auf der einen und den kirchlichen Auftraggebern der Studie auf der anderen Seite: Die Bergbauseite warf den Kirchen vor, sie habe sich aus ihrer Rolle als Freund des Bergbaus verabschiedet, die Kohle verraten und sich zu den Grünen gesellt (der Autor war aufseiten der Kirchen an diesen Debatten beteiligt).

Dabei haben die Autoren der Studie die Interessen der Bergarbeiter deutlich im Blick gehabt und ihnen auch Rechnung getragen. Im Schlussteil der Studie sind die Ziele wie folgt zusammengefasst:

«Hauptziele der Vor- – und wesentlich vertiefter – der Hauptstudie [zu der es nie gekommen ist; J.K.] sind:

- durch detaillierte Szenarienanalysen und ein umfassendes Zukunfts- und Alternativkonzept mehr Transparenz und Perspektiven in die gegenwärtige, von taktischen oder zu einseitig interessengebundenen Erwägungen geprägte Debatte über die Kohlepolitik zu bringen,
- die Konsequenzen aus dem mittel- und vor allem langfristigen Zielkonflikt zwischen der Klimaschutz- und der Kohlepolitik präzise herauszuarbeiten,
- die Chancen zu analysieren und zu vermitteln, die sich für die Kohleregionen und die Betroffenen im Rahmen einer nachhaltigen, integrierten Regional- und Strukturpolitik ergeben,
- und vor allem Handlungs- und Entscheidungsspielräume aufzuzeigen sowie mögliche konkrete, akteursbezogene Umsetzungsstrategien für eine vorsorgende Energie-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln.»

In diesem Sinne unterbreiteten die Autoren der Vorstudie Vorschläge und empfahlen, die heimische Kohleförderung, die im Ruhrgebiet 1995 noch 41,6 Millionen Tonnen betrug, für einen mittelfristigen Zeitraum auf 35 Millionen Tonnen pro Jahr und dann bis 2050 auf 20 Millionen Tonnen pro Jahr zurückzufahren. Sie gingen davon aus, dass bei einem Atomausstieg noch für eine längere Übergangszeit Steinkohle zur Verstromung erforderlich sei. Um gleichzeitig dem Klimaschutz Rechnung zu tragen, sollte die erforderliche Reduzierung der Kohleverstromung durch eine entsprechende Verringerung der Kohleimporte erreicht werden.

Die teurere Ruhrkohle sei zwar auf Subventionen angewiesen, hieß es in der Studie weiter, aber bei einem Stopp des Ruhrbergbaus stünden den eingesparten Subventionen steigende Sozialausgaben gegenüber. Daher empfahlen die Autoren eine Transformation der Ruhrindustrie hin zu einer modernen, umweltfreundlichen Energie-, Güter- und Dienstleistungsproduktion einschließlich umweltfreundlicher Verkehrskonzepte. Die zentrale Stromversorgung solle durch sparsamere dezentrale Energieversorgungssysteme (Strom- und Wärmekopplung) ersetzt werden, ergänzt durch eine energetische Altbausanierung im Ruhrgebiet. Auf diese Weise könnten, so die Hoffnung, neue sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden, um die im Bergbau wegbrechenden zu ersetzen.

Obgleich es sich bei der Untersuchung lediglich um eine Vorstudie handelte (die beabsichtigte Hauptstudie wurde aufgrund der oben skizzierten Konflikte um die Vorstudie nicht mehr in Angriff genommen), gehört diese Ausarbeitung des Wuppertal Instituts zu den ausgefeiltesten Transformationsstrategien, die bisher für das Ruhrgebiet ausgearbeitet wurden. Gleichwohl wurde sie auf politischer Ebene nicht ernsthaft verfolgt – abgesehen von punktuellen Förderkonzepten zur Altbausanierung und zum Bau von Windkraftträdern oder Blockheizkraftwerken. Der Grund dafür liegt darin, dass die Bergbauseite sich nie zu einer offensiven Strategie für einen Strukturwandel durchringen konnte, sondern stets nur ein defensives Vorgehen für akzeptabel hielt.

Dabei hat die Studie einen Weg aufgezeigt, wie eine alte Forderung der IG Bergbau verwirklicht werden könnte: die Forderung nach dem Erhalt eines Sockelbergbaus. Ein Sockelbergbau hätte auch Bedeutung gehabt für die Bergbauzulieferer, die ihre Bergbautechnologie zwar mittlerweile weltweit vermarkten, die aber in enger Kooperation mit dem Ruhrbergbau ihre Technologie weiterentwickelt haben. Ein Ende des Bergbaus, so die IGBE, könnte auch das Aus der letzten Zulieferer bedeuten.

Ein Sockelbergbau wäre noch aus einem anderen Grund wichtig gewesen. Kohle ist nicht nur ein Brennstoff, sondern auch ein chemischer Rohstoff und insofern ein denkbarer Ersatz für das allmählich knapper werdende Erdöl. Hätte man die Ruhrkohle zu einem späteren Zeitpunkt als chemischen Grundstoff nutzen wollen, dann hätte man den Zugang zu den Lagerstätten offenhalten müssen. Denn einmal geschlossene Schachtanlagen kann man nicht erneut in Betrieb nehmen. Zudem gehen technisches Wissen und Technik in der Region verloren und müssten zu einem späteren Zeitpunkt mit Mehraufwand zurückgeholt werden.

## 1.7 Interventionen der Linksfraktion im Bundestag

In die 2007 geführte politische Debatte im Bundestag um die Zukunft und den Umbau der RAG hat die Linksfraktion einen Antrag eingebracht, der einen Sockelbergbau mit einem Fördervolumen in Höhe von fünf bis sieben Millionen Tonnen Steinkohle jährlich vorsah.<sup>32</sup>

In diesem Antrag setzte sich die Linksfraktion des Weiteren dafür ein, den Steinkohlebereich nicht in eine private Stiftung zu überführen, die nach Abwicklung der Kohleförderung für die «Ewigkeitskosten» zuständig sein sollte. Stattdessen schlug sie vor, das gesamte Unternehmen in eine staatliche Bundesstiftung zu überführen, um den Haftungsverbund des Gesamtkonzerns zu erhalten. In dem Erhalt des Gesamtkonzerns als staatliche Bundesstiftung sah die Linksfraktion eine nachhaltigere und demokratischere Lösung, um die «Ewigkeitskosten» sowie die sozialen und kulturellen Folgekosten zu finanzieren. Die Programme für ein sozialverträgliches Auslaufen des Bergbaus, so eine weitere Forderung der Linksfraktion, sollten auch auf die Bergbauzulieferer ausgeweitet werden. Wörtlich heißt es in dem Antrag:

«Weitere Ziele der Stiftung sind, die Aus- und Weiterbildung und die öffentlich geförderte Beschäftigung zu organisieren sowie den Umbau der Energiewirtschaft zugunsten von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien voranzutreiben. Die Gewinne der wirtschaftlichen Tätigkeit werden ausschließlich für diese Zwecke verwendet. Die Stiftungsgremien werden mehrheitlich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Organisationen besetzt, die das öffentliche Interesse repräsentieren. Das sind: Betriebsräte, Gewerkschaften, Umweltverbände, Zusammenschlüsse der Bergbaugeschädigten, Bundestagsfraktionen, Bundesregierung, sowie die Länder Nordrhein-Westfalen (NRW) und Saarland. [...]

3. die Ausbildungskapazitäten der RAG zu erhalten, zukunftsgerecht aus- zubauen und gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen ein Konzept für eine Verbundausbildung aufzustellen. Dabei sind Unternehmen, Gewerkschaften, Handwerkskammern, regionale Industrie- und Handelskammern, die Agentur für Arbeit und die Kommunen zu beteiligen;

4. die frei werdenden Mittel aus der Reduzierung der vorgesehenen Steinkohlesubventionen so lange für die Bewältigung des Strukturwandels zur Verfügung zu stellen, bis ausreichend Ersatzarbeitsplätze geschaffen sind. Für die betroffenen Regionen im nördlichen Ruhrgebiet und dem Saarland ist eine Strukturpolitik zu entwickeln. Schwerpunkt soll eine gezielte Ansiedlungsstrategie für Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau und im Bereich der erneuerbaren Energien sein. Dabei muss auch die Situation der Zulieferindustrie berücksichtigt werden, die allein rund 70 000 Arbeitsplätze umfasst. Die Bundesregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass das Land NRW ebenso verfährt. Mit der RAG, dem Land NRW und den betroffenen Standortgemeinden ist sicherzustellen, dass die vom Bergbau künftig nicht mehr benötigten Flächen in diese Ansiedlungs- und Strukturpolitik miteinbezogen und nicht kurzfristig abgestoßen werden.»

Die Linksfraktion im Bundestag hat mit ihrem Antrag zwar Forderungen der IG BCE aufgenommen, gleichzeitig ist sie aber auch ein ganzes Stück über die Vorstellungen der Gewerkschaft hinausgegangen, so etwa mit der Forderung, den Gesamtkonzern zu erhalten und in eine staatliche Stiftung zu überführen. Auch das von der Linksfraktion formulierte Transformationskonzept ist bei der IG BCE kaum anschlussfähig gewesen. Mit dem Vorschlag, die Stiftungsgremien mit Vertreter\*innen aus Organisationen zu besetzen, die ein öffentliches Interesse repräsentieren, nahm der Antrag der Linksfraktion Ideen des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie von Fritz Naphtali von 1928<sup>33</sup> auf und entwickelte sie weiter. Gegen den neoliberalen Mainstream konnte die Linksfraktion diese wirtschaftsdemokratischen Forderungen im Bundestag jedoch nicht durchsetzen.

## 1.8 Übersicht: Kohlepolitische Beschlüsse und Gesetze (1968–2018)

Der sozialverträglich organisierte Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau war das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Bergarbeitergewerkschaft, der Steinkohlenindustrie, der Stahlindustrie und der Energieindustrie auf der einen Seite sowie der Landesregierung NRW, der Bundesregierung und später auch der Europäischen Union auf der anderen Seite – Verhandlungen, die immer wieder von Arbeitskämpfen der Bergleute begleitet waren, um den nötigen politischen Druck zu erzeugen.

Die Ergebnisse der Verhandlungen wurden in Form von Beschlüssen, Verträgen und Gesetzen fixiert. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die entsprechenden kohlepolitischen Beschlüsse seit 1968, die dem sozialverträglichen Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau in der Bundesrepublik zugrunde liegen. Endgültig eingestellt wurde die Steinkohlenförderung am 20. Dezember 2018.

32 Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Hans-Kurt Hill, Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Lötzsch und der Fraktion DIE LINKE: Ruhrkohle AG in eine Stiftung öffentlichen Rechts überführen – Börsengang verhindern, Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 16/6392 vom 19.9.2007, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/063/1606392.pdf>.

33 Naphtali, Fritz Perez: Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel, hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1928 (Neuausgabe Hamburg 1966).

**Tabelle 1: Kohlepolitische Beschlüsse und Gesetze (1968–2018)**

1968	Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete (kurz: Kohlegesetz) Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) und des Gesamtverbands Steinkohle e.V. (GVSt)
1969	Hüttenvertrag
1973	Energieprogramm der Bundesregierung
1974	Drittes Verstromungsgesetz (mit Einführung des «Kohlepfennigs») Erste Fortschreibung des Energieprogramms
1977	10-Jahres-Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband Steinkohle e.V. (GVSt), der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) und der Vereinigung der Industriellen Kraftwirtschaft (VIK) Zweite Fortschreibung des Energieprogramms
1980	Verlängerung des 10-Jahres-Vereinbarung GVSt/VDEW/VIK («Jahrhundertvertrag») bis 1995 Novelle Drittes Verstromungsgesetz Novelle Importkontingentgesetz
1989	Kanzlervereinbarung (Nachverhandlung einer mengenmäßigen Anpassung des «Jahrhundertvertrags»)
1990	Deutsche Einheit
1991	Kohlerunde mit Kohlekonzept 2005 Energiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung
1993*	Einführung des EU-Binnenmarktes
1994	Artikelgesetz zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und der Änderung des Atomgesetzes «Kohlepfennig»-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (= Ende des «Kohlepfennigs»)
1995	Gesetz zur Umstellung der Steinkohleverstromung
1997	Kohlepolitische Vereinbarung Gesetz zur Neuordnung der Kohlesubventionen
2003	Kohlepolitische Vereinbarung bis 2012
2007	Eckpunkte einer kohlepolitischen Verständigung Rahmenvereinbarung zur sozialverträglichen Beendigung der Steinkohlenförderung Steinkohlefinanzierungsgesetz
2010	EU-Ratsbeschluss zu staatlichen Beihilfen
2011	Streichung der Revisionsklausel (ermöglichte eine Zurücknahme der Beendigung der Steinkohlenförderung)
2018	Am 20. Dezember 2018 endete die Steinkohlenförderung in der Bundesrepublik

Quelle: Gesamtverband Steinkohle e.V.: Jahresbericht 2018, S. 13; \* vom Autor hinzugefügt



## 1.9 Die Finanzierung des sozialabgefederten Ausstiegs aus der Kohle

Der langsame und sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohle hatte und hat seinen Preis. Die Ausgaben für diesen langwierigen Prozess aber nur als Kosten zu verbuchen, wird der Sache nicht gerecht. Das verdeutlicht ein Blick in die nordenglische Kohleregion. Dort kam es in den 1980er Jahren aufgrund der politisch von Margaret Thatcher vorangetriebenen Deindustrialisierung zu einem im Vergleich zum Ruhrgebiet abrupten Strukturbruch. Vonseiten der damaligen Regierung gab es kein Interesse, Kapital und Investitionen in der alten englischen Kohleregion zu halten. Ganz gezielt wurden die Kapital- und Investitionsströme stattdessen in den Aufbau der City of London, mittlerweile eines der größten Finanzmarktzentren weltweit, gelenkt. Die sozialen Verwerfungen, die daraus resultierten und bis heute wirksam sind, haben wesentlich zum Brexit beigetragen. Wer sich also über die hohen Kosten des Strukturwandels im Ruhrgebiet beklagt, sollte sich bewusst machen, welcher hoher politischer und auch ökonomischer Preis für den britischen Weg einer radikalen Deindustrialisierung ohne jede soziale Abfederung zu zahlen war.

Der langsame und sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohle hat eine Deindustrialisierung des Ruhrgebiets verhindert. Zwar ist die alte Montanindustrie mittlerweile nahezu verschwunden. Ein Teil der alten Zulieferindustrie hat sich aufgrund des langsamen Ausstiegs jedoch transformieren können. Seit den 1960er Jahren sind Schritt für Schritt ein großer Wissenschaftssektor und ein Gesundheitssektor – Universitäten, staatliche und private Fachhochschulen sowie öffentliche, gemeinnützige und private Kliniken und soziale Dienstleister – aufgebaut worden. Die Beschäftigten im Bergbau und indirekt auch die in der zugeordneten Industrie sind vor einem Absturz in Armut bewahrt worden, weil sie in Arbeit bleiben konnten und nicht auf niedrige Transfereinkommen angewiesen waren. Damit wurde Kaufkraft in der Region gehalten, die zusammen mit den Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen der Montanindustrie die regionale Wirtschaft stabilisiert hat. Auch 2019 zählt das Ruhrgebiet – trotz aller Probleme, die es in der Region gibt – noch zu den bedeutendsten Wirtschaftsstandorten Europas und mehrere internationale Firmen haben dort ihren Hauptsitz (davon später mehr). Deshalb greift es zu kurz, die Ausgaben für den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau nur als Kostenfaktor zu verbuchen. Das war und ist eine Investition in die Zukunft der Region und in die Lebenschancen der dort lebenden Menschen.

Gleichwohl soll in diesem Unterkapitel der Frage nachgegangen werden, welche Ausgaben bzw. Investitionen mit dem Ausstieg aus der Kohle verbunden waren, auch wenn diese Frage weder eindeutig noch abschließend zu beantworten ist. Denn es gibt mehr als nur eine Antwort auf diese Frage mit unterschiedlichen und nur relativ groben Ergebnissen.

Die Kernfrage ist, welche Ausgabenarten bei der Ermittlung der Gesamtausgaben berücksichtigt werden sollen. Die wichtigsten Positionen sind: direkte Beihilfen der öffentlichen Hand, der «Kohlepfennig», der Hüttenvertrag, die nationale Kohlereserve, Anpassungsgeld und soziale Beihilfen für Beschäftigte im Steinkohlenbergbau sowie die Arbeitsmarktprogramme (einschließlich EU-Anteile), die für Umschulungen etc. im Rahmen des Arbeitsplatzabbaus im Bergbau genutzt wurden (hierzu finden sich in den nachfolgend beschriebenen Studien bedauerlicherweise keine Angaben), um niemanden «ins Bergfreie» fallen zu lassen, also niemanden unmittelbar aus einem Arbeitsverhältnis bei der RAG in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

Eine sehr grobe Schätzung machte der Wirtschaftshistoriker Franz-Josef Brüggemeier in der Sendung «Teure Steinkohle: Der Kampf um Subventionen» von Jörg Marksteiner im Deutschlandfunk am 18. Dezember 2018,<sup>34</sup> also wenige Tage vor der letzten Förderschicht im Ruhrbergbau. Brüggemeier erklärte, dass heute niemand genau wisse, wie viel «an Beihilfen, Prämien und durch Abnahmegarantien gezahlt wurde», schätzt aber die Gesamtsumme, die im Zuge des langen Ausstiegs aus der Steinkohle aufgewandt wurde, auf einen Betrag «zwischen 200 und 300» Milliarden Euro.

### 1.9.1 «Dokumentation: Steinkohlesubventionen der WD des BT»

Etwas detaillierte Angaben finden sich in der «Dokumentation: Steinkohlesubventionen» der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 7. April 2017. Zunächst gibt sie einen Überblick über die verschiedenen Definitionen von Subventionen und unterscheidet dabei zwischen budgetwirksamen (expliziten) Subventionen und nicht direkt budgetwirksamen (impliziten) Subventionen.<sup>35</sup>

Zu ersteren zählen

- Finanzhilfen (zweckgebundene Zuschüsse, Schuldendiensthilfen und Darlehen),
- Steuervergünstigungen,
- in Anspruch genommene Bürgschaften und Garantien.

<sup>34</sup> Marksteiner, Jörg: Teure Steinkohle: Der Kampf um Subventionen, Deutschlandfunk Kultur, 18.12.2018, unter: [www.deutschlandfunkkultur.de/teure-steinkohle-der-kampf-um-subventionen.976.de.html?dram:article\\_id=436329](http://www.deutschlandfunkkultur.de/teure-steinkohle-der-kampf-um-subventionen.976.de.html?dram:article_id=436329).

<sup>35</sup> Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Dokumentation: Steinkohlesubventionen, Berlin, 7.4.2017, Aktenzeichen: WD 5-3000-033/17, S. 5, unter: [www.bundestag.de/resource/blob/505892/0a3577d00633e51547e8b148f2d58e01/wd-5-033-17-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/505892/0a3577d00633e51547e8b148f2d58e01/wd-5-033-17-pdf-data.pdf).

Zur zweiten Kategorie gehören

- nicht in Anspruch genommene Bürgschaften und Garantien,
- gezielte Begünstigungen im Rahmen staatlicher Regulierung,
- staatliche Bereitstellung oder Beschaffung von Gütern, Leistungen und Rechten zu Preisen, die nicht den Marktpreisen entsprechen,
- die unvollständige Internalisierung von Umweltkosten.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF), das die Subventionsberichte der Bundesregierung erstellt, greift in seinen Berichten auf die erste Definition zurück und benennt nur Finanzhilfen und Steuervergünstigungen als Subventionen. Das Umweltbundesamt (UBA), die OECD und das Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS) greifen hingegen auf alle Kategorien von Subventionen zurück bis auf die unvollständige Internalisierung von Umweltkosten. Das Institut für europäische Umweltpolitik (IEEP) und der IWF schließlich berücksichtigen zudem unter bestimmten Umständen auch die Kategorie unvollständige Internalisierung von Umweltkosten.

Die konkreten Zahlen, die die «Dokumentation: Steinkohlesubventionen» benennt, bleiben gleichwohl rudimentär. Für den Zeitraum von 2014 bis 2019 kommt sie auf eine Summe an Subventionen von insgesamt 7.664 Millionen Euro für den Steinkohlenbergbau, die sich wie folgt aufteilt (nach Jahren sowie auf den Bund und das Land NRW):

**Tabelle 2: Subventionen für den Steinkohlenbergbau 2014–2018 (in Mio. Euro)**

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Bund	1.284,8	1.332,0	1.053,6	1.020,3	939,5	794,4
Land NRW	363,8	171,4	170,9	161,2	151,5	220,6

Quelle: Wissenschaftliche Dienste: Dokumentation: Steinkohlesubventionen, S. 6

Darüber hinaus weist die Dokumentation für die Jahre 1998 bis 2017 Beihilfen in Höhe von 40.146,40 Millionen Euro aus, die sich nach Jahren wie folgt aufteilen:

**Tabelle 3: Beihilfen für den Steinkohlenbergbau 1998–2017 (in Mio. Euro)**

Jahr	Betrag	
1998	3.912,40	Ist
1999	3.894,40	Ist
2000	3.712,00	Ist
2001	3.379,60	Ist
2002	2.896,20	Ist
2003	2.558,70	Ist
2004	2.101,90	Ist
2005	1.645,20	Ist
2006	1.561,90	Ist
2007	1.771,60	Ist
2008	1.815,90	Ist
2009	1.375,30	Ist

2010	1.319,40	Ist
2011	1.348,60	Ist
2012	1.181,80	Ist
2013	1.082,40	Ist
2014	1.168,70	Ist
2015	1.088,30	vorläufig
2016	1.278,50	vorläufig
2017	1.053,60	vorläufig

Quelle: Wissenschaftliche Dienste: Dokumentation: Steinkohlesubventionen, S. 7

Für weitreichendere Informationsbedarfe verweist die «Dokumentation: Steinkohlesubventionen» auf die Subventionsberichte der Bundesregierung. Die in den 26 seit 1967 erstellten Subventionsberichten der Bundesregierung aufgelisteten staatlichen Beihilfen, Steuermindereinnahmen und Anpassungsgelder für Bergleute sind in einer Tabelle am Ende dieses Unterkapitels gesondert aufgelistet.

### 1.9.2 FÖS-Studie «Staatliche Förderungen der Stein- und Braunkohle im Zeitraum 1950–2008»

Die mit Abstand detaillierteste Untersuchung zu Kohlesubventionen ist die Studie des Forums Ökologisch-soziale Marktwirtschaft mit dem Titel «Staatliche Förderungen der Stein- und Braunkohle im Zeitraum 1950–2008», die 2010 von Bettina Meyer, Swantje Kuchler und Oliver Hölzinger im Auftrag von Greenpeace erstellt wurde. Diese Arbeit will den Gesamtumfang staatlicher Förderung der Nutzung von Braun- und Steinkohle aus heimischen Vorkommen seit Gründung der Bundesrepublik bis zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie ermitteln – und nicht die Kosten des sozialverträglichen Ausstiegs aus der Steinkohlenförderung. Allerdings erinnern die Autor\*innen zu Recht daran, dass der langfristige Ausstieg aus der Kohleförderung deutlich sozialverträglicher als umweltverträglich organisiert wurde. Dass er zugleich auch umweltverträglicher hätte sein können, belegt die oben behandelte Studie des Wuppertal Instituts von 1995.

Aus zwei Gründen gibt die FÖS-Studie keine ausreichende und auch keine abschließende Antwort auf die Frage nach den finanziellen Aufwendungen für den sozialverträglichen Ausstieg aus der Steinkohle. Zum einen wurde sie bereits 2010 veröffentlicht und umfasst daher nur den Zeitraum bis 2008. Die Jahre von 2009 bis zur Einstellung der Steinkohlenförderung Ende 2018 werden allerdings insofern berücksichtigt, indem die politisch eingeplanten Subventionen angerechnet werden. Die tatsächlich gezahlten Subventionen konnten in dieser Studie selbstverständlich noch nicht berücksichtigt werden.<sup>36</sup>

Zum anderen erfasst die FÖS-Studie bereits den Zeitraum ab 1950. Man muss im Blick behalten, dass die staatliche Steuerung des Steinkohlenbergbaus in den 1950er Jahren noch unter den spezifischen Bedingungen der frühen Nachkriegszeit und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sowie unter der Kontrolle der Alliierten erfolgte. Die Förderung des Bergbaus in dieser Phase (die bis zum Kriegsende 1945 zurückreicht) folgte einem anderen Zweck und einer anderen Logik als in der Zeit ab Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre.

In der ersten Phase ging es um den Wiederaufbau der Wirtschaft, für die in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Kohle der zentrale Primärenergielieferant war und deren Bereitstellung eben deshalb einer staatlichen Steuerung und Förderung unterlag. Zu welchen Problemen das führte, ist zum Beispiel einem *Spiegel*-Artikel vom Februar 1956 zu entnehmen.<sup>37</sup> Er handelt von staatlichen Beihilfen zur Finanzierung einer neunprozentigen Lohnerhöhung für Bergarbeiter, um die Abwanderung von Arbeitskräften in Branchen, die aufgrund der sich erholenden Wirtschaft höhere Löhne zahlen konnten als der Bergbau, zu stoppen und die Kohleförderung zu stabilisieren. 1956 war der Kohlepreis noch staatlich festgelegt. Der Bergbau durfte die Lohnerhöhung daher nicht in die Berechnung des Kohlepreises einfließen lassen und forderte entsprechende staatliche Beihilfen ein. Die Situation änderte sich gegen Ende des Jahrzehnts. In einem Artikel vom Dezember

<sup>36</sup> Die Einstellung der Kohleförderung fällt nicht mit der endgültigen Schließung der Schachtanlagen zusammen, da zunächst noch die untertägig vorhandene technische Ausrüstung der Schachtanlagen zurückgebaut und die bestehenden Schächte verfüllt werden müssen. Auch diese mehrjährige Abbauphase erfordert noch Subventionen.

<sup>37</sup> Vgl. Kohlepreis: Bierabende im Revier, in: Der Spiegel 8/1956, 22.2.1956, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587489.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587489.html).

1958 berichtete *Der Spiegel* von Überproduktion im Steinkohlenbergbau und von Planungen für erste Massenentlassungen.<sup>38</sup>

In der damit beginnenden zweiten Phase ging es um den sozialverträglichen Rückbau der Steinkohlenförderung angesichts einer Substituierung von Kohle als zentralem Energieträger durch andere Primärenergieträger, der politisch gesteuert erfolgte.<sup>39</sup> Soll die Frage nach den Ausgaben für den sozialverträglichen langfristigen Ausstieg aus der Steinkohlenförderung beantwortet werden, dann müssen diese beiden Zeitabschnitte gegeneinander abgegrenzt werden, was die FÖS-Studie nicht tut, da sie eine andere Fragestellung hat.

Für die hier behandelte Frage der finanziellen Aufwendungen für den sozialverträglichen Ausstieg aus der Steinkohlenförderung kann auch diese Studie aufgrund des erfassten Zeitraumes und ihrer Systematik nur Annäherungswerte liefern. Da es aber keine vergleichbar umfassende Auflistung der finanziellen Aufwendungen gibt und die erste Zeitphase mit knapp zehn Jahren deutlich kürzer bemessen ist als die zweite Phase mit gut 60 Jahren, lohnt es trotz der genannten Spezifika, einen genaueren Blick auf die FÖS-Studie zu werfen.

Die Studie bezieht sich sowohl auf die Steinkohle- als auch auf die Braunkohlenförderung. Die Darstellung der aufgeführten Ausgaben für Steinkohle und Braunkohle erfolgt in getrennten Kapiteln. Während die «Dokumentation: Steinkohlesubventionen» nur die staatlichen Beihilfen und die Steuervergünstigungen für einen Teil des gesamten Förderzeitraums auflistet, erfasst die FÖS-Studie ein wesentlich größeres Spektrum an Finanzmitteln, die bei der Ermittlung der Kosten für den Ausstieg aus der Kohleförderung zu berücksichtigen sind.

Die FÖS-Studie unterteilt die Subventionen in fünf Hauptkategorien, die insgesamt noch einmal 18 Unterkategorien verzeichnen:<sup>40</sup>

#### – Finanzhilfen

- Forschung und Entwicklung im Bereich Bergbautechnik
- Forschung und Pilotvorhaben CCS<sup>41</sup> auf nationaler Ebene
- Forschung und Pilotvorhaben CCS auf europäischer Ebene
- Absatzbeihilfen
- Modernisierungsbeihilfen
- Soziale Beihilfen
- Stilllegungsbeihilfen
- Kohlesubventionen 2009 bis 2018 nach dem Steinkohlefinanzierungsgesetz

#### – Steuervergünstigungen

- Steuervergünstigungen bei der Energiebesteuerung
- Befreiung von der Förderabgabe
- Befreiung der Steinkohlenförderung von Wasserentnahmeentgelten
- Absatzbeihilfen
- Modernisierungsbeihilfen
- Soziale Beihilfen

#### – Budgetunabhängige staatliche Regelungen

- Förderwert der unentgeltlichen Zuteilung von Emissionszertifikaten sowie der geplanten Förderung neuer Kraftwerke im Rahmen des Emissionshandels

#### – Förderwert des unvollständigen Wettbewerbs in der Elektrizitätswirtschaft

#### – Externe Kosten und Haftung

#### – Sonstige öffentliche Hilfen für den Steinkohlesektor

- Knappschaftliche Rentenversicherung
- Sonstige öffentliche Hilfen für den Kohlesektor

In der Studie werden zu den genannten Kategorien jeweils zunächst der Fördertatbestand bzw. die jeweilige Regelung beschrieben, dann folgt die Ermittlung des Fördervolumens. Abschließend wird die Wirkung erläutert und eine kurze Bewertung vorgenommen.

Die FÖS-Studie kommt zu folgenden differenzierten Ergebnissen für den Zeitraum 1950 bis 2008 (die kalkulierten Werte von 2009 bis 2020 sind hier ausgelassen worden):

38 Vgl. Feierschichten: Lohn der Angst, in: *Der Spiegel* 52/1958, 24.12.1958, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html).

39 Da die Subventionsberichte der Bundesregierung erst 1967 eingeführt wurden, steht diese Informationsquelle für die Anfänge des sozialverträglichen Arbeitsplatzabbaus im Steinkohlenbergbau nicht zur Verfügung.

40 Meyer, Bettina/Küchler, Swantje/Hölzinger, Oliver (Green Budget Germany [GBG]: Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft e.V. [FÖS]): Staatliche Förderungen der Stein- und Braunkohle im Zeitraum 1950–2008, 1.6.2010, unter: [www.foes.de/pdf/Kohlesubventionen\\_1950\\_2008.pdf](http://www.foes.de/pdf/Kohlesubventionen_1950_2008.pdf), S. 2.

41 CCS = Carbon Capture and Storage. Damit wird eine Technologie bezeichnet, die CO<sub>2</sub>, z. B. von Abgasen abscheidet, sodass es unterirdisch gespeichert werden kann.

**Tabelle 4: Staatliche Subventionen für den Steinkohlenbergbau 1950–2008 (in Mrd. Euro)**

Finanzierungsart	Nominalwert	Zeitwert 2008
<b>– Finanzhilfen (gesamt)</b>	<b>130,7</b>	<b>187,2</b>
▪ Forschung Bergbautechnik und Kraftwerke	3,6	6,2
▪ Forschung und Pilotvorhaben CCS auf nationaler Ebene (Gesamtausgaben)	0,107	0,111
▪ Forschung und Pilotvorhaben CCS auf europäischer Ebene, Anteil Bergbau	0,077	0,080
▪ Absatzbeihilfen (u. a. «Kohlepfennig» und Koksbeihilfe, die über 77 % dieser Kategorie ausmachen) <sup>42</sup>	107,6	145,1
▪ Modernisierungsbeihilfen	6,0	12,1
▪ Soziale Beihilfen	9,6	16,4
▪ Stilllegungsbeihilfen	3,8	7,3
<b>– Steuervergünstigungen (gesamt)</b>	<b>68,4</b>	<b>101,4</b>
▪ Steuervergünstigungen Energiebesteuerung netto	50,5	63,9
▪ Befreiung von der Förderabgabe (seit 1970)	12,2	23,6
▪ Befreiung Wasserabgaben (seit 1995)	0,06	0,07
▪ Absatzbeihilfen	0,9	2,8
▪ Modernisierungsbeihilfen	0,9	2,3
▪ Soziale Beihilfen	3,9	8,8
<b>– Budgetunabhängige staatliche Regelungen (gesamt)</b>	<b>33,1</b>	<b>42,1</b>
▪ Förderwert des Emissionshandels	6,3	6,6
▪ Unvollständiger Wettbewerb in Elektrizitätswirtschaft	26,8	35,5

Quelle: Meyer u. a.: Staatliche Förderungen, S. 9.

Für den Zeitraum 2009 bis 2020 setzt die FÖS-Studie noch einmal einen kumulierten Förderwert von insgesamt 27,8 Milliarden Euro an (Finanzhilfen: 22,4 Mrd.; Steuervergünstigungen: > 0,5 Mrd.; budgetunabhängige staatliche Regelungen: > 4,8 Mrd.).

Die weiteren Kostenarten sind nach Auskunft der Studie nur sehr unzulänglich zu erfassen. Dazu gehören insbesondere:

- Bundeszuschuss zur knappschaftlichen Rentenversicherung
- Belastungen der Kommunen und der Wasserwirtschaft durch den Steinkohlenbergbau
- Aufwendung für die Bergbehörden
- Kosten durch Bergsenkungsschäden an privatem Eigentum
- Kosten durch Unfälle und Arbeitsbelastungen

<sup>42</sup> Meyer u. a.: Staatliche Förderungen, S. 19.

- Subventionen des Saarlands
- Steuervergünstigungen für die RAG
- Forschungsmittel im Bereich der Kraftwerkstechnik außerhalb von CCS sowie im Bereich Kohle und Stahl auf europäischer Ebene.

Im Ergebnis kommt die FÖS-Studie zu drei unterschiedlichen Summen der Gesamtaufwendungen für Subventionen an den Steinkohlenbergbau in der Bundesrepublik von 1950 bis 2008, die jeweils als Nominalwert und als Zeitwert in Preisen von 2008 ausgewiesen sind:<sup>43</sup>

«Summe 1: Die für die öffentlichen Haushalte budgetwirksamen Förderungen zwischen 1950 und 2008 betragen rund *199,1 Mrd. € nominal* bzw. *288,6 Mrd. € in Preisen 2008*. Diese Förderungen umfassen finanzielle Begünstigungen in Form von direkten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für Steinkohle durch den Bund und das Land NRW, die durch Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen direkt eine Belastung der öffentlichen Haushaltsbudgets bewirken. Bezieht man diese Förderungen auf den gesamten Primärenergieverbrauch von Steinkohle, entspricht dies einer Förderung von real 0,83 Ct/kWh.

Summe 2: Zusätzlich zu den Finanzhilfen und Steuervergünstigungen aus Summe 1 wird der Einsatz von Steinkohle zur Energiegewinnung in Form von budgetunabhängigen staatlichen Regelungen begünstigt. Unter zusätzlicher Berücksichtigung des Förderwerts des Emissionshandels durch die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten beträgt die staatliche Subventionierung insgesamt rund *205,4 Mrd. € nominal* bzw. *295,2 Mrd. € in Preisen 2008*.

Summe 3: Berücksichtigt man darüber hinaus den Förderwert des unvollständigen Wettbewerbs in der Elektrizitätswirtschaft [...], der durch unzureichende politische Regulierung entsteht und zu einer Erhöhung des Strompreises führt, ergibt sich insgesamt ein Förderwert von *232,2 Mrd. € nominal* bzw. *330,7 Mrd. € real in Preisen 2008*.»

### **1.9.3 Weitere Quellen**

Die «Dokumentation: Steinkohlesubventionen» der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages nennt neben den Subventionsberichten der Bundesregierung und der FÖS-Studie noch die Recherchen des Journalisten Udo Leuschner.

Unter dem Stichwort «Energie-Chronik» bietet Leuschner fortlaufende monatliche Übersichten der wichtigsten Ereignisse in Energiewirtschaft und -politik seit Juni 1991.<sup>44</sup> Dort findet sich auch eine spezielle Linkliste zur Steinkohle-Subventionierung.<sup>45</sup>

Leuschner bietet allerdings keine zusammenfassenden Analysen der Kohlesubventionen, noch folgt seine Sammlung kategorialen Zuordnungen, wie sie von der FÖS-Studie vorgenommen wurden. Es ist eine chronologisch geordnete Datensammlung, die sich als zusätzliche Informationsquelle nutzen lässt.

### **1.9.4 Beihilfen, Steuervergünstigungen und Anpassungsgelder nach den Subventionsberichten der Bundesregierung von 1967 bis 2017**

Die im Folgenden aufgelisteten Zahlen sind einerseits der «Dokumentation Steinkohlesubventionen» entnommen (Beihilfen 1998 bis 2014; die Zahlen für 2015 bis 2018 sind auf der Basis des 26. Subventionsberichts der Bundesregierung vom 28.8.2017 vom Autor aktualisiert worden) und andererseits den Subventionsberichten der Bundesregierung (Nr. 1 bis Nr. 26 aus dem Zeitraum 1967 bis 2017).<sup>46</sup>

Übernommen wurden die in den Berichten ausgewiesenen Ist-Zahlen mit Ausnahme der Jahre 2017 und 2018, für die zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Ausarbeitung nur die Soll-Zahlen bzw. die Zahlen des Regierungsentwurfs (RegE) vorlagen. In den Fällen, in denen es in den Berichten zu zeitlichen Überschneidungen kommt, wurden die Ist-Zahlen des jeweils jüngsten Berichtes übernommen. In Angleichung an die «Dokumentation: Steinkohlesubventionen» der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages sind die Beträge bereits ab 1998 in Euro ausgewiesen.

Mit der Kategorie «Anpassungsgeld» (APG) wird eine Zahlung an Arbeitnehmer aus dem Steinkohlenbergbau bezeichnet, die soziale Härten infolge der Stilllegungen im deutschen Steinkohlenbergbau vermeiden soll.<sup>47</sup> Finanziert wird das APG aus Mitteln des Bundes und der Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland. Es wird maximal für fünf Jahre gezahlt und kann entsprechend frühestens fünf Jahre vor dem gesetzlich frühestmöglichen Renteneintrittsalter beantragt werden.

43 Ebd., S. 10.

44 Leuschner, Udo: Energie-Chronik, unter: [www.udo-leuschner.de/energie-chronik/](http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/).

45 Leuschner, Udo: Link-Liste zur Steinkohle-Subventionierung, unter: [www.udo-leuschner.de/energie-chronik/ysteinkohle.htm](http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/ysteinkohle.htm).

46 Die einzelnen Subventionsberichte sind im Literaturverzeichnis dieser Studie aufgeführt.

47 Vgl. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: Anpassungsgeld, unter: [www.bafa.de/DE/Energie/Rohstoffe/Anpassungsgeld/anpassungsgeld/node.html](http://www.bafa.de/DE/Energie/Rohstoffe/Anpassungsgeld/anpassungsgeld/node.html).

**Tabelle 5: Staatliche Beihilfen, Steuermindereinnahmen und Anpassungsgeld zum deutschen Steinkohlenbergbau 1967–2018 (in Mio. DM, ab 1998 in Mio. Euro)**

<b>Jahr</b>	<b>Beihilfen</b>	<b>Steuermindereinnahmen (gesamt)</b>	<b>Anpassungsgeld</b>
1967	835,40	219,00	0,00
1968	1.018,00	349,00	0,00
1969	493,10	350,00	0,00
1970	378,90	361,00	0,00
1971	280,10	363,00	0,00
1972	457,60	346,00	22,50
1973	913,30	172,00	75,50
1974	1.215,50	355,00	102,80
1975	889,00	292,00	106,00
1976	770,20	287,00	124,30
1977	976,90	249,00	135,30
1978	2.069,10	244,00	153,40
1979	2.139,00	230,00	161,00
1980	2.456,90	299,00	153,30
1981	2.033,00	122,00	137,10
1982	1.320,00	125,00	126,50
1983	1.230,00	124,00	125,00
1984	1.913,00	119,00	133,40
1985	1.490,50	262,00	154,20
1986	1.915,50	254,00	164,60
1987	2.883,00	246,00	163,10
1988	3.068,00	232,00	245,00
1989	3.656,00	88,00	244,90
1990	3.243,00	80,00	275,80
1991	3.551,00	80,00	228,00
1992	3.465,00	74,00	256,30

1993	3.374,00	59,00	298,10
1994	2.864,00	55,00	327,90
1995	2.614,00	48,00	332,50
1996	9.895,00	51,00	298,00
1997	9.070,00	45,00	295,00
<b>Summe (DM)</b>	<b>72.478,00</b>	<b>6.180,00</b>	<b>4.839,50</b>
1998	3.912,40	21,00	155,40
1999	3.894,40	16,00	135,00
2000	3.712,00	19,00	119,10
2001	3.379,60	14,00	118,60
2002	2.896,20	11,00	119,60
2003	2.558,70	11,00	118,60
2004	2.101,90	11,00	119,60
2005	1.645,20	11,00	122,90
2006	1.561,90	9,00	129,70
2007	1.771,60	5,00	130,60
2008	1.815,90	1,00	120,90
2009	1.375,30	0,00	109,70
2010	1.319,40	0,00	105,60
2011	1.348,60	0,00	99,80
2012	1.181,80	0,00	105,80
2013	1.082,40	0,00	114,90
2014	1.168,70	0,00	116,60
2015*	1.200,00	0,00	111,60
2016*	1.395,00	0,00	107,30
2017**	1.162,00	0,00	108,70
2018***	1.123,00	0,00	102,50
<b>Summe (Euro)</b>	<b>41.606,00</b>	<b>129,00</b>	<b>2.472,50</b>

Quellen: Subventionsberichte der Bundesregierung (Nr. 1 bis 26 aus dem Zeitraum 1967 bis 2017. \* Angaben aus dem Subventionsbericht 2017; \*\* Soll-Zahlen aus dem Subventionsbericht 2017; \*\*\* Zahlen aus dem Regierungsentwurf, Subventionsbericht 2017.



## 1.10 Zwischenfazit

Der politisch organisierte Ausstieg aus der Steinkohlenförderung in der Bundesrepublik ist einmalig. In keiner anderen Industrieregion weltweit wurde der Ausstieg aus einem kompletten Industriezweig ähnlich langfristig, sozialverträglich und demokratisch – also unter Beteiligung von Politik, Gewerkschaften und Industrie – bewerkstelligt.

Trotz des politisch entschiedenen Endes des Ruhrbergbaus 2018 kann man nicht sagen, dass die 1968 gegründete Ruhrkohle AG nur ein Abwicklungsunternehmen gewesen wäre. Ganz im Gegenteil. Die RAG – heute: Evonik – hat sich zu einem international tätigen Konzern mit unterschiedlichen Sparten entwickelt, der seinen Hauptsitz nach wie vor im Ruhrgebiet hat, in Essen. Ein Teil der früheren Bergbauzulieferer ist von der RAG aufgekauft und somit vor dem Untergang bewahrt worden. Andere Bergbauzulieferer haben die lange Phase der Abwicklung des Bergbaus genutzt, um sich umzustrukturieren und andere Marktsegmente zu erschließen. Bei einem abrupten Aus für den Ruhrbergbau wären diese Unternehmen ebenfalls untergegangen.

Die Kohlepolitik in Nordrhein-Westfalen war zwar politisch umstritten. Von liberaler Seite wurde immer wieder kritisiert, dass die Subventionen besser in die Entwicklung von neuen Wirtschaftszweigen geflossen wären. Und von grüner Seite wurde kritisiert, es wäre sinnvoller gewesen, man hätte die Subventionen für eine forcierte Entwicklung umweltfreundlicher Energieproduktion genutzt. Dennoch muss man festhalten, dass es gelungen ist, durch die Gründung der RAG einen Transformationsprozess in Gang zu setzen, an dessen Ende eben nicht schlicht das Ende des Bergbaus steht, sondern ein neues Unternehmen. Der Industriestandort ist damit zumindest stabilisiert worden und ein Teil der verloren gegangenen Arbeitsplätze im Bergbau konnte ersetzt werden.

Die Grundlage dieses Transformationsprozesses war, dass mittels des langfristig und sozialverträglich organisierten Ausstiegs aus der Steinkohlenförderung Kapital und Investitionen in der Region gebunden wurden. Ein Blick nach Nordengland zeigt, was aus einer alten Industrieregion wird, wenn eine solche Bindung von Kapital und Investitionen politisch nicht gewollt ist und nicht durchgesetzt wird. Die sozialen Verwerfungen, zu denen die britische Deindustrialisierungspolitik geführt hat, haben einen Nachhall bis hin zum Brexit-Referendum 2016 gehabt.

## 2 DAS ABSCHMELZEN DER EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Die zweite Säule der klassischen Industrie im Ruhrgebiet war die Eisen- und Stahlindustrie mit ihren Hochöfen und Stahlwerken. Anders als der Bergbau stand sie nie gänzlich zur Disposition. Dennoch ist sie auf einen Bruchteil dessen geschrumpft, was sie einmal im Ruhrgebiet war. Der Grund dafür ist einerseits eine enorme Produktivitätssteigerung: Ein Hochofen produzierte 1861 in 24 Stunden 25 Tonnen Roheisen, 1993 waren es in derselben Zeit 12.000 Tonnen.<sup>48</sup> Zum anderen ist der Großteil der weltweiten Eisen- und Stahlproduktion nach Asien, in den Mittleren Osten und nach Lateinamerika verlagert worden, in der EU verblieben ist vor allem die Produktion von sehr hochwertigen Stahlsorten.<sup>49</sup> Und schließlich wurden Eisen und Stahl zum Teil durch alternative Werkstoffe ersetzt. Gleichwohl ist die Bundesrepublik innerhalb der EU der bedeutendste Standort für Rohstahlproduktion. 2011 betrug die Jahresproduktion in der Bundesrepublik 44,3 Millionen Tonnen.<sup>50</sup>

Der letzte verbliebene Hüttenstandort im Ruhrgebiet ist Duisburg. 1896 gab es in fast allen Städten zwischen der Ruhr und der heutigen Autobahn A40 Hochöfen. Die Stahlstandorte sind ähnlich dramatisch geschrumpft. Vergleichbare politische Interventionen wie im Rahmen des geordneten Rückbaus des Ruhrbergbaus hat es jedoch für die Eisen- und Stahlindustrie nicht gegeben. Die Bundespolitik hat sich allerdings – wo es möglich war – um die Erschließung neuer Märkte bemüht, wie etwa bei dem von ihr unterstützten deutsch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäft ab 1970. Daran waren die Ruhrgas AG, Mannesmann und die Deutsche Bank auf deutscher Seite als Vertragspartner beteiligt und auf sowjetischer Seite zwei Staatsbetriebe und die sowjetische Außenhandelsbank.<sup>51</sup>

Ein der RAG vergleichbares Konsolidierungsunternehmen gab es in der Hütten- und Stahlindustrie nicht. Auf dieser Seite der Montanindustrie ging es vor allem um eine innerbetriebliche, sozialpolitische Flankierung des Rückbauprozesses. Die zentralen Instrumente zur Organisation eines sozialverträglichen Personalabbaus in der Eisen- und Stahlindustrie waren die Frühverrentung und Abfindungen – allerdings nicht so komfortabel wie im Bergbau. Die Altersgrenze für die Frühverrentung lag im Regelfall bei 56 Jahren.

48 Vgl. Jahrbuch Stahl 2013, Bd. 1 hrsg. vom Stahlinstitut VDEh; Wirtschaftsvereinigung Stahl, Düsseldorf 2012, S. 285.

49 Vgl. ebd., S. 294.

50 Vgl. ebd., S. 277.

51 Vgl. Harenberg (Hrsg.): Chronik des Ruhrgebiets, S. 549.

Auf langen und massiven Druck der Gewerkschaften hin, insbesondere der IG Metall, konnte in den 1980er Jahren eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden durchgesetzt werden. Da dieser Erfolg in den 1990er Jahren aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der nun vergrößerten Bundesrepublik wieder zunichtegemacht wurde, entfaltete die Arbeitszeitverkürzung nur eine zeitlich befristete Wirkung. Die politische Antwort auf die Standort- und Arbeitsplatzverluste in der Eisen- und Stahlindustrie lagen und liegen vor allem in dem Bemühen um die Neuansiedlung von Unternehmen und neuen Wirtschaftszweigen. Darum geht es im folgenden Abschnitt.

## **IV NEUANSIEDLUNGEN<sup>52</sup>**

### **1 INDUSTRIELLE NEUANSIEDLUNGEN**

#### **1.1 Das Opel-Werk in Bochum**

Die Neuansiedlungspolitik startete mit der Kohlekrise im Ruhrgebiet in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre. Sie konzentrierte sich zu dieser Zeit auf die Ansiedlung großer Industriebetriebe. Die mit Abstand bedeutendste Neuansiedlung war das Opel-Werk in Bochum, die mit dem Werk I auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Dannenbaum begann.

Erste Verhandlungen mit General Motors, dem Eigentümer der Adam Opel AG, gab es Anfang 1959. Die Neuansiedlung von Industrieunternehmen im Ruhrgebiet wurde zwar von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt, direkter Verhandlungspartner von General Motors war jedoch die Stadt Bochum. Sie kaufte das Areal für das Opel-Werk I der Gelsenkirchener Bergwerks AG, der Eigentümerin der Zeche Dannenbaum, und veräußerte es dann nach einer entsprechenden Aufbereitung an General Motors. Am 20. Mai 1960 gab die Stadt Bochum bekannt, dass Opel ein neues Werk in Bochum errichten würde. Im Juli 1963 liefen die ersten Produktionsbänder an.

1962 erwarb die Stadt Bochum ein weiteres Zechengelände im Ortsteil Langendreer (Zeche Bruchstraße) von der Gelsenkirchener Bergwerks AG und verkaufte es ebenfalls an General Motors. Dort entstanden dann die Opel-Werke II und III, die noch im selben Jahr (Werk II) bzw. 1965 (Werk III) die Produktion aufnahmen.

Die Bochumer Opel Werke haben jährlich bis zu 250.000 Autos produziert und bis Anfang der 1990er Jahre rund 20.000 Menschen beschäftigt, die Beschäftigten in den Zulieferbetrieben nicht mitgerechnet. Ende 2014 wurden die Bochumer Opel-Werke nach einem fast 20 Jahre dauernden Abbauprozess endgültig geschlossen. Damit war eine spezifische Linie der Industriepolitik im Ruhrgebiet zu einem Ende gekommen.

#### **1.2 Siemens und Blaupunkt**

Die Opel-Werke waren zwar die bedeutendste, aber nicht die einzige Neuansiedlung eines Industrieunternehmens. In Gladbeck hatte Siemens ein Werk errichtet, das allerdings bereits 1991 geschlossen wurde. Die Stadt Herne konnte 1965 mit dem Unternehmen Bosch eine Einigung über die Eröffnung einer Produktionsstätte für das Bosch-Tochterunternehmen Blaupunkt erzielen. Die Produktion startete im November 1967 und lief bis Ende 1992.

#### **1.3 Von Graetz über SEL, Nokia und Blackberry zu VW**

Eine weitere, zunächst ebenfalls sehr erfolgreiche Neuansiedlung war die Fernsehgeräteproduktion der Firma Graetz 1956 in Bochum mit rund 1.200 Arbeitsplätzen. 1961 wurde das Werk an Standard Elektrik Lorenz (SEL) verkauft, und 1988 übernahm Nokia die Produktion, die zwischenzeitlich an Alcatel weiterverkauft worden war. Nokia stellte 1989 die Produktion von Fernsehgeräten und Satellitenempfängern auf die von Mobiltelefonen um. 1998 wurde das Nokia-Werk mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung NRW erweitert. Insgesamt sind in den 1990er Jahren rund 88 Millionen Euro öffentliche Fördermittel an Nokia geflossen. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg im Bochumer Nokia-Werk bis auf rund 3.000. Aufgrund einer Umstrukturierung des Unternehmens schloss Nokia im Sommer 2008 das Bochumer Werk.

2009 richtete der kanadische Handyhersteller Blackberry (RIM) ein Forschungs- und Entwicklungszentrum mit rund 300 neuen Arbeitsplätzen für Ingenieure in Bochum ein. Aufgrund von Absatzproblemen verkaufte Blackberry sein Bochumer Forschungs- und Entwicklungszentrum 2014 an die Volkswagen AG. Unter dem Namen Infotainment GmbH führt VW den Bochumer Ableger von Blackberry als Entwicklungsfirma für «Fahrzeug Connectivity» weiter.

Das Bemühen der Ruhrgebietskommunen und des Landes NRW um industrielle Neuansiedlungen war durchaus erfolgreich. An den genannten Beispielen zeigen sich aber auch einige grundlegende Probleme, die mit Neuansiedlungen verbunden sind. Etwas detaillierter lassen sich die Probleme am Beispiel von Opel Bochum erläutern.

#### **1.4 Opel Bochum im Detail – Konflikte um die Neuansiedlung**

Von Anfang an waren die Neuansiedlungen heftig umstritten. Der Artikel «Was Opel nützt», der am 5. Oktober 1960 im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* erschien, hat diese Konflikte am Beispiel der Opel-Ansiedlung analysiert.

---

52 Quellen und Literatur zu allen nachfolgenden Kapiteln finden sich nach Themen sortiert im Anhang.

Den Politikern im Ruhrgebiet waren die Gefahren einer industriellen Monokultur spätestens seit der Kohlekrise der 1950er Jahre bewusst. Im Süden des Kohlereviers waren die ersten Lagerstätten erschöpft. Deshalb lag zumindest den weitsichtigeren Politikern an einer stärkeren Diversifizierung der Industrie im Ruhrgebiet. So begannen bereits Mitte der 1950er Jahre entsprechende Verhandlungen mit infrage kommenden Unternehmen. Die Gespräche mit Opel wurden allerdings erst Ende der 1950er Jahre aufgenommen, als die erste Kohlekrise überwunden war und die Nachfrage nach Arbeitskräften im Bergbau wieder stieg. Die Kohleindustrie sah deshalb in Neuansiedlungen eine Verschärfung der Konkurrenz um Arbeitnehmer, die ihnen ungelegen kam. Die Stadt Bochum hat, wie dem erwähnten *Spiegel*-Artikel zu entnehmen ist, mit den Eigentümern infrage kommender Grundstücke heimlich verhandelt, um keine Störaktionen durch den Bergbau zu provozieren.

Gleichzeitig haben die Unternehmen, die sich auf Verhandlungen mit Ruhrgebietskommunen einließen, um deren Zwangslage gewusst. Der *Spiegel* berichtete, dass die Stadt Bochum zu beachtlichen Zugeständnissen bereit gewesen sei: Sie habe Grundstücke von den Altbesitzern für einen Quadratmeterpreis von sechs bis acht DM (drei bis vier Euro) abgekauft, die Grundstücke aufbereitet und verkehrstechnisch erschließen lassen und die notwendige Energieversorgung bereitgestellt. Zusätzlich habe die Stadt noch eine Garantie für mögliche Bergschäden übernommen.<sup>53</sup> Nach dieser Aufbereitung hat die Stadt Bochum das Grundstück für einen Quadratmeterpreis von zwei DM an General Motors weiterverkauft. Für die Erschließung des Geländes für die geplanten Werke II und III war sogar eine vorzeitige Schließung der dortigen Schachanlage nötig, deren Kosten die Stadt Bochum ebenfalls getragen hat.<sup>54</sup> Laut Wikipedia-Artikel zum Bochumer Opel-Werk I zahlte die Stadt Bochum rund 5,2 Millionen DM für den Erwerb der Grundstücke, investierte rund eine weitere Million DM in deren Erschließung und verkaufte das Areal dann für 1,2 Millionen DM an General Motors.

Für weiteren Ärger im Ruhrbergbau sorgte, dass General Motors einen zinsgünstigen Investitionskredit in Höhe von mehr als 60 Millionen DM für das Bochumer Werk aus einem ursprünglich nur für die Montanindustrie vorgesehenen Fonds der EGKS in Luxemburg erhielt. Dieser Fonds wurde aus einer staatlich verordneten Umlage (der damaligen sogenannten Luxemburg-Steuer) in Höhe von 0,35 Prozent auf die jährliche Wertschöpfung der Montanunternehmen der Mitgliedsstaaten der EGKS gespeist. Die «Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl», hieß es im *Spiegel*-Artikel weiter, finanzierte aus dieser Umlage ihre eigenen Verwaltungskosten und «einen Garantiefonds, der wiederum als Sicherheit für Anleihen der Union in fremden Ländern fungiert. Der Garantiefonds enthält heute 400 Millionen DM und ist mit 13 Anleihen im Gesamtwert von etwa 850 Millionen DM belastet.»<sup>55</sup> Diese Anleihen wurden als zinsgünstige Kredite an Kohle- und Stahlunternehmen in den Mitgliedsstaaten der EGKS weitergegeben, die ihre Betriebe modernisieren wollten. Ursprünglich waren diese Kredite der Montanindustrie vorbehalten. Im Frühjahr 1960 hatten die EGKS-Mitgliedsstaaten die Vergabebedingungen dahingehend geändert, dass jedes Unternehmen, das in Montanregionen neue Arbeitsplätze schuf, die verloren gegangenen in der Montanindustrie ersetzten, Zugang zu diesen zinsgünstigen Krediten erhielt. Die Bergbauunternehmen im Ruhrgebiet opponierten heftig dagegen, konnten aber weder verhindern, dass die Opel-Werke in Bochum gebaut wurden, noch dass General Motors die besagten günstigen Kredite erhielt.

Nach den anfänglichen Turbulenzen entwickelte sich das Bochumer Opel-Werk zu einem der wichtigsten und stabilsten Arbeitsplatzanbieter der Region und galt lange als erfolgreiches Beispiel für eine gelungene Industriepolitik. Mit der Einführung computergestützter Produktionstechnologien und neuer innerbetrieblicher Organisationsmodelle wie «lean production» begann ab Mitte der 1990er Jahre ein langsamer Niedergang, der mit der Werksschließung 2014 endete.

## 1.5 Der langsame Untergang des Bochumer Opel-Werks

Die Bochumer Opel-Belegschaft war mit einem Organisationsgrad von mehr als 95 Prozent gewerkschaftlich sehr gut organisiert. Sie hatte einen ungewöhnlich kritischen und streitbaren Betriebsrat, was man durchaus auch als eine Folge der 68er-Bewegung ansehen kann. Zudem war in Bochum die Achsproduktion für alle europäischen Standorte von Opel angesiedelt. Das gab der Belegschaft einen äußerst wirksamen Hebel in Arbeitskämpfen an die Hand: Ein Streik in der Bochumer Achsproduktion führte nach wenigen Tagen zu Stillständen in allen Produktionsstandorten. Vor diesem Hintergrund hat die Unternehmensleitung bereits Mitte der 1990er Jahre angekündigt, dass man in den folgenden zehn Jahren einen deutlichen Arbeitsplatzabbau plane und einen tief greifenden Umbau des Werkes, zu dem die Ausgründung einer Reihe von Produktionsbereichen gehöre. Bis 2003 hat sich die Belegschaft dann von rund 20.000 (im Jahr 1990) auf rund 10.800 nahezu halbiert, von 2003 bis 2011 dann noch einmal auf knapp 5.200 Beschäftigte. Der Abbau erfolgte mit den üblichen sozialpolitischen Instrumenten: Frühverrentung ab dem 56. Lebensjahr und Abfindungen. Die bis zur Schließung

53 Vgl. «Adam Opel AG Werk Bochum I», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Adam\\_Opel\\_AG\\_Werk\\_Bochum\\_I](http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Opel_AG_Werk_Bochum_I).

54 Vgl. «Adam Opel AG Werk Bochum II und III», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Adam\\_Opel\\_AG\\_Werke\\_Bochum\\_II/III](http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Opel_AG_Werke_Bochum_II/III).

55 Ansiedlung – Was Opel nützt, in: Der Spiegel 41/1960, 5.10.1960, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-43066975.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43066975.html).

verbliebenen Opel-Arbeiter erhielten im Schnitt eine Abfindung von 125.000 Euro. Wer am Tag der Schließung mindestens 55 Jahre alt war, konnte mit 80 Prozent seines letzten Nettoeinkommens bis zum Erreichen der Vorruhestandsgrenze zu Hause bleiben. Für diejenigen, für die diese Maßnahmen nicht infrage kamen, blieb der zeitlich begrenzte Wechsel in eine Transfergesellschaft.

Die letzte heftige Auseinandersetzung um die Zukunft von Opel Bochum gab es im Herbst 2004. Nach einem zunächst wirkungslosen mehrtägigen wilden Streik kam es am 19. Oktober zu einer Solidaritätskundgebung im Bochumer Stadtzentrum, an der etwa 20.000 Menschen teilnahmen und auf der unter anderen die Bochumer Oberbürgermeisterin, der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und ein hochrangiger Vertreter des katholischen Ruhrbistums Essen sich solidarisch mit den streikenden Opel-Arbeiter\*innen erklärten. Nach diesen Aktionen kam es zu Standortsicherungsvereinbarungen zwischen General Motors und der Gewerkschaft IG Metall.

### **1.6 Vorschläge der Linksfraktion im Bundestag zu Opel in der Krise**

Dieser öffentlich ausgetragene Konflikt um die Zukunft des Bochumer Opel-Werks hat seinerzeit bewusst gemacht, dass es bei Opel Bochum keineswegs nur mehr um einen begrenzten Personalabbau und um innerbetriebliche Umstrukturierungen ging, sondern dass der Opel-Standort Bochum als Ganzes von einer Schließung bedroht war. Das hat in den folgenden Jahren zu politischen Überlegungen geführt, ob und gegebenenfalls wie der Standort erhalten werden könnte.

Die Krise, die 2008 begann, hat auch General Motors und Opel erneut unter Druck gesetzt. Die damalige rot-schwarze Bundesregierung brachte Anfang 2009 ein zweites Konjunkturprogramm auf den Weg, um der Krise entgegenzuwirken. Dieses Paket enthielt unter anderem die sogenannte Abwrackprämie, also einen Zuschuss für den Neukauf eines Pkw, wenn die Käufer\*innen einen älteren Wagen abstoßen und vorzeitig einen Neuwagen kaufen.

In diesem Rahmen hat sich die Linksfraktion im Bundestag intensiver mit den Perspektiven der Automobilindustrie befasst und speziell mit der Zukunft von Opel und dem Bochumer Opel-Standort. In einem Positionspapier der Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer (DIE LINKE) vom 19. März 2009 heißt es:

«Die LINKE tritt dafür ein, dem Abbau von Überkapazitäten mit zukunftsorientierter Produktpolitik zu begegnen und gleichzeitig die Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen. Unsere Bedingungen für die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln sind:

1. Beschäftigungssicherung: Es dürfen weder Werke verkauft noch geschlossen werden. Die Beschäftigung muss gesichert werden auch mit Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.
2. Unternehmensstruktur: Nur eine rechtlich selbstständige europäische Lösung kann die Standorte und Arbeitsplätze bei Opel und den Zulieferern retten. Die neue Struktur muss sicherstellen, dass die Geschäftsstrategie in dem europäischen Unternehmen bestimmt wird und Gelder nicht an General Motors abfließen. In Bezug auf Entwicklung und Patente, wie auch andere Geschäftsfelder kann mit GM kooperiert werden. Diese Kooperation ist rechtlich klarzustellen.
3. Erwerb von Opel durch die Bundesländer: Die betroffenen Bundesländer, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz, müssen mit Beteiligungen bei Opel einsteigen, sodass sie analog zu VW mindestens eine Sperrminorität bei Opel erlangen. Der Bund muss sie dabei insbesondere durch Bürgschaften unterstützen.
4. Belegschaftsbeteiligung: Die LINKE tritt für eine Belegschaftsbeteiligung an Opel ein. Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft muss sicherstellen, dass gegen die öffentlichen, die gewerkschaftlichen und die Belegschaftsstimmen keine Entscheidungen getroffen werden können. Darüber hinaus muss die Mitbestimmung in allen sozialen, personellen und wirtschaftlichen Belangen der Unternehmensführung ausgebaut werden.
5. Händler und Zulieferer: In die Lösung sollen Händler und Zulieferer mit Beteiligungen eingebunden werden.
6. Zukunftskonzept: Mithilfe der Beteiligungen muss Opel als umweltfreundliches Mobilitätsunternehmen umgebaut werden. Das «neue» Unternehmen Opel kann so zum Kristallisationskern einer neuen sozial-ökologischen Industriepolitik für die gesamte Automobilbranche werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können auf neue Weise und auf neuer Grundlage über die Produktion mitbestimmen. Die Strukturanpassung kann dazu genutzt werden, die Fähigkeiten der Beschäftigten für Forschung, Entwicklung und Bau umweltfreundlicher Fahrzeuge, integrierter Verkehrssysteme und anderer sinnvoller Produkte einzusetzen. In den Schubladen der Forschungsabteilungen der Automobilkonzerne liegen z. T. bereits Pläne, auf die zurückgegriffen werden könnte. Darüber hinaus soll die Kooperation mit öffentlicher Forschung an Universitäten ausgebaut werden.
7. Innovative Industriepolitik: Die Lösung für Opel wird eingebunden in eine Gesamtlösung für innovative Industriepolitik. Wir treten für einen branchenübergreifenden Innovationsfonds für die sozial-ökologische Erneuerung der Industrie ein. Der Industriefonds bündelt staatliche Bürgschaften, Kredite und Beteiligungen und wird mit öffentlichen Mitteln und einer Sonderabgabe von Konzernen (Dividenden, Boni) finanziert. Die Politik kann dadurch die Forschung und Entwicklung der Unternehmen koordinieren und an gesellschaftlichen Notwendigkeiten ausrichten statt an Profitmaximierung. Öffentliche Mittel aus dem Fonds werden nur zu den oben aufgeführten Bedingungen vergeben. Kontrol-

liert wird der Fonds durch Wirtschaftsräte auf kommunaler, regionaler und Bundesebene, in denen Gewerkschaften, Ökoverbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, Arbeitgebervertreter, Sparkassen und Vertreter der öffentlichen Hand (Parlamente) eingebunden sind.»

Auf diesem Positionspapier aufbauend hat die Linksfraktion im Bundestag am 20. April 2010 folgende Forderungen als Antrag in den Bundestag eingebracht:

- «II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, umgehend und in Abstimmung mit den betroffenen Bundesländern die Bereitstellung von Bürgschaften und öffentlichen Mitteln unter folgenden Bedingungen zu beschließen:
- GM garantiert Standort- und Beschäftigungssicherung und die Bereitstellung ist mit den Betriebsräten der betroffenen Standorte abgestimmt.
  - Die Bundesregierung muss umgehend und auf Ebene des EU-Ministerrates über eine gemeinsame Zukunft für die europäischen Opel-Standorte beraten und das weitere Vorgehen verbindlich festlegen. Gewerkschaften und Belegschaftsvertreter sind an den Gesprächen zu beteiligen.
  - Öffentliche Gelder von Bund und Ländern werden als Beteiligungen gewährt, die mit Mitspracherechten in der Unternehmenssanierung verbunden sind.
  - Es wird von GM sichergestellt, dass die öffentlichen Gelder nur für die europäischen Standorte genutzt werden.
  - Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Beirat einzurichten, in den Vertreter des Deutschen Bundestages, der betroffenen Landtage, der Gewerkschaften, der Automobilindustrie, von ökologischen Organisationen und von Hochschulen eingebunden sind. Dieser Beirat wird beauftragt, ein industriepolitisches Konzept für die Automobilindustrie zu entwickeln. Ziel ist die Entwicklung alternativer Produktfelder, wie z. B. umweltfreundlicher Fahrzeuge, integrierter Verkehrssysteme oder von Umwelt- und Effizienztechnologien.
  - Die öffentlichen Mittel und der öffentliche Einfluss werden genutzt, Opel in diesem Sinne zu einem umweltfreundlichen Mobilitätskonzern umzubauen. Dabei erhalten die Betriebsräte umfangreiche Mitbestimmungsrechte.»<sup>56</sup>

Mit diesem Antrag hat die Linksfraktion im Bundestag eine Antwort auf die Probleme zu geben versucht, die aus einer reinen Subventionspolitik resultieren. Diese Frage wurde auch schon im Zuge der Nokia-Schließung intensiv diskutiert, nachdem bekannt geworden war, dass Nokia in den 1990er Jahren rund 88 Millionen DM (44,99 Millionen Euro) an Subventionen erhalten hatte, 2008 aber den Standort Bochum geschlossen hat. So merkte etwa Heinz Bontrup von der Fachhochschule Gelsenkirchen in einem Artikel zu Nokia an:

«Grundsätzlich müssen wir in Sachen Subventionen in der EU umdenken. Sollten nach eingehender Prüfung zukünftig noch knappe staatliche Steuergelder von den einzelnen EU-Staaten an privatwirtschaftliche – auf Profit bedachte – Unternehmen fließen, so kann dies nicht mehr in Form von Subventionen erfolgen, die quasi ohne eine unternehmerische Gegenleistung gegeben werden. Um insbesondere auch Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen zu vermeiden, kann sich aber der Staat mit einer Eigenkapitalbeteiligung in Unternehmen einbringen. Wünschen dies Unternehmen, weil sie an Kapitalmangel leiden, etwa weil nicht ausreichende Eigenmittel vorhanden sind oder weil ihnen Banken eine Kreditierung verweigern, so impliziert ein solches staatliches Beteiligungsmodell auch eine Mitsprache am Unternehmen und seiner Geschäftspolitik. Dies bedeutet für den Staat selbstverständlich auch eine Haftung mit dem eingebrachten Kapitalanteil. Gewinne und Verluste werden entsprechend zwischen Kapital und öffentlicher Hand verteilt. Bei Kapitalgesellschaften ist die Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen durch öffentliche Gelder zusätzlich mit einem Sitz auf der Kapitalbank im Aufsichtsrat zu versehen. Aber auch bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen müssen Vertreter öffentlicher Interessen durch eine solche Kapitalbeteiligung mit am Entscheidungstisch sitzen. Nur so ist eine effektive Kontrolle über die Verwendung einmal gegebener (knapper) Steuergelder überhaupt möglich. Wäre ein solches Modell bereits im Fall Nokia verpflichtend gewesen, so hätte Nokia höchwahrscheinlich erst gar nicht nach Subventionen bzw. nach einer Kapitalbeteiligung durch das Land NRW und durch den Bund gefragt. Nokia litt und leidet nämlich nicht unter einem Kapitalmangel. Und würde ein solches Beteiligungsmodell in allen EU-Ländern zukünftig zur Anwendung kommen, so hätten Unternehmen wie Nokia auch gar keine Chance, wie in diesem Fall, den deutschen Steuerzahler um Subventionen zu erleichtern. Jetzt hat nur einer einen Vorteil: nämlich die privaten Gesellschafter von Nokia. Gewinne werden privatisiert und alle Lasten vergesellschaftet. Es ist daher höchste Zeit, dass die herrschende Politik damit in der gesamten EU Schluss macht.»<sup>57</sup>

Mit ihrem Antrag hat die DIE LINKE die Überlegungen von Bontrup aufgenommen und mit dem Vorschlag eines Beirates um einen interessanten wirtschaftsdemokratischen Aspekt erweitert. Ihr Antrag skizziert die Idee einer alternativen Methode bei der Vergabe von Subventionen, die keineswegs privatwirtschaftliche Initiative unterbindet, aber darauf abzielt, die Nutzung öffentlicher Mittel durch private Unternehmen mit Vorgaben und

56 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/1404 vom 20.4.2010.

57 Bontrup, Hein-J.: Nicht politische Heuchelei ..., in: Hintergrund, 4.2.2008, unter: [www.hintergrund.de/20080204170/politik/inland/nicht-politische-heuchelei.html](http://www.hintergrund.de/20080204170/politik/inland/nicht-politische-heuchelei.html).

einer demokratischen Steuerung und Prüfung zu verbinden. Wer öffentliche Gelder nutzen will, der muss damit auch einen überprüfbaren öffentlichen Nutzen generieren und nicht nur einen privaten.

Des Weiteren hat der Antrag der Linksfraktion ökologische Anforderungen an ein zukünftiges Mobilitätssystem aufgegriffen und grundlegende Aspekte einer zukünftigen Industriepolitik, die weit über die konkrete Frage nach der Zukunft des Bochumer Opel-Standortes hinausreichen. Es wäre interessant, die Überlegungen der Linksfraktion zu einem umweltfreundlichen Mobilitätssystem mit dem Konzept des DGB-Landesbezirks NRW von 1992 zum Güterverkehr in Beziehung zu setzen und zu kombinieren,<sup>58</sup> das seinerzeit bedauerlicherweise ohne Resonanz geblieben ist.

Im Unterschied zu dem nur auf die aktuelle Situation reagierenden zweiten Konjunkturprogramm der damaligen Bundesregierung hat die Linksfraktion den Versuch gestartet, am konkreten Problem Opel Bochum und General Motors eine Debatte zur langfristigen Perspektive und Ausrichtung einer Industriepolitik anzustoßen. 2010 ist diese Debatte vom Bundestag nicht aufgenommen worden. Dennoch waren und sind die damaligen Überlegungen ein Meilenstein auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Industriepolitik auch und gerade auf europäischer Ebene. Eine ausschließlich angebotsorientierte, auf finanzielle Anreize setzende Ansiedlungspolitik reicht nicht aus, um einen Industriestandort dauerhaft zu sichern, wie die folgenden Beispiele zeigen.

## 2 ZUKUNFT IM DIENSTLEISTUNGSSEKTOR

Im Laufe der 1980er Jahre setzte sich bei einem Teil der politischen Entscheidungsträger\*innen die Erkenntnis durch, dass große Industrieansiedlungen im Ruhrgebiet – wie Opel in Bochum oder mittelgroße wie Blaupunkt in Herne oder Siemens in Gladbeck – nicht mehr zu erwarten sind. Ganz im Gegenteil: Anfang der 1990er Jahre hatten sich einige der früheren Neuansiedlungen bereits wieder aus dem Ruhrgebiet verabschiedet und damit den Abschied von einem Strukturwandel nach dem Modell «von der Kohle ans Fließband» eingeleitet.

In den 1970er Jahren noch hatte zudem der öffentliche Dienst immer wieder Arbeitnehmer aus der Montanindustrie übernommen. Aber auch im öffentlichen Dienst kam es ab Anfang der 1990er Jahre unter dem zunehmenden Einfluss neoliberaler Politik zu einem rasanten Abbau im Personalbereich.

So begannen politische Entscheidungsträger\*innen in Ruhrgebietskommunen und auf Landesebene Ende der 1980er Jahre verstärkt, sich um die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen zu bemühen. Gleichzeitig wurde eine Debatte über die Verbesserung des Images des Ruhrgebiets geführt, also über die sogenannten weichen Standortfaktoren.

### 2.1 Neue Mitte Oberhausen/Centro Oberhausen

Das erste große Projekt in diesem Sinne war die Neue Mitte Oberhausen, auch Centro Oberhausen genannt. Die zweite Bezeichnung ist die gängigere im Ruhrgebiet und wird von den Protagonisten gern italienisch ausgesprochen, wohl um das Flair von Urlaub und Freizeitflair zu betonen, das die Initiatoren mit dieser Shopping-Mall erzeugen möchten.

Die Stadt Oberhausen war von Mitte des 18. Jahrhunderts bis Mitte der 1980er Jahre durch Hüttenwerke und durch Eisen- und Stahlwerke geprägt. Mitten im Stadtgebiet von Oberhausen lag die Gute-Hoffnungs-Hütte. Um 1970 waren dort gut 95.000 Menschen beschäftigt. Im Zuge des Strukturwandels wurde die Produktion Mitte der 1980er Jahre weitgehend eingestellt und das zentral gelegene Werksgelände mit einer Fläche von 143 Hektar zur Industriebrache.

Nach längeren Diskussionen entschieden die politisch Verantwortlichen in Oberhausen, ihre Stadt zu einem Einkaufsparadies und Tourismuszentrum umbauen zu wollen. Im Mittelpunkt des Stadtumbaus stand das Werksgelände der ehemaligen Gute-Hoffnungs-Hütte. In einem ersten Anlauf 1988 gab es Verhandlungen zwischen dem kanadischen Investmentunternehmen Triple Five. Der Investor schlug ein Einkaufszentrum von rund 850.000 Quadratmeter vor, das neben Geschäften auch Freizeiteinrichtungen, Büroflächen, Tagungs- und Ausstellungsräume sowie eine Marina enthalten sollte. Aufgrund von Bedenken in den Nachbarstädten (man befürchtete Kaufkraftabwanderungen) und in der damaligen Landesregierung wurde dieses Konzept allerdings nicht realisiert.

Anfang der 1990er Jahre kam es zu einem zweiten Anlauf mit einer englischen Investorengruppe, die ein etwas kleineres Zentrum konzipiert hatte, ebenfalls mit Freizeiteinrichtungen und Veranstaltungszentrum. Dieses Konzept wurde städteplanerisch so eingebunden, dass es das bisherige Oberhausener Geschäftszentrum, das alte Stadtzentrum, ersetzte. Dazu gehörte vor allem eine verkehrstechnische Anbindung über Autobahn, Straßen- und S-Bahn sowie Buslinien.

---

58 Hirsch, Nicola [Red.]: Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1992.

Trotz der weiterhin bestehenden Befürchtungen, dieses Projekt könne sich negativ auf die Nachbarstädte auswirken und zudem durch vermehrten Verkehr die bereits sehr hohen Umweltbelastungen noch weiter erhöhen, wurde 1993 der Bebauungsplan verabschiedet. Im September 1996 fand schließlich die Eröffnung des Centro Oberhausen statt, damals das größte Einkaufszentrum im Ruhrgebiet. Es zog und zieht Kund\*innen an, nicht nur aus dem ganzen Ruhrgebiet, sondern selbst aus den Niederlanden.

Kritisch anzumerken ist, dass die Arbeitsplatzbilanz nicht sehr überzeugend ausfällt. Auf einem Gelände, auf dem einst über 95.000 Menschen gearbeitet haben, sind durch das Centro Oberhausen nur 5.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitsbedingungen und Einkommen sind weitaus schlechter als die der ehemaligen Stahlarbeiter der Gute-Hoffnungs-Hütte. Zudem hat die Stadt Oberhausen das Gelände an die Investorengruppe abgegeben, sodass die Neue Mitte Oberhausen in privatem Besitz ist. Sie ist zwar ein öffentlich zugänglicher aber kein öffentlicher Raum mehr. Konkret bedeutet das: Wer einen Informationsstand auf dem Gelände des Centro Oberhausen aufstellen will, der muss das nicht mehr beim Ordnungsamt der Stadt Oberhausen beantragen, sondern beim Centro-Management, das nach eigenen Kriterien über eine Genehmigung entscheidet.

In den Folgejahren haben dann die Betreiber der älteren Einkaufszentren im Ruhrgebiet angefangen, zu modernisieren und zu vergrößern, um sich gegen die Oberhausener Konkurrenz behaupten zu können. Zu neuen Arbeitsplätzen hat das nur unwesentlich beigetragen.

## **2.2 Der Movie-Park Bottrop-Kirchhellen**

Ein zweites größeres Projekt im Freizeit- und Dienstleistungssektor ist der Movie Park Germany in Bottrop-Kirchhellen. Seine Ursprünge hat der Park in dem 1967 eröffneten Kirchhellener Märchenwald, der zehn Jahre später in den Traumlandpark umgewandelt wurde. Mehrfach hatte dieses Projekt mit massiven Finanzproblemen zu kämpfen, bis es dann 1991 beendet wurde und auf dem Gelände der Bavaria Film Park entstand, der 1992 seine Pforten öffnete, aber sie 1994 bereits wieder wegen mangelnden Interesses schließen musste. Warner Bros. hat das Gelände anschließend übernommen und zum Warner Bros. Movie World Germany umgebaut. Zu den Umbaukosten von 400 Millionen DM hatte das Land NRW 62 Millionen DM beigesteuert. Nach dem Rückzug von Warner Bros. aus dem Park und weiteren Eigentümerwechseln läuft der Park seit 2006 unter dem Namen Movie Park Germany.

Ziel der Stadt Bottrop und der Landesregierung NRW war es, hier eine Attraktion entlang verschiedenster Filmthemen samt einigen Filmstudios einzurichten und damit einen Beitrag zur Umgestaltung des Ruhrgebiets zu einer Freizeit- und Tourismusregion zu leisten.

Eine solche Strategie setzt jedoch voraus, dass es genügend Interessenten mit ausreichender Kaufkraft sowohl in der Region als auch im weiteren Einzugsgebiet der Region gibt. Das ist zumindest im Ruhrgebiet nicht der Fall, deshalb hat dieses Projekt immer wieder mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Hinzu kommt, dass es nur saisonal betrieben wird und somit nur eine rechnerisch vernachlässigbare Zahl von Dauerarbeitsplätzen geschaffen hat. Im Wesentlichen sind hier schlecht bezahlte Saisonarbeitsplätze entstanden, die nicht annähernd die weggebrochenen Industriearbeitsplätze ersetzen, die einst für Kaufkraft in der Region gesorgt haben. Ohne sie ist die Ansiedlung von Freizeitattraktionen aus wirtschaftlicher Sicht problematisch, die also keine überzeugende Alternative zu den früheren Industriestrukturen darstellen.

## **2.3 Callcenter – QVC in Bochum**

Erfolgreicher war die Ansiedlung unternehmensnaher Dienstleistungen. 2002 gelang es, eines der beiden Callcenter des US-amerikanischen Verkaufs-TV-Senders QVC nach Bochum zu holen. QVC errichtete das Callcenter in direkter Nachbarschaft zur Bochumer Ruhruniversität. Ein Grund für diesen Standort war, so die Geschäftsleitung 2004 bei einem Gespräch mit dem Autor, dass man zunächst vor allem Student\*innen als Mitarbeiter\*innen im Blick hatte. Das Unternehmen startete mit 650 Beschäftigten, heute gibt es über 900 Stellen. Zwar kompensieren auch sie nicht die weggebrochenen Arbeitsplätze, gleichwohl sind die unternehmensnahen Dienstleistungen offenbar nachhaltiger als das Konzept, das Ruhrgebiet zu einer Freizeitattraktion umzubauen.

## **2.4 Vom Stahlwerk zum Logport**

Dafür spricht auch die Entwicklung in Duisburg. Dort wurde 1987 das Ende des Krupp-Stahlwerks im Stadtteil Rheinhausen bekannt gegeben. In den 1960er Jahren zählte das Werk bis zu 16.000 Beschäftigte. Die Ankündigung, das Werk schließen zu wollen, führte zu außergewöhnlich starken öffentlichen Protesten, die die Schließung zwar verzögern, aber nicht verhindern konnten. Sie erfolgte 1993.

Das Gelände des früheren Stahlwerks grenzt direkt an den Duisburger Binnenhafen, der zu den größten Binnenhäfen weltweit zählt. Eigentümerin des Duisburger Hafens ist die Duisburger Hafen AG, die zu einem Drittel der Stadt Duisburg und zu zwei Dritteln dem Land NRW gehört. In den 1980er Jahren war der Duisburger Ha-



fen noch ausgelegt für den Umschlag von Massengütern wie Kohle und Erze, der sich mit dem Rückgang der Montanindustrie dramatisch verringerte.

Es zeichnete sich ab, dass der Hafen nur eine Zukunft haben würde, wenn er auf den Umschlag von Stückgut umstellt. Dazu bot die an den Hafen angrenzende Industriebranche des ehemaligen Krupp-Stahlwerkes optimale Bedingungen. Die Hafen AG begann sich umzustrukturieren zu einem Komplettanbieter von Logistikdienstleistungen. Das umfasst Ansiedlungsmanagement, die Entwicklung von Hafen- und Logistikkonzepten sowie Transportleistungen und die industrielle Verpackung von Gütern für den Transport. Unter dem Titel «Logport I» ist das alte Krupp-Stahlwerksgelände dann entsprechend umgebaut worden. Mittlerweile sind dort etwa 300 neue Firmen ansässig, vor allem mit Lagerräumen. Konzeptionell stellen die Logports Schnittstellen zwischen Straßen-, Schienen- und Schiffsverkehr her. Da das Konzept erfolgreich war, gibt es mittlerweile weitere Logports in Duisburg.

Auch hier ist nicht die alte Zahl an Arbeitsplätzen wiederhergestellt worden. Wohl aber hat sich das Konzept bisher als nachhaltiger erwiesen als die Versuche, das Ruhrgebiet in ein Freizeitzentrum umzubauen, und sichert den Fortbestand des Industriestandortes Ruhrgebiet in veränderter Form. Das miteinander abgestimmte Engagement von Stadt- und Landesregierung als gemeinsame Eigentümer der Hafen AG bei der konzeptionellen Umstrukturierung des Hafens von einem Massengut- zu einem Stückguthafen hat sich als erfolgreich erwiesen. Denn ein effizienter und reibungsloser Gütertransport ist einerseits für einen Industriestandort von zentraler Bedeutung und andererseits für die Versorgung der Region, die mit 5,3 Millionen Einwohnern zu den größten europäischen Siedlungsgebieten zählt.

Dieses Konzept ergänzen kleinere Güterverteilzentren und Lagerstandorte vor allem am nördlichen Rand des Ruhrgebiets entlang der Autobahn A2. Was trotz aller politischen Forderungen bisher allerdings nicht gelungen ist, ist eine konsequente und systematische Einbindung der Deutschen Bahn und der im Ruhrgebiet verbreiteten Werksbahnen in dieses Logistikkonzept, denn beide waren – wie der Duisburger Hafen – auf den Transport von Massengütern ausgelegt. Eine Umstellung auf Stückguttransport ist aber Voraussetzung für ihre Einbindung. Die Leitungsebene der Deutschen Bahn hat sich seit der Ausgründung der Bahn 1995 in eine Aktiengesellschaft nur noch wenig um dieses Thema gekümmert. Deshalb sei hier noch einmal an die oben skizzierten Überlegungen der Linksfraktion im Bundestag zu einem Umbau von Opel Bochum zu einem Mobilitätskonzern erinnert. Das hätte sich gut eingefügt in das Konzept der Duisburger Logports und Güterverteilzentren im nördlichen Ruhrgebiet unter Einbindung der Deutschen Bahn und geeigneter Werksbahnen. Der damalige Wirtschaftsminister Guttenberg hielt die dazu nötige politische Einmischung in die Wirtschaft jedoch für falsch.

## **2.5 IBA – Internationale Bauausstellung/Emscher Park**

Die bisher beschriebenen Beispiele einer auf Erneuerung und Neuansiedlung ausgerichteten Industriepolitik repräsentieren einen ausschließlich auf die kommunale Ebene bezogenen Ansatz, der in der Regel mit den Nachbarstädten konkurriert, die im Ruhrgebiet oft ohne erkennbare Grenzen ineinander übergehen.

Mit der Internationalen Bauausstellung/Emscher Park (kurz: IBA), die 1989 bis 1999 stattfand, hat die Landesregierung NRW erstmals einen Städte übergreifenden langfristigen und strategischen Ansatz zum Umbau eines Teils des Ruhrgebiets entwickelt und realisiert. 17 Kommunen im nördlichen Ruhrgebiet beteiligten sich an der IBA.

Die IBA war nicht nur, aber eben auch ein industriepolitisches Projekt. Ihre politisch und operativ Verantwortlichen sind davon ausgegangen, dass die Zeit der Großindustrie, wie die Montanindustrie sie repräsentierte, vorbei ist und dementsprechend keine Neuansiedlungen von Unternehmen, die mehrere Tausend Arbeitsplätze anbieten, zukünftig mehr zu erwarten sind.

### **2.5.1 Die Leitthemen der IBA**

Ausgehend von dieser Prämisse zielte die IBA darauf, nicht mehr genutzte, aber noch nutzbare Industrieareale und Gebäude umweltverträglich so umzubauen, dass sie von modernen kleinen und mittleren Unternehmen genutzt werden können.<sup>59</sup> Es ging also um eine ökonomische und ökologische Erneuerung des nördlichen Ruhrgebiets. Unter dem Motto «Arbeiten im Park» hat die IBA an insgesamt 19 Standorten Gewerbe-, Dienstleistungs- und Wissenschaftsparks sowie Technologiezentren aufgebaut.

Ein weiteres Thema der IBA war Wohnen und Stadtentwicklung. Es entstanden rund 2.500 energieeffiziente Neubauwohnungen, ein Teil davon mit hoher Eigenleistung der Eigentümer\*innen und rund 75 Prozent mit öffentlicher Förderung. Außerdem wurden noch 5.000 Altbauwohnungen energiesparend während der zehnjährigen Laufzeit der IBA saniert, darunter auch einige alte Arbeitersiedlungen. Zusätzlich gab es einige architektonisch auffallende industrielle Neubauten.

---

<sup>59</sup> Vgl. den Internetauftritt der IBA unter: [www.iba-emscherpark.de/pageID\\_2507085.html](http://www.iba-emscherpark.de/pageID_2507085.html).

Ein drittes Leitprojekt war und ist der Umbau der Emscher. Die Emscher ist ein kleiner Fluss im nördlichen Ruhrgebiet, der Anfang der 1920 Jahre gezielt zu einem offenen Abwasserkanal umgebaut wurde, um die größere im Süden des Ruhrgebiets gelegene und für die Trinkwasserversorgung genutzte Ruhr vor Verschmutzung zu schützen. Die Abwasserentsorgung über Tage zu verlegen war den Bergsenkungen infolge des Bergbaus geschuldet, führte aber auch zu ganz erheblichen Geruchsbelästigungen in der Nachbarschaft. Mit der Renaturierung der Emscher – also einem Rückbau der Kanalisierung und der Wiederherstellung des ungefähren ursprünglichen Flusslaufes – soll vor allem die Lebensqualität als weicher Standortfaktor in der Region erhöht werden. Das Projekt Emscher-Umbau begann 1992 und soll 2020 abgeschlossen werden. Das gesamte Investitionsvolumen dieses Projektes beträgt in etwa 4,5 Milliarden Euro.<sup>60</sup>

Zwei weitere Leitprojekte der IBA zielten auf eine stärkere touristische Entwicklung der Region. Das eine Projekt ist der Emscher Landschaftspark. Bei der Entstehung des Ruhrgebiets wurden gezielt fünf Grünzüge, die in Nord-Süd-Richtung verlaufen, eingerichtet, die als Naherholungsgebiete und grüne Lunge des Ruhrgebiets dienten. Das Projekt Emscher Landschaftspark hat die fünf Grünzüge mit in Ost-West-Richtung verlaufenden Rad- und Wanderwegen verbunden. Die Wege verlaufen einerseits an den Ufern des Rhein-Herne-Kanals und andererseits auf alten Werksbahntrassen, die zu Rad- und Wanderwegen ausgebaut wurden. Auch einige Abraumhalden sind in dieses Projekt eingebunden sowie das Gelände der ehemaligen Zeche Nordstern, das zu einer Parklandschaft umgewandelt wurde.

Das letzte Leitprojekt trägt den Titel «Industriedenkmäler». Einige alte Industriebrachen wie das Hüttenwerk Duisburg-Meiderich, die im Bauhaus-Stil errichtete Zeche Zollverein in Essen (mittlerweile zum Weltkulturerbe erklärt), die Jahrhunderthalle in Bochum, die Jugendstil-Zeche Zollern in Dortmund und der Schleusenpark in Waltrop, um nur die bekanntesten zu nennen, wurden bewusst zu Industriedenkmälern und Veranstaltungsorten umgebaut. Das Hüttenwerk Duisburg-Meiderich – zusammen mit einer alten, direkt angrenzenden Branche – ist heute der Landschaftspark Duisburg-Nord, in dessen Mitte zwei erhaltene Hochöfen stehen. In den alten Werksgebäuden und Anlagen wurden Konzertsäle, Theaterbühnen, Gastronomiebetriebe, Steilwandkletteranlagen (in den ehemaligen Sinter- und Erzbunkern) und ein Tauchbecken angelegt. Um diese Industriedenkmäler touristisch zu erschließen wurde die «Route der Industriekultur» entwickelt: Über zwei Strecken, die die IBA-Region in Ost-West-Richtung durchschneiden und gut ausgeschildert sind, lassen sich die einzelnen Industriedenkmäler einfach ansteuern und erschließen.

Die beiden letztgenannten Leitprojekte haben tatsächlich einen überraschend hohen Zuspruch sowohl aus der Region als auch von auswärtigen Tourist\*innen erfahren. Das lässt sich an den Übernachtungszahlen ablesen. Im Jahr 1985 wurden im Ruhrgebiet knapp 2,2 Millionen Übernachtung registriert, bis zum Jahr 2013 stieg ihre Zahl auf 7,21 Millionen.<sup>61</sup> Das Ruhrgebiet wird nie ein Ort für Massentourismus werden. Diese Region zu einer Freizeit- und Tourismusregion umbauen zu wollen ist unsinnig. Aber seine Besonderheiten lassen sich durchaus touristisch und wirtschaftlich nutzen als Baustein, der sich in ein umfassenderes Konzept zur wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung der Region einpasst. Denn die Industriedenkmäler und der Emscher Landschaftspark finden ein interessiertes Publikum, sie lösen aber keinen Massentourismus aus. Im Sinne einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur wäre das auch nicht wünschenswert.

Dessen ungeachtet gibt es eine noch ausbaufähige Facette des Tourismus: eine beachtliche Zahl von Fachleuten aus vielen Ländern, die sich für das Projekt IBA und seine Folgen interessieren, sich vor Ort umschaufen und Forschungsarbeiten oder Artikel in Fachzeitschriften schreiben. Leider haben es sowohl das Land NRW als auch die Region bisher versäumt, diese Art von Expertentourismus mit einem systematischen Archiv zur IBA und fachlich begleiteten Rundfahrten zu entwickeln.

Ein besonderes Augenmerk galt den sozialen und den Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen. Einerseits konnte die IBA in diesem Bereich an bereits in den 1980er Jahren entstandene Projekte anknüpfen, andererseits hat sie das Entstehen solcher Initiativen gefördert und unterstützt. Bei der Realisierung von vielen IBA-Projekten wurden gezielt Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen eingebunden, teils wurden ausführende Unternehmen animiert, zusätzlich Arbeitslose für die Verwirklichung von Projekten einzustellen.

### **2.5.2 Das Solar-Energie-Cluster Gelsenkirchen**

Im Rahmen der IBA gab es ein spezielles Projekt zur Förderung der Photovoltaik auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen, wo sich heute noch eine Dauerausstellung zu diesem Thema befindet. Ziel war es, mit diesem Projekt die Photovoltaik bekannter zu machen und eine Massenproduktion anzuregen, um die Produktionskosten für Photovoltaikanlagen zu senken. In verschiedene IBA-Projekte wurden deshalb Photovoltaikanlagen integriert. Zwei große dieser Anlagen wurden in den Wissenschaftspark Gelsenkirchen und in das Projekt

<sup>60</sup> Vgl. «Umbau des Emschersystems», Wikipedia, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Umbau\\_des\\_Emschersystems](https://de.wikipedia.org/wiki/Umbau_des_Emschersystems).

<sup>61</sup> Quelle: Zahlenspiegel Metropol Ruhr.

«Akademie Mont Cenis» in Herne integriert, eine Fortbildungseinrichtung der Landesverwaltung NRW auf der Brache der ehemaligen Schachanlage Mont Cenis. In Gelsenkirchen-Bismarck entstand eine sogenannte Solarsiedlung, deren Häuser von vornherein für die Installation von Photovoltaikanlagen konzipiert wurden. Aber auch viele ältere Gebäude im Ruhrgebiet wurden entsprechend nachgerüstet.<sup>62</sup>

Gelsenkirchen ist seit Langem Standort einer Glasproduktion. Da Glas bei der Produktion von Photovoltaikanlagen eine wichtige Rolle spielt, hat dieses Unternehmen in den 1990er Jahren eine Produktionslinie für Solarzellen etabliert. In den folgenden Jahren siedelten sich weitere Unternehmen mit neuen Produktionsstätten und in einem Fall auch mit dem Unternehmenssitz in Gelsenkirchen an. 2004 wurde unter dem Namen «Solarstadt» ein Förderverein gegründet, der ein Netzwerk aus Energieversorgern, Solarenergie Wohnungswirtschaft, Fachhochschule und Handwerk bildet. 2007 eröffnete das Fraunhofer-Institut für Solarenergie eine Serviceeinheit in Gelsenkirchen.

Im Zuge der IBA entwickelte die Stadt Gelsenkirchen seit 1997 ein umweltorientiertes Leitbild. In diesen Prozess waren die lokale Agenda 21, Qualifizierungsinitiativen, die Arbeitslose zu Fachkräften für die Solarzellenproduktion ausbilden, und Runde Tische aus Unternehmen, Bürger\*innen, Berater\*innen und Stadtverwaltung eingebunden. Ergänzt wurde dieses auf die Einwohner\*innen der Stadt ausgerichtete Handeln der Stadt durch kleine entwicklungspolitische Kooperationen in Südafrika und Südamerika. So gelang es der Stadt Gelsenkirchen, im Rahmen der IBA ein Solar-Cluster zu entwickeln, das 2008 etwa 1.000 Arbeitsplätze zählte.

Allerdings ist eine solche Entwicklung wie in Gelsenkirchen in hohem Maße abhängig von bundespolitischen und EU-Entscheidungen. Nur wenn es politische Rahmenbedingungen gibt, die eine gezielte Förderung regenerierbarer Energieproduktion zulässt, können solche Modelle und Strategien entwickelt werden. Zumindest in der Startphase sind solche Projekte den etablierten Energieproduzenten ebenbürtig. Nötig sind vor allem Ressourcen für die politischen Beteiligungsprozesse, denn auch die müssen von professioneller Hand organisiert und begleitet werden.

### **2.5.3 Die Arbeitsweise der IBA**

Insgesamt hat die IBA zwischen 1989 und 1999 rund 120 Projekte entwickelt und verwirklicht – in enger Kooperation zwischen der IBA und den beteiligten Kommunen bzw. Initiativen und unter gezielter Einbindung von Fachleuten aus der Region und aus dem Ausland.

Die IBA selbst verfügte über keine Fördermittel. Sie hat vorgeschlagene Projekte bewertet und mit Expert\*innen und den Initiator\*innen weiterentwickelt. In einem ausführlichen Diskussionsprozess innerhalb der IBA wurden dann Projekte ausgewählt, die aus Sicht der IBA realisierungswürdig waren, und aus den entsprechenden kommunalen Mitteln sowie aus bestehenden Förderprogrammen des Landes NRW und aus EU-Programmen finanziert. Handelte es sich um Projekte privater Initiator\*innen, mussten diese stets auch einen Eigenanteil beisteuern. Damit sollte erreicht werden, dass private Initiativen nicht nur Geld «abgreifen», sondern sich auch nachhaltig mit den geförderten Projekten in der Region engagieren. Dieser Ansatz hat sich durchaus bewährt. Sogenannte Strohfeuerprojekte – also Projekte, die kurz nach einer imposanten Eröffnungsveranstaltung wieder eingestellt werden –, von denen es nicht wenige im Ruhrgebiet gibt, hat die IBA mit ihrer Methodik vermeiden können.

Der Erfolg der IBA liegt darin, dass sie mehrdimensional gearbeitet hat. Sie hat einerseits weiche Standortfaktoren spürbar und nachhaltig verbessert. Gleichzeitig hat sie zur realen Neuansiedlung von Unternehmen beigetragen. Sie hat ökologische und soziale Anliegen mit Stadtentwicklung, Industrie- und Wirtschaftspolitik und einer Umstrukturierung alter Industriestrukturen erfolgreich verknüpft und an Besonderheiten und Stärken der Region angeknüpft. Und es war eine erfolgreiche Kombination von staatlichem, zivilgesellschaftlichem und privatwirtschaftlichem Handeln, das vergleichsweise hochgradig transparent und öffentlich und partizipativ organisiert war. Nicht zuletzt gründet der Erfolg der IBA in ihrem regionalen Ansatz, der es ermöglichte, die üblichen und meist kontraproduktiven Konkurrenzen zwischen den Kommunen des Ruhrgebiets im IBA-Jahrzehnt stark zu minimieren.

Das zivilgesellschaftliche Projekt «IBA von unten» – darauf sei hier zumindest verwiesen, auch wenn hier nicht der Ort ist, darauf näher einzugehen – und eine kritische Öffentlichkeit haben ohne Zweifel zu den Erfolgen der IBA beigetragen.<sup>63</sup> Leider haben weder das Land noch die beteiligten Kommunen den Ansatz der IBA nach ihrem Ende systematisch weiterentwickelt.

Die Stärke des IBA-Konzepts wird deutlich, wenn man es mit dem des Centro Oberhausen vergleicht. Das Centro steht in scharfer Konkurrenz zu den Nachbarstädten. Es versucht, möglichst viel Kaufkraft nach

62 Vgl. Prosek, Achim/Schneider, Helmut/Wessel, Horst A./Wetterau, Burkhard/Wiktorin, Dorothea (Hrsg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009, S. 114 f.

63 Vgl. Zehn Jahre Bauausstellung Emscherpark, in: SoZ – Sozialistische Zeitung, 25.11.1999, unter: [www.die-welt-ist-keine-ware.de/vsp/soz/992405.htm](http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/vsp/soz/992405.htm) sowie die Angaben im Literaturverzeichnis.

Oberhausen zu ziehen, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, die das für die gesamte Region hat. Ein solches Vorgehen ist dem Interesse des Investors geschuldet, der nicht an der Entwicklung der gesamten Region interessiert ist, sondern am Erfolg seines Projektes. Konkurrenz bestimmt aber nicht nur das Verhältnis zu den Nachbarstädten, sie wirkt auch innerhalb Oberhausens. Nach der Eröffnung des Centro, das auch als Neue Mitte Oberhausen firmiert, ist das alte Stadtzentrum von Oberhausen mit seiner historischen Einkaufszone innerhalb weniger Jahre mehr oder weniger verfallen. Die Implementierung der IBA als Projekt der Landesregierung NRW mit ihrem spezifischen und partizipatorischen Ansatz hat solche destruktiven Konkurrenzen bzw. Nullsummenspiele vermieden.

## **2.6 «New Park»**

Zum Ende dieses Abschnitts soll noch kurz auf ein Industrie-Ansiedlungsprojekt eingegangen werden, das sich seit 1997 in einer Diskussionsschleife befindet, möglicherweise aber doch noch eines Tages in einer abgespeckten Form realisiert wird. Dieses Projekt hat der damalige Geschäftsführer der Vestischen Gruppe der IHK zu Münster (dieser Name bezeichnet einen Gebietsteil des nördlichen Ruhrgebiets), Karl-Friedrich Schulte-Uebbing, entwickelt. Veröffentlicht wurde dieses Konzept mit dem Namen «New Park» vier Jahre nach der Etablierung des EU-Binnenmarktes und zu einer Zeit, in der der Abbau von Arbeitsplätzen im Ruhrbergbau sich zugespitzt hatte und die Arbeitslosenzahlen im Ruhrgebiet sich zwischen 15 und 20 Prozent bewegten.

«New Park» basierte anfänglich auf dem gerade gestarteten EU-Binnenmarkt und sollte transnationale Unternehmen ins Ruhrgebiet locken, um ihnen von hier aus einen Zugang zum EU-Binnenmarkt zu eröffnen. Gedacht war «New Park» als ein Territorium, das sich über mehrere benachbarte Kommunen erstrecken und einen rechtlichen Sonderstatuts erhalten sollte, in dem alle ansiedlungswilligen Unternehmen von den üblichen steuer-, tarif- und umweltrechtlichen Verpflichtungen entbunden sein sollten. In dem Konzept war von 5.000 Arbeitsplätzen die Rede, die dort entstehen sollten. Daraus resultierende Einnahmeverluste der beteiligten Kommunen sollten kompensiert werden durch die Ansiedlung eines Kasinos auf dem «New Park»-Gelände. Kommunen und DGB waren als Betreiber des Kasinos vorgesehen, die sich auch den Gewinn aus dem Kasinobetrieb teilen sollten.

Der damalige NRW-Wirtschaftsminister, ein Sozialdemokrat, hat dieses Konzept unterstützt, obwohl es im Widerspruch zum Ansatz der IBA stand, der die gesamte Region nördliches Ruhrgebiet entwickeln wollte und der sich verabschiedet hatte von der Vorstellung, man könne die alte Montanindustrie wiederbeleben. «New Park» dagegen war ein punktueller Ansatz, der genau diesem Modell verhaftet war und in seiner Wirkung auf ein Nullsummenspiel hinausgelaufen wäre. Zu Fall gebracht wurde das ursprüngliche Konzept aus der IHK selbst heraus: Die Unternehmer\*innen und Handwerker\*innen, die vor den Toren von «New Park» bleiben sollten, fürchteten, gegen die «New Park»-Konkurrenz aufgrund der dortigen kostengünstigeren steuer-, tarif- und umweltrechtlichen Konditionen chancenlos zu sein. Die späteren Neuauflagen von «New Park» haben auf diese Sonderkonditionen verzichtet. Dennoch kam es bisher weder zu einer Realisierung dieses Konzepts noch zu einem definitiven Verzicht darauf. Regelmäßig flammt deshalb die Diskussion im nördlichen Ruhrgebiet über dieses Konzept wieder auf.

# V DIE FÖRDERINSTRUMENTE DER ÖFFENTLICHEN HAND

## 1 ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN

Ein klassisches Förderinstrument der öffentlichen Hand sind Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Von diesem Instrument hat die nordrhein-westfälische Landesregierung in den 1960er und 1970er Jahren intensiv Gebrauch gemacht.<sup>64</sup> Am 5. März 1968 legte die damalige Landesregierung das «Entwicklungsprogramm Ruhr 1968–1973» vor, das der damalige Ministerpräsidenten Heinz Kühn auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorstellte. Dieser Plan war auf mehrere Jahre angelegt und umfasste ein Investitionsvolumen von 25 Milliarden DM. Er sah Investitionen in den Straßenbau, in den Aufbau eines Stadtbahnnetzes, in den innenstadtnahen Wohnungsbau, in die Reduzierung der Luftverschmutzung und in Naherholungsgebiete vor.<sup>65</sup>

Zur Umsetzung ihrer Investitionsprogramme griff die Landesregierung sowohl auf die Landesbank als auch auf die Sparkassen sowie auf die Kreditbank für Wiederaufbau (KfW) zurück. Das System öffentlicher Banken stand zwar kaum sichtbar im Hintergrund, war aber eine tragende Säule des Strukturwandels.

Seit den 1980er Jahren hat die Landesregierung dieses Instrument allerdings nur noch in reduziertem Umfang genutzt. Mittlerweile gibt es einen enormen Investitionsstau, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur, die im Ruhrgebiet langsam verfällt und zu einem realen Standortproblem geworden ist. Die mittlerweile gesetzlich festgeschriebene Schuldenbremse erschwert es, dieses Problem zu lösen. Investitionen wären aber dringend nötig, um den Standort Ruhrgebiet zu erhalten und um Arbeitsplätze zu schaffen.

## 2 EINE NEUE UNIVERSITÄTS- UND HOCHSCHULLANDSCHAFT ENTSTEHT

Eine wichtige Rolle im Strukturwandel des Ruhrgebiets spielen die Universitäten und Hochschulen, obgleich sie ursprünglich nicht mit Blick auf den Strukturwandel gegründet wurden. Sie sollten zunächst nur den Bedarf an akademischen Berufen vor Ort decken. Auch Universitäten und Hochschulen repräsentieren öffentliche Investitionen und schaffen Arbeitsplätze.

Die erste Universitätsgründung im Ruhrgebiet – und in der Bundesrepublik überhaupt – war die Ruhr-Universität in Bochum. 1965 nahm sie ihren Lehrbetrieb als Reformuniversität auf. Sie wurde als Campus-Universität im Süden von Bochum erbaut. Eine Besonderheit ist die medizinische Fakultät: Sie hat keine eigene zentrale Universitätsklinik, sondern mehrere Kliniken aus Bochum und den Nachbarstädten sind zu einem Kliniknetzwerk verknüpft worden, das als dezentrales Universitätsklinikum der Universität Bochum zugeordnet ist. Die Ruhr-Universität zählt zu den zehn größten Universitäten der Bundesrepublik und ist heute ein bedeutender Arbeitgeber in Bochum.

1968 nahm die Technische Universität Dortmund ihren Lehrbetrieb auf, 1972 folgten die Eröffnungen der Gesamthochschulen in Essen und Duisburg, die die Landesregierung 2003 – unter Beibehaltung beider Standorte – zur Universität Duisburg-Essen zusammenführte.

Diese drei Universitätsgründungen werden ergänzt durch eine Reihe von Fachhochschulen und Instituten, die im Wesentlichen ebenfalls in den 1960er und 1970er Jahren gegründet wurden. Ende der 1980er Jahre etablierte die Landesregierung das Wissenschaftszentrum NRW mit drei Instituten: das Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen (IAT, 1988), das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI, 1989) und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1990). 2006 hat die Landesregierung diese drei Institute mit verschiedenen Hochschulen im Ruhrgebiet vernetzt.

Erwähnenswert ist noch die DASA, die Deutsche Arbeitsschutzausstellung, die 1993 als Teil der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Dortmund eröffnet wurde, sowie die kowa, die Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt an der TU Dortmund. Beide Einrichtungen fungieren auf je spezifische Weise als Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt.

64 Einen Gesamtüberblick über die strategischen Investitionen zur Förderung von Forschung und Wirtschaft im Ruhrgebiet gibt Prosek u. a. (Hrsg.): Atlas der Metropole Ruhr. Kritische Anmerkungen finden sich bei Böhmer, Hermann/Lüdig, Eike/Utku, Yasemin/Zimmermann, Daniel (Hrsg.): Stadtentwicklung in Dortmund seit 1945. Von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissenschaftsstadt (Blaue Reihe – Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 135), 2., korr. Aufl., Dortmund 2010.

65 Harenberg (Hrsg.): Chronik des Ruhrgebiets, S. 543; Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Entwicklungsprogramm Ruhr 1968–1973, Düsseldorf 1968, unter: [www.lwl.org/westfaelische-geschichte/txt/normal/txt241.pdf](http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/txt/normal/txt241.pdf); Erläuterung des Entwicklungsprogramms Ruhr durch Ministerpräsident Heinz Kühn, Pressekonferenz, 14.3.1968, unter: [http://protokolle.archive.nrw.de/texte/as971\\_3\\_2.htm](http://protokolle.archive.nrw.de/texte/as971_3_2.htm).

### **3 KOMMUNALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTREN**

Ab Mitte der 1980er Jahre begannen erste Kommunen, Technologie- und Gründerzentren und kommunale Wirtschaftsförderungen aufzubauen. In den 1990er Jahren erfolgte im Rahmen der oben skizzierten IBA eine gezielte Ausweitung der Technologie- und Gründerzentren. 2009 gab es 26 solcher Zentren, die bedeutendsten und erfolgreichsten von ihnen im Umfeld der Universitäten Dortmund, Bochum und Essen. Der Landesregierung und den zuständigen Kommunen ist es damit gelungen, die Universitäten und einen Teil der Fachhochschulen im Ruhrgebiet zu Kristallisationspunkten für den Strukturwandel weiterzuentwickeln. Die finanziellen Mittel kamen aus dem Landeshaushalt und aus den entsprechenden EU-Förderprogrammen sowie – allerdings nur zu einem geringen Anteil – aus kommunalen Haushalten.

Um die nicht selten destruktiven Konkurrenzen zwischen den Kommunen bei ihrer Ansiedlungs- und Förderpolitik einzudämmen, wurden auf Initiative der EU in den 1990er Jahren Regionalbüros eingerichtet, die jeweils für mehrere Kommunen des Ruhrgebiets zuständig waren. Den Regionalbüros standen Beiräte zur Seite, in denen die jeweiligen Kommunen, Gewerkschaften, IHKs und Träger von Beschäftigungsinitiativen vertreten waren. Die Büros haben Antragsteller\*innen bei der Erarbeitung von Förderanträgen beraten. Die Beiräte haben dann darüber entschieden, welche Anträge an die Landesregierung zur endgültigen Entscheidung weitergeleitet wurden. Inhaltlich ging es um Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Forschungsprojekte, die den Strukturwandel im Ruhrgebiet befördern sollten. Dazu gehörte auch die Förderung der Entwicklung von Fortbildungsmaßnahmen, die in den Betriebsablauf integriert und vor allem zur Modernisierung von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) gedacht waren. Die Fördermittel setzten sich zusammen aus Haushaltsmitteln des Landes NRW, Fördermitteln der EU (Ziel-2-Gebiet) und Eigenmitteln der Projektträger.

### **4 GRÜNDUNGSOFFENSIVEN IM RUHRGEBIET**

Der KMU-Bereich im Ruhrgebiet gilt im Vergleich zu anderen Regionen der Bundesrepublik nach wie vor als unterentwickelt. Um das zu ändern, hat die Landesregierung NRW seit Mitte der 1990er Jahre mehrere Gründungsoffensiven – auch mithilfe von EU-Mitteln (Ziel-2-Gebiet) – gestartet, an denen neben der Landesregierung auch Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, Gewerkschaften, die Arbeitsverwaltung, kommunale Wirtschaftsinstitutionen, Banken, Hochschulen und Technologiezentren beteiligt waren.

Aus verschiedenen Gründen sind die Gründungsoffensiven bisher nur sehr begrenzt erfolgreich gewesen. Einer dieser Gründe ist sicher, dass die Montanindustrie nur wenig Raum für die eigenständige Entwicklung von KMUs gelassen hat. Ein Großteil der KMUs im Ruhrgebiet waren Zulieferbetriebe für die Montanindustrie und sind mit dieser untergegangen. Ein KMU-Sektor, der unabhängig von einer Großindustrie überlebensfähig ist, ist daher im Ruhrgebiet eine ungewohnte Vorstellung, die sich erst einmal durchsetzen muss. Davon abgesehen ist ein solcher Sektor auch nur schwer aufzubauen in einer Region, die von einer Armutsökonomie geprägt ist, das heißt seit mittlerweile mehr als zwei Jahrzehnten unter einem ausgeprägten Mangel an Kaufkraft leidet.

### **5 DER ZWEITE ARBEITSMARKT**

Die aus dem Strukturwandel resultierende überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet hat mehr erfordert als eine geordnete Abwicklung des Bergbaus und eine Neuansiedlungspolitik. Deshalb haben die Arbeitsverwaltungen und die Kommunen seit Ende der 1980er Jahre einen sogenannten zweiten Arbeitsmarkt aufgebaut, auf dem Wohlfahrtsverbände, soziale Initiativen und Kommunen aktiv waren. Die Finanzierung erfolgte durch Mittel der Arbeitsbehörde (ABM etc.), aus Bundes- und Landesmitteln, aus kommunalen Mitteln (Arbeit statt Sozialhilfe) und aus Förderprogrammen der EU.

Einerseits wurden Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keine Chance mehr auf einen Arbeitsplatz im sogenannten ersten Arbeitsmarkt hatten, so immer wieder in Arbeit gebracht. Für Langzeitarbeitslose waren diese Maßnahmen als Fortbildung angelegt, um ihre Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz zu erhöhen. Für junge Menschen waren diese Projekte oft eine Brücke zwischen dem Ende der Schulzeit und dem Beginn einer regulären Ausbildung.

Die Tätigkeitsfelder dieser Initiativen waren allerdings heftig umstritten. Vor allem örtliche Handwerksbetriebe und Gewerkschaften fürchteten, dass die Initiativen des zweiten Arbeitsmarktes weitere Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt vernichten könnten. Deshalb war ein ständiger Abstimmungsprozess darüber nötig, wel-

che Arbeiten von den Initiativen des zweiten Arbeitsmarktes ausgeführt werden durften. Dennoch hätte der Strukturwandel ohne einen zweiten Arbeitsmarkt zu noch härteren Brüchen und sozialen Verwerfungen geführt, als es ohnehin schon der Fall ist.

Durch die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 (auch als Hartz-Reformen bekannt geworden) sind die Instrumente, die einen zweiten Arbeitsmarkt ermöglicht haben, weitgehend zerstört worden.

## **6 DAS RUHRGEBIET – EINE POLITISCHE PATCHWORK-LANDSCHAFT**

Ein spezifisches Problem des Ruhrgebiets ist seine politische Struktur. Politisch definiert ist das Ruhrgebiet durch den Regionalverband Ruhr (RVR), dessen Vorläufer, der Siedlungsverband Ruhr, 1920 gegründet worden war. Heute gehören dem RVR mit Sitz in Essen 53 Städte an, die eigentlich eine Stadt bilden und wo gut fünf Millionen Menschen leben.

Der Siedlungsverband Ruhr wurde mit dem Ziel gegründet, die Entwicklung des Ruhrgebiets nach dem Ersten Weltkrieg zentral gesteuert systematisch voranzubringen. Dieser Auftrag bezog sich vor allem auf die Besiedlung und auf eine systematisch aufgebaute und Seuchen vermeidende technische und Versorgungsinfrastruktur.

Bis zum heutigen Tage sind die Kompetenzen aller Nachfolgeorganisationen bis hin zum RVR strittig geblieben und wurden immer wieder verändert – mal verringert, mal erweitert. Die Mitgliedsstädte sehen sich chronisch in ihrer Eigenständigkeit bedroht, und die anderen Landesteile Nordrhein-Westfalens fürchten, das Ruhrgebiet könnte innerhalb des Landes NRW zu einem unkontrollierbaren Machtzentrum werden, wenn der RVR mit realen Machtkompetenzen ausgestattet würde. Aus diesem Grund ist das Ruhrgebiet auch nach jahrzehntelanger Diskussion noch immer auf drei Regierungsbezirke<sup>66</sup> und zwei Landschaftsverbände aufgeteilt. Für eine systematische und offensive Entwicklung des Ruhrgebiets ist dies das entscheidende Hemmnis.

### **6.1 Metropole Ruhr und europäische Kulturhauptstadt Ruhr 2010**

Den letzten Anlauf, diese politische Zersplitterung zu überwinden, stellte das Projekt «Europäische Kulturhauptstadt 2010» dar. Während die IBA auf das nördliche Ruhrgebiet begrenzt war, bezog das Projekt Kulturhauptstadt das gesamte RVR-Gebiet mit ein und zielte darauf ab, das Bewusstsein von einer einheitlichen Region zu stärken. Formal war zwar Essen die europäische Kulturhauptstadt 2010, doch gelang es, alle Einzelprojekte zu einem Projekt der durch den RVR definierten Region zu machen, an dem sich alle Städte des RVR beteiligt haben.

Ursprünglich stand der Kulturaustausch auf europäischer Ebene im Mittelpunkt des Projektes, das es seit 1985 gibt und das auf einen Vorschlag der damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri zurückgeht. Mittlerweile stehen aber Themen wie Kulturwirtschaft, Kreativwirtschaft und Tourismus im Zentrum. Diesem Trend folgend, haben die für die Kulturhauptstadt 2010 politisch Verantwortlichen ihr Projekt gänzlich in den Dienst von Tourismus- und Wirtschaftsförderung und speziell der Förderung der Kreativwirtschaft gestellt. Davon versprachen sie sich eine neue Anziehungskraft des Ruhrgebiets für Industrieansiedlungen, da die Unternehmen für ihr Marketing auf Dienstleistungen der Kreativwirtschaft zugreifen.

Der RVR hat das Kulturhauptstadt-Projekt in enger Kooperation mit der Stadt Essen und der Kulturhauptstadt Ruhr 2010, als der eigens für die Durchführung gegründeten Gesellschaft, politisch verantwortet. Als Instrument für die Realisierung des Ziels, die Kulturhauptstadt zur Förderung der regionalen Wirtschaft zu nutzen, hat der RVR zum 1. Januar 2007 die «Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH» (seit 2017 «Business Metropole Ruhr GmbH») gegründet. Der Begriff «Metropole Ruhr» sollte das Gefühl für die Region als Ganzes stärken.

Die Kreativwirtschaft ist bis heute nicht im Ruhrgebiet angekommen und auch andere mit der Kulturhauptstadt verbundene Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Die nachhaltigste Initiative der Kulturhauptstadt 2010 dürfte die Gründung der «metropoleruhr» selbst gewesen sein. Denn eine Wirtschaftsförderung auf RVR-Ebene einzurichten war richtig und sinnvoll, obgleich es nach wie vor Kompetenzstreitigkeiten zwischen den kommunalen Wirtschaftsförderungen und der «Metropole Ruhr» gibt. Sie ist aber eine wichtige Voraussetzung dafür, um eine koordinierte RVR-weite Raum-, Verkehrs-, Stadt- und Wirtschaftsplanung zu etablieren.

### **6.2 Essen als «Grüne Hauptstadt Europas 2017» und die «Grüne Dekade»**

Der «Europäischen Kulturhauptstadt 2010» folgte sieben Jahre später die «Grüne Hauptstadt Europas». Im Unterschied zur Kulturhauptstadt umfasste dieses Projekt allerdings nicht das gesamte RVR-Gebiet, sondern

<sup>66</sup> «Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirke\\_in\\_Nordrhein-Westfalen](http://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirke_in_Nordrhein-Westfalen).

nur die Stadt Essen. Mit dem Titel «Grüne Hauptstadt» sollte der «bemerkenswerte Erfolg Essens erfolgreicher Transformation von einer Kohle- und Stahlstadt zur grünsten Stadt Nordrhein-Westfalens» gewürdigt werden.<sup>67</sup> Mit dem Projekt «Grüne Hauptstadt Europas 2017» wurde zugleich die «Grüne Dekade» für den RVR eröffnet,<sup>68</sup> an deren Ende, also 2027, die Internationale Gartenausstellung (IGA) stattfinden soll. Auf dem Weg dorthin sind mehrere «Meilensteine» geplant. 2020 stehen die Feier des Abschlusses des Emscher-Umbaus, die Feier des 100-jährigen Bestehens der Emscher Genossenschaft sowie die Organisation der Landesgartenschau in Kamp-Lintfort an. 2022 soll der Radschnellweg Ruhr fertiggestellt sein. Außerdem endet in diesem Jahr die «KlimaExpo.NRW» mit der «Klimametropole RUHR 2022». Für 2023 ist die Realisierung des Projektes «Revierparks 2020+» anvisiert und im Jahr darauf der Start der Ausstellungen «Deine Gärten» und «Meine Gärten», zwei Teilprojekte der IGA 2027.

Ziel all dieser Projekte ist die nachhaltige Stärkung der ökologischen Infrastruktur der Ruhrgebietsstädte, also die Fortsetzung der Transformation des Ruhrgebiets von einer Montan- und Industrieregion in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft mit einer nachhaltigeren Ökonomie, die mit der IBA/Emscher Park 1989 begann.

---

67 Vgl. Willkommen in Essen, der Grünen Hauptstadt Europas 2017, unter: [https://ec.europa.eu/environment/efe/themes/welcome-essen-european-green-capital-2017\\_de](https://ec.europa.eu/environment/efe/themes/welcome-essen-european-green-capital-2017_de).

68 Regionalverband Ruhr: Die Grüne Dekade 2017–2027, unter: <https://gruene-im-rvr.de/gruene-dekade/>.



## VI FAZIT

Nach Angaben der Wirtschaftsförderung Metropol Ruhr GmbH<sup>69</sup> gab es 2013 im Ruhrgebiet im primären Sektor 3.262 (0,21 %), im sekundären Sektor 419.891 (26,49 %) und im tertiären Sektor 1.162.081 (73,31 %) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Zum Vergleich: 1976 waren es im primären Sektor noch 8.416 (0,47 %), im sekundären Sektor noch 1.046.836 (57,9 %) und im tertiären Sektor erst 752.858 (41,64) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Die Gesamtzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Ruhrgebiet belief sich 1976 noch auf 1.808.110, im Jahr 2013 waren es nur noch 1.585.234, also 222.876 weniger.

Diese Zahlen belegen noch einmal die Dramatik des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Die enorme Verschiebung vom industriellen zum Dienstleistungssektor erklärt sich teilweise daraus, dass seit Mitte der 1990er Jahre Industrieunternehmen Teile ihrer Verwaltung in eigenständige Unternehmen ausgegründet haben und diese statistisch fortan als unternehmensbezogene Dienstleistungen galten. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel dem Gesundheits- und Sozialwesen, dem Bereich Erziehung und Unterricht und im Bereich wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungen, hat es aber auch reale Zuwächse an Arbeitsplätzen gegeben.<sup>70</sup> Und nicht zuletzt ist die prozentuale Zunahme des tertiären Sektors auch darauf zurückzuführen, dass der Beschäftigungsanteil im sekundären Sektor deutlich geschrumpft ist und es schon allein dadurch zu einer Verschiebung des Größenverhältnisses zwischen sekundärem und tertiärem Sektor kommt.

Trotz seines Schrumpfens liegt der sekundäre Sektor im Ruhrgebiet mit einem Anteil von 26,49 Prozent immer noch rund zehn Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Das kann durchaus als ein Erfolg der oben skizzierten industrie- und strukturpolitischen Maßnahmen und Projekte gewertet werden.

Wie die genannten Zahlen zeigen, ist es bis heute aber nicht gelungen, alle Arbeitsplätze, die im Zuge des Strukturwandels verloren gegangen sind, durch neue zu ersetzen. Das schlägt sich in den Arbeitslosenzahlen nieder: Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2014 für das Ruhrgebiet (RVR) 10,4 Prozent (= 268.412 Erwerbslose) und lag damit deutlich über der der Bundesrepublik in Höhe von 6,4 Prozent.

Die Analysen des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung an der Universität Bochum (ZEFIR) machen noch auf ein weiteres Problem aufmerksam. Der Strukturwandel hat offensichtlich zu einer starken sozialen Spaltung innerhalb des Ruhrgebiets geführt. Der südliche Teil, in dem die Universitäten und mehrere Fachhochschulen angesiedelt sind, hat sich wesentlich positiver entwickelt als der Norden des Ruhrgebiets. Die Trennungslinie zwischen diesen beiden Teilen des Ruhrgebiets verläuft ziemlich genau entlang der Autobahn 40, die das Ruhrgebiet in Ost-West-Richtung durchschneidet. Die Forscher des ZEFIR bezeichnen die A 40 aus diesem Grunde als «Sozialäquator» des Ruhrgebiets.<sup>71</sup> Diese Spaltung haben die beschriebenen struktur- und industriepolitischen Maßnahmen nicht verhindert, sondern bestenfalls abgemildert. Gegenwärtig ist auch nicht zu erkennen, dass seitens der politisch Verantwortlichen das Interesse oder gar der Wille besteht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Spaltung aufzuheben.

Aus verschiedenen Gründen waren in der Montanindustrie Frauen nur in der Verwaltung beschäftigt. Daher lag die Frauenbeschäftigungsquote im Ruhrgebiet lange unter dem Bundesdurchschnitt, hat sich aber durch die Tertiärisierung der Arbeitswelt des Ruhrgebiets merklich erhöht. In einigen Bereichen des tertiären Sektors stellen Frauen einen wesentlich höheren Anteil der Beschäftigten als Männer. Ein grundlegendes Problem der Tertiärisierung ist die Qualität der Arbeitsplätze. Besonders in den Bereichen Handel, Logistik, Gaststätten, Tourismus und Freizeit sind die Arbeitsbedingungen im Vergleich zu denen in der alten Montanindustrie deutlich schlechter.

Ein Teil der oben skizzierten Maßnahmen zielten darauf ab, die unmittelbar vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer\*innen nicht in die dauerhafte Arbeitslosigkeit und damit in Armut zu stoßen. Sozialpolitisch war das ein sinnvolles Vorgehen. Kritikwürdig bleibt aber, dass von diesen Maßnahmen vorrangig Beschäftigte großer Unternehmen mit starken Betriebsräten und gewerkschaftlicher Vertretung profitiert haben, kaum oder gar nicht aber die Beschäftigten kleinerer Betriebe. Und nicht immer war den Beteiligten ausreichend bewusst, dass ein sozial begleiteter Arbeitsplatzabbau noch keinen Ersatz für die weggebrochenen Arbeitsplätze bedeutet. Er verlangsamt zwar gesellschaftliche Spaltungsprozesse, verhindert sie aber nicht, da der Wegfall vieler Arbeitsplätze den jüngeren Generationen den Zugang zur Erwerbsarbeit erschwert und zu oft auch unmöglich gemacht hat. Ein sozialverträglicher Arbeitsplatzabbau ist eben keineswegs auch regionalverträglich.

In den Gewerkschaften wird die Entwicklung des Ruhrgebiets eher kritisch betrachtet, da die damit verbundenen Umstrukturierungen zu erheblichen Machtverschiebungen zwischen den Gewerkschaften und für die

69 Vgl. Statistik des RVR: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Metropole Ruhr, 2013

70 Ebd.

71 Vgl. Kersting, Volker/Meyers, Christian/Strohmeier, Klaus Peter/Terpoorten, Tobias: Die A 40 – Der Sozialäquator des Ruhrgebiets, in: Prosek u. a. (Hrsg.): Atlas der Metropole Ruhr, S. 142 ff. Vgl. auch Strohmeier, Klaus Peter: Die soziale Lage im nördlichen Ruhrgebiet, in: Bitter, Karl Heinz/Klute, Jürgen (Hrsg.): Dokumentation: Sozialkonferenz Herne 2002 (Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Bd. 39), Münster 2002, S. 33–52 sowie die Webseite des ZEFIR unter: [www.zefir.ruhr-uni-bochum.de/](http://www.zefir.ruhr-uni-bochum.de/).

Gewerkschaften überhaupt geführt haben. IG BCE und IG Metall haben enorm an Einfluss im Ruhrgebiet eingebüßt, während der von ver.di relativ gestiegen ist. Gleichzeitig haben die Gewerkschaften insgesamt an Einfluss verloren, da im Dienstleistungssektor ein signifikant niedrigerer gewerkschaftlicher Organisationsgrad zu verzeichnen ist als in der alten Montanindustrie. Damit hat sich auch das eingangs skizzierte Dreieck von Gewerkschaft, Montanindustrie und SPD überlebt, was sich auch in den Ergebnissen der Landtagswahl von 2005 widergespiegelt hat. 2005 stellte die CDU erstmals nach 39 Jahren sozialdemokratischer Dominanz in NRW wieder den Ministerpräsidenten.

Drei wichtige Beobachtungen sollen diese Ausarbeitung zum Strukturwandel und zur Industriepolitik im Ruhrgebiet abschließen:

Zunächst zeigt der Blick auf die Geschichte des Strukturwandels, dass eine gewerkschaftlich stark organisierte Arbeitnehmerschaft, die auch im politisch-parlamentarischen Raum gut vertreten ist, eine Voraussetzung für eine effektive Wirtschafts- und Industriepolitik im Sinne der Arbeitnehmer\*innen ist. Vermutlich wäre ohne den großen Einfluss der Gewerkschaften und Betriebsräte in der Montanindustrie selbige ähnlich schnell abgewickelt worden wie in Großbritannien unter Margaret Thatcher. Das hätte zu einer noch stärkeren Deindustrialisierung des Ruhrgebiets und zu einer noch stärkeren gesellschaftlichen Spaltung dort geführt.

Unter den in den letzten Jahrzehnten erprobten Ansätzen einer Industrie- und Wirtschaftspolitik im Ruhrgebiet lassen sich zwei deutlich unterscheidbare Typen ausmachen: ein integrativer und ein exklusiver Ansatz.

Für den integrativen Ansatz steht das IBA-Projekt und das Projekt der Logports in Duisburg. In beiden Projekten hat die Landesregierung eine wichtige aktive, gestaltende und koordinierende Rolle gespielt. Die Notwendigkeit einer tiefer greifenden Umstrukturierung der Wirtschaft wurde in diesen Projekten adressiert, und insbesondere im IBA-Projekt wurde die betroffene Region systematisch in die Projektentwicklung und Realisierung einbezogen, auch wenn nicht alle Projekte gleich erfolgreich waren.<sup>72</sup> Doch die meisten haben sich bisher – wenn auch erst nach und nach – als nachhaltig erwiesen. Die IBA mit ihrem methodischen Ansatz bestätigt somit die Richtigkeit der von Gabriel Colletis in seinem Aufsatz «An alternative European industrial policy?»<sup>73</sup> formulierte Forderung nach einer über die verschiedenen politischen Handlungsebenen abgestimmte und koordinierte Industriepolitik. Colletis bestärkt also diejenigen Entscheidungsträger\*innen, die seit Langem auf eine Überwindung der politischen Zersplitterung des Ruhrgebiets drängen.

Für den exklusiven Ansatz steht unter anderem das Projekt Neue Mitte Oberhausen. Hier haben sich die politisch Verantwortlichen darauf beschränkt, einem Investor zu ermöglichen, ohne Auflagen auf einer mit öffentlichen Mitteln aufbereiteten Industriebrache ein Projekt zu realisieren. Das Interesse des Investors war auf den Erfolg seines Projekts fokussiert, aber nicht auf die Entwicklung der Region. Weder gab es eine Analyse der Situation in der Region, noch war der Investor mit der Frage konfrontiert, wie sich das Projekt sinnvoll in eine regionale Entwicklungsstrategie hätte einbinden lassen. Entscheidend war für ihn, dass sich in einem überschaubaren Zeitraum die Investitionen an diesem Standort amortisieren. Folglich war für die Investitionsentscheidung auch nicht relevant, dass das Projekt Neue Mitte Oberhausen im Gegenzug zu den Arbeitsplätzen, die es geschaffen hat, an anderer Stelle Arbeitsplätze vernichtete – was von vornherein absehbar war und kritisiert wurde. Für die langfristige und strategische Entwicklung einer Region im Umbruch sind solche Projekte wenig förderlich.

Anfang 2015 hat der DGB Nordrhein-Westfalen das Memorandum «NRW 2020: Gute Arbeit – Nachhaltige Entwicklung» veröffentlicht.<sup>74</sup> Es knüpft an die Stärken des bisherigen Strukturwandels an, benennt aber ebenso die sozialen und infrastrukturellen Defizite, die zunehmend offensichtlicher werden, und fordert die Verantwortlichen zu einem schnellen konzertierten Handeln auf, um das Erreichte nicht wieder zu verspielen und die Zukunft der Region aktiv zu gestalten. Wie weit diese Initiative trägt, muss sich zeigen und hängt natürlich auch von der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung ab, die diese Initiative erfährt.

Die Geschichte des Strukturwandels im Ruhrgebiet führt vor Augen, dass ein Strukturwandel nicht ein einmaliges und zeitlich befristetes Projekt ist, sondern ein permanenter Veränderungsprozess, der einer kontinuierlichen und klugen politischen Begleitung und Gestaltung bedarf.

72 Vgl. «Über zwanzig Jahre IBA Emscher Park, einen Bürgermeister fürs ganze Revier und eine große Bürgerinitiative», Interview mit Christoph Zöpel, Ruhrbarone, 22.7.2009, unter: [www.ruhrbarone.de/uber-zwanzig-jahre-iba-emscher-park-einen-buergermeister-furs-ganze-revier-und-eine-groese-buergerinitiative-interview-mit-christoph-zoepel/2710](http://www.ruhrbarone.de/uber-zwanzig-jahre-iba-emscher-park-einen-buergermeister-furs-ganze-revier-und-eine-groese-buergerinitiative-interview-mit-christoph-zoepel/2710).

73 Colletis, Gabriel: An alternative European industrial policy?, Transform Europe, 17.11.2014, unter: [www.transform-network.net/cs/publications/sbornik/overview/article/yearbook-2015/an-alternative-european-industrial-policy/](http://www.transform-network.net/cs/publications/sbornik/overview/article/yearbook-2015/an-alternative-european-industrial-policy/).

74 DGB Nordrhein-Westfalen: NRW 2020, unter: <http://nrw.dgb.de/nrw2020>.

## VII LITERATUR UND INTERNETARTIKEL

- 1 Ansiedlungspolitik in Bochum
- 2 Blaupunkt Herne
- 3 Centro Oberhausen/Neue Mitte Oberhausen
- 4 IBA/Emscher Park
- 5 Logport Duisburg
- 6 Metropole Ruhr/Kulturhauptstadt Ruhr 2010
- 7 Montan- und Energie-Industrie
- 8 Movie-Park Bottrop-Kirchhellen
- 9 «New Park»
- 10 Siemens Gladbeck
- 11 Steinkohlesubventionen/Subventionsberichte der Bundesregierung
- 12 Anträge und Papiere der Linksfraktion im Bundestag/Die Linke
- 13 Weitere Literatur

### 1 ANSIEDLUNGSPOLITIK IN BOCHUM

#### Opel

- «Adam Opel AG Werk Bochum I», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Adam\\_Opel\\_AG\\_Werk\\_Bochum\\_I](http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Opel_AG_Werk_Bochum_I)
- «Adam Opel AG Werke Bochum II/III», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Adam\\_Opel\\_AG\\_Werke\\_Bochum\\_II/III](http://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Opel_AG_Werke_Bochum_II/III)
- Ansiedlung – Was Opel nützt, in: Der Spiegel 41/1960, 5.10.1960, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-43066975.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43066975.html)
- Aus fürs Opelwerk: Bochum fährt die letzte Schicht, Spiegel Online, 5.12.2014, unter: [www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/opel-bochum-fuer-mitarbeiter-beginnt-nach-werksschliessung-das-zittern-a-1006271.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/opel-bochum-fuer-mitarbeiter-beginnt-nach-werksschliessung-das-zittern-a-1006271.html)
- Hubbertz, Hans: The times are a changing. Die Opel-Geschichte, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 1/1991, S. 11 ff.
- Opel-Werke nach Bochum, in: Ruhr-Nachrichten, 21.5.1960, unter: [www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=1199&url\\_tabelle=tab\\_quelle](http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=1199&url_tabelle=tab_quelle)
- Verkehrsinfarkt – Auf jeden Stau ein Straßenbau? – Mit Volldampf in die Sackgasse. Amos-Gespräch mit dem Direktor der Bochumer Adam Opel AG, Dr. Strinß, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 1/1991, S. 3 f.

#### Nokia

- «Nokia-Werk Bochum», Wikipedia, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Nokia-Werk\\_Bochum](https://de.wikipedia.org/wiki/Nokia-Werk_Bochum)
- RIM eröffnet Forschungs- und Entwicklungszentrum in Bochum, in: Computerwoche, 11.9.2018, unter: [www.computerwoche.de/a/rim-eroeffnet-forschungs-und-entwicklungszentrum-in-bochum,1873309](http://www.computerwoche.de/a/rim-eroeffnet-forschungs-und-entwicklungszentrum-in-bochum,1873309)
- VW übernimmt BlackBerry-Entwicklungszentrum in Bochum, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 1.7.2014, unter: [www.derwesten.de/staedte/bochum/vw-uebernimmt-blackberry-entwicklungszentrum-in-bochum-id9543021.html](http://www.derwesten.de/staedte/bochum/vw-uebernimmt-blackberry-entwicklungszentrum-in-bochum-id9543021.html)

#### QVC

Bei QVC leisten immer mehr Agenten Heimarbeit, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 3.10.2011, unter: [www.derwesten.de/staedte/bochum/bei-qvc-leisten-immer-mehr-agenten-heimarbeit-id5126728.html](http://www.derwesten.de/staedte/bochum/bei-qvc-leisten-immer-mehr-agenten-heimarbeit-id5126728.html)

### 2 BLAUPUNKT HERNE

- [www.herne.de/Stadt-und-Leben/Stadtgeschichte/Die-Zeit-von-1946-bis-1965/](http://www.herne.de/Stadt-und-Leben/Stadtgeschichte/Die-Zeit-von-1946-bis-1965/)
- [www.herne.de/Stadt-und-Leben/Stadtgeschichte/Die-Zeit-von-1990-bis-heute/](http://www.herne.de/Stadt-und-Leben/Stadtgeschichte/Die-Zeit-von-1990-bis-heute/)

### 3 CENTRO OBERHAUSEN/NEUE MITTE OBERHAUSEN

- «Centro Oberhausen», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Centro>
- «Gute Hoffnungshütte Oberhausen», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Gutehoffnungshütte>
- «Neue Mitte Oberhausen», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Neue\\_Mitte\\_Oberhausen](http://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Mitte_Oberhausen)

### 4 IBA/EMSCHER PARK

- Blase, Dieter: Die IBA Emscherpark – Bilanz und Ausblick, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 2/1999, S. 12 f.
- «Ein Haufen interessantes Zeug». Ein Amos-Gespräch mit Karl Ganser, dem Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA), über Erfolge und Mißerfolge beim Umbau einer alten Industrieregion, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 3/1999, S. 6 ff.
- IBA Emscher Park, unter: [www.iba-emscherpark.de/pagelD\\_2507085.html](http://www.iba-emscherpark.de/pagelD_2507085.html)
- Inseln in der Emscherzone. Das Ganze ist das gemeinsame Denken. Amos-Interview mit Dr. Karl Ganser, Chef der IBA, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 2–3/1990, S. 3 ff.
- Kurth, Markus: Vielseitig verwendbar – die Modernisierungspolitik der IBA Emscher Park, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 2/1999, S. 14 f.
- Rommelspacher, Thomas: Re-Naturierung von Industriegewässern. Auch künftig nur eingeschränkte Lebensverhältnisse für Wassertiere und -pflanzen: der Umbau des Emschersystems, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 1/1999, S. 8 f.
- Wissen, Markus: Modernität und Resteverwertung. Die IBA im Kontext regionaler Restrukturierung, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, 1/1999, S. 6 f.

### 5 LOGPORT DUISBURG

- Duisburger Hafengelände Logport 1 ist komplett vermarktet, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 19.3.2014, unter: [www.derwesten.de/staedte/duisburg/vermarktung-von-logport-1-komplett-abgeschlossen-id9134236.html](http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/vermarktung-von-logport-1-komplett-abgeschlossen-id9134236.html)
- Duisport/Logport, unter: [www.duisport.de/unternehmen/logport.html](http://www.duisport.de/unternehmen/logport.html)
- GFW Duisburg: logport: Wir gestalten den Wandel. Das logport-Konzept: Von Industriebrachen zu einem der führenden Logistikstandorte Europas – eine Erfolgsgeschichte auf 371 Fußballfeldern!, unter: [www.duisport.de/kompetenzen/industrieflaechen-logisitkimmobilien/das-logport-konzept](http://www.duisport.de/kompetenzen/industrieflaechen-logisitkimmobilien/das-logport-konzept)
- «Logport Duisburg», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Duisburger\\_Hafen\\_AG](http://de.wikipedia.org/wiki/Duisburger_Hafen_AG)
- Logport IV ist nicht das letzte Logport, in: Rheinische Post, 16.7.2014, unter: [www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/logport-iv-ist-nicht-das-letzte-logport-aid-1.4389111](http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/logport-iv-ist-nicht-das-letzte-logport-aid-1.4389111)

### 6 METROPOLE RUHR/KULTURHAUPTSTADT RUHR 2010

- Aufgabenstellung der Wirtschaftsförderung Metropol Ruhr, unter: <https://business.metropolruhr.de/invest/ueber-uns/aufgaben-vision-neue-bmr/>
- Die Linke im RVR: Kulturhauptstadt 2010. Ein Jahr nur für die «Elite» oder Entwicklungschance für die gesamte Region? Dokumentation des Workshops der Fraktion DIE LINKE. im RVR am 10.3.2007 – Kulturpolitische Positionen und Forderungen der Fraktion DIE LINKE. im RVR, unter: [www.dielinke-rvr.de/fileadmin/fraktionrvr/pdf/broschueren/2007\\_broschuere\\_kulturhauptstadt\\_endgueltig.pdf](http://www.dielinke-rvr.de/fileadmin/fraktionrvr/pdf/broschueren/2007_broschuere_kulturhauptstadt_endgueltig.pdf)
- Die Linke im RVR: Konferenz «Was ist, was bleibt?» zur Kulturhauptstadt 2010, 2.5.2009 (Dokumentation), unter: [www.dielinke-rvr.de/nc/dokumente/veroeffentlichungen-der-fraktion/news/broschuere-zur-konferenz-kulturhauptstadtjahr-2010/](http://www.dielinke-rvr.de/nc/dokumente/veroeffentlichungen-der-fraktion/news/broschuere-zur-konferenz-kulturhauptstadtjahr-2010/)
- kommunalpolitisches forum nrw e.v.: Masterplan Kulturmetropole Ruhr auf dem Prüfstand. Dokumentation der Konferenz der Fraktion DIE LINKE im RVR am 18.6.2011, unter: [www.kopofo-nrw.de/fileadmin/kopofo-nrw/broschueren/kopofo\\_nrw\\_Broschuere\\_Masterplan\\_Kulturmetropole\\_Ruhr\\_auf\\_dem\\_Pruefstand.pdf](http://www.kopofo-nrw.de/fileadmin/kopofo-nrw/broschueren/kopofo_nrw_Broschuere_Masterplan_Kulturmetropole_Ruhr_auf_dem_Pruefstand.pdf)
- Kulturhauptstadt Europas Ruhr.2010, unter: <http://archiv.ruhr2010.de>

- Masterplan Kulturmetropole Ruhr, Essen 2008, unter: <https://masterplan-kultur-witten.de/wp-content/uploads/Masterplan-Kulturmetropole-Ruhr.pdf>
- Metropol Ruhr, unter: [www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/html/zukunftsperspektiven/metropole\\_ruhr/metropole\\_ruhr.php%3Fp=2.html](http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/html/zukunftsperspektiven/metropole_ruhr/metropole_ruhr.php%3Fp=2.html)
- Prosek, Achim/Schneider, Helmut/Wessel, Horst A./Wetterau, Burkhard/Wiktorin, Dorothea (Hrsg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009.
- «Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirke\\_in\\_Nordrhein-Westfalen](http://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirke_in_Nordrhein-Westfalen)
- Schilling, Konrad A. (Hrsg.): Kulturmetropole Ruhr Perspektivplan II, Essen 2007.
- Willamowski, Gerd/Nellen, Dieter/Bourrée, Manfred (Hrsg. für den KVR): Ruhrstadt – Kultur kontrovers, Essen 2003.

## 7 MONTAN- UND ENERGIE-INDUSTRIE

- Bierabende im Revier. Kohlepreis, in: Der Spiegel 8/1956, 22.2.1956, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587489.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587489.html)
- Energiepolitik: Gegen den Rest der Welt. Ein Rentner vom Niederrhein ist schuld am Problem der Regierung mit dem Kohlepennig, in: Der Spiegel 13/1995, 27.3.1995, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-9176268.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9176268.html)
- «Ewigkeitskosten», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ewigkeitskosten>
- Feierschichten. Lohn der Angst, in: Der Spiegel 52/1958, 24.12.1958, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42621099.html)
- Gesamtverband Steinkohle e. V.: Jahresbericht 2018, unter: [www.gvst.de/site/steinkohle/pdf/GVSt\\_Jahresbericht\\_2018.pdf](http://www.gvst.de/site/steinkohle/pdf/GVSt_Jahresbericht_2018.pdf)
- Hennicke, Peter/Lechtenböhmer, Stefan (Hrsg.): Ist ein sozial- und klimaverträgliches Zukunftskonzept für die deutsche Kohle realisierbar? Vorstudie. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal 1995. [Der Schlussteil der Studie ist auch veröffentlicht, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 3/1995, S. 5 f.]
- «Hüttenvertrag», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Hüttenvertrag>
- Jablonowsk, Harry W.: Mehr Transparenz und Ehrlichkeit in der Kohlepolitik, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 3/1995, S. 12 f.
- Jahrbuch Stahl 2013, Bd. 1, hrsg. vom Stahlinstitut VDEh und der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Düsseldorf [2012].
- «Jahrhundertvertrag», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Jahrhundertvertrag>
- Kaiser, Lothar: Kohlekompromiss wird umgesetzt, Deutschlandfunk, 19.10.1999, unter: [www.deutschlandfunk.de/index.724.de.html?dram:article\\_id=97125](http://www.deutschlandfunk.de/index.724.de.html?dram:article_id=97125)
- Kohlehalden. Zaster für Zechen. Wie aus der Überproduktion eine nationale Kohlereserve geschaffen werden soll, in: Die Zeit 43/1976, 15.10.1976, unter: [www.zeit.de/1976/43/zaster-fuer-zechen](http://www.zeit.de/1976/43/zaster-fuer-zechen)
- «Kohlekrise» unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Kohlekrise>
- «Kohlepennig», in: Wirtschaftslexikon 24, unter: [www.wirtschaftslexikon24.com/d/kohlepennig/kohlepennig.htm](http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/kohlepennig/kohlepennig.htm)
- KPMG-Studie: Ewigkeitskosten der Kohle betragen 13 Milliarden Euro – Unwägbar Risiken für Trinkwasser, Pressebox, 14.12.2006, unter: [www.pressebox.de/pressemitteilung/verlagsgruppe-handelsblatt-gmbh-wirtschaftswoche/KPMG-Studie-Ewigkeitskosten-der-Kohle-betragen-13-Milliarden-Euro-Unwaegbare-Risiken-fuer-Trinkwasser/boxid/87142](http://www.pressebox.de/pressemitteilung/verlagsgruppe-handelsblatt-gmbh-wirtschaftswoche/KPMG-Studie-Ewigkeitskosten-der-Kohle-betragen-13-Milliarden-Euro-Unwaegbare-Risiken-fuer-Trinkwasser/boxid/87142)
- Lechtenböhmer, Stefan: Vorstellungen zur Rolle der deutschen Kohle im zukünftigen Energiesystem. Die Szenarien der Vorstudie des Wuppertal Instituts, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 3/1995, S. 10 f.
- Neumann, Ingrid: Feierschichten an der Ruhr. Kein Grund zur Aufregung, aber immerhin doch zu ernstesten Überlegungen, in: Die Zeit 9/1958, 27.2.1958, unter: [www.zeit.de/1958/09/feierschichten-an-der-ruhr](http://www.zeit.de/1958/09/feierschichten-an-der-ruhr)
- «RAG Aktiengesellschaft», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/RAG\\_Aktiengesellschaft](http://de.wikipedia.org/wiki/RAG_Aktiengesellschaft)
- «RAG Deutsche Steinkohle AG», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/RAG\\_Deutsche\\_Steinkohle\\_AG](http://de.wikipedia.org/wiki/RAG_Deutsche_Steinkohle_AG)
- «RAG-Stiftung», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/RAG-Stiftung>
- RAG-Stiftung: Ewigkeitsaufgaben, unter: [www.rag-stiftung.de/ewigkeitsaufgaben/](http://www.rag-stiftung.de/ewigkeitsaufgaben/)
- «Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Rationalisierungsverband\\_des\\_Steinkohlenbergbaus](http://de.wikipedia.org/wiki/Rationalisierungsverband_des_Steinkohlenbergbaus)
- «Ruhrbergbau, Wikipedia», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrbergbau>
- Zimmermann, Jörg-Rainer: Ewigkeitskosten – Ewigkeitsgewinne, in: neue energie, 11.6.2014, unter: [www.neueenergie.net/ewigkeitskosten-ewigkeitsgewinne](http://www.neueenergie.net/ewigkeitskosten-ewigkeitsgewinne)

## 8 MOVIE-PARK BOTTROP-KIRCHHELLEN

- «Bavaria Film Park», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Bavaria\\_Film#Bavaria\\_Film\\_Park](http://de.wikipedia.org/wiki/Bavaria_Film#Bavaria_Film_Park)
- «Movie Park Germany», Wikipedia, unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Movie\\_Park\\_Germany](http://de.wikipedia.org/wiki/Movie_Park_Germany)
- «Traumlandpark Kirchhellen», Wikipedia, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Traumlandpark>

## 9 «NEW PARK»

- Die New-Park-Idee: [www.datteln.de/08\\_Wirtschaft/newpark.asp?A\\_highmain=16&A\\_highsub=0&A\\_highsubsub=0](http://www.datteln.de/08_Wirtschaft/newpark.asp?A_highmain=16&A_highsub=0&A_highsubsub=0)
- Göske, Eckhard: Unternehmen brauchen Fläche. Große Chance für eine ganze Region, Wirtschaftsspiegel Februar 2009, unter: [www.ihk-nordwestfalen.de/wirtschaft/standortpolitik/analysen-und-positionen/positionen/zukunftsraum-nord-westfalen/newpark/](http://www.ihk-nordwestfalen.de/wirtschaft/standortpolitik/analysen-und-positionen/positionen/zukunftsraum-nord-westfalen/newpark/)
- Haase, Jürgen: newPark aus der Sicht von ProWaltrop, ProWaltrop, 22.9.2016, unter: <http://pro-waltrop.de/index.php/newpark/das-thema>
- New Park: Innovationsstark für neue Industrie, unter: [www.newpark.de/konzept/vision.html](http://www.newpark.de/konzept/vision.html)
- Newpark: Platz für Jobs im armen Norden des Ruhrgebiets, Ruhrbarone, 10.12.2013, unter: [www.ruhrbarone.de/newpark-platz-fuer-jobs-im-armen-norden-des-ruhrgebiets/71533](http://www.ruhrbarone.de/newpark-platz-fuer-jobs-im-armen-norden-des-ruhrgebiets/71533)
- newPark: TOP-Standort für neue Industrie, 23.1.2018, unter: [www.emscher-lippe.de/unsere-projekte/newpark.html](http://www.emscher-lippe.de/unsere-projekte/newpark.html)
- Planungspolitik Forschung: Industriefläche newPark nicht new, sondern Unfug, 15.11.2018, unter: [www.planungspolitik-forschung.de/komm/kommentar-2018-11-15.htm](http://www.planungspolitik-forschung.de/komm/kommentar-2018-11-15.htm)
- Rieselfelder stehen vor dem Verkauf – Struktur verbessern, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5.8.2007, unter: [www.derwesten.de/staedte/unser-vest/rieselfelder-stehen-vor-dem-verkauf-struktur-verbessern-id2003668.html](http://www.derwesten.de/staedte/unser-vest/rieselfelder-stehen-vor-dem-verkauf-struktur-verbessern-id2003668.html)
- Wissen, Markus: Ein Labor des Freien Marktes. Zur geplanten Sonderwirtschaftszone in der Emscher-Lippe-Region, in: Amos – Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet 4/1997, S. 13 f.

## 10 SIEMENS GLADBECK

Bresgott, Michael: Siemens hat in Gladbeck tiefe Wunden hinterlassen, in: Der Westen, 10.1.2011, unter: [www.derwesten.de/staedte/gladbeck/siemens-hat-in-gladbeck-tiefe-wunden-hinterlassen-id4150192.html](http://www.derwesten.de/staedte/gladbeck/siemens-hat-in-gladbeck-tiefe-wunden-hinterlassen-id4150192.html)

## 11 STEINKOHLESUBVENTIONEN/SUBVENTIONSBERICHTE DER BUNDESREGIERUNG

- Leuschner, Udo: Energiechronik, unter: [www.udo-leuschner.de/energie-chronik/110409d1.htm](http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/110409d1.htm)
- Leuschner, Udo: Link-Liste zur Steinkohle-Subventionierung, unter: [www.udo-leuschner.de/energie-chronik/ysteinkohle.htm](http://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/ysteinkohle.htm)
- Marksteiner, Jörg: Teure Steinkohle: Der Kampf um Subventionen, Deutschlandfunk, 18.12.2018, unter: [www.deutschlandfunkkultur.de/teure-steinkohle-der-kampf-um-subventionen.976.de.html?dram:article\\_id=436329](http://www.deutschlandfunkkultur.de/teure-steinkohle-der-kampf-um-subventionen.976.de.html?dram:article_id=436329)
- Meyer, Bettina/Küchler, Swantje/Hölzinger, Oliver (Green Budget Germany [GBG]: Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft e.V. [FÖS]): Staatliche Förderungen der Stein- und Braunkohle im Zeitraum 1950–2008, 1.6.2010, unter: [www.foes.de/pdf/Kohlesubventionen\\_1950\\_2008.pdf](http://www.foes.de/pdf/Kohlesubventionen_1950_2008.pdf)
- Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages: Dokumentation Steinkohlesubventionen, Berlin, 7.4.2017, Aktenzeichen: WD 5-3000-033/17, unter: [www.bundestag.de/resource/blob/505892/0a3577d00633e51547e8b148f2d58e01/wd-5-033-17-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/505892/0a3577d00633e51547e8b148f2d58e01/wd-5-033-17-pdf-data.pdf)

## **Subventionsberichte der Bundesregierung von 1967 bis 2017 (Nr. 1–26)**

- 1. Subventionsbericht vom 21.12.1967 (BT-Drucksache 5/2423), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/05/024/0502423.pdf>
- 2. Subventionsbericht vom 16.2.1970 (BT-Drucksache 6/391), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/06/003/0600391.pdf>
- 3. Subventionsbericht vom 23.12.1971 (BT-Drucksache 6/2994), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/06/029/0602994.pdf>
- 4. Subventionsbericht vom 29.10.1973 (BT-Drucksache 7/1144), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/07/011/0701144.pdf>
- 5. Subventionsbericht vom 22.10.1975 (BT-Drucksache 7/4203), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/07/042/0704203.pdf>
- 6. Subventionsbericht vom 17.11.1977 (BT-Drucksache 8/1195), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/011/0801195.pdf>
- 7. Subventionsbericht vom 8.8.1979 (BT-Drucksache 8/3097), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/030/0803097.pdf>
- 8. Subventionsbericht vom 6.11.1981 (BT-Drucksache 9/986), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/09/009/0900986.pdf>
- 9. Subventionsbericht vom 6.9.1983 (BT-Drucksache 10/352), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/10/003/1000352.pdf>
- 10. Subventionsbericht vom 12.9.1985 (BT-Drucksache 10/3821), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/10/038/1003821.pdf>
- 11. Subventionsbericht vom 25.11.1987 (BT-Drucksache 11/1338), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/013/1101338.pdf>
- 12. Subventionsbericht vom 1.9.1989 (BT-Drucksache 11/5116), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/051/1105116.pdf>
- 13. Subventionsbericht vom 11.11.1991 (BT-Drucksache 12/1525), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/015/1201525.pdf>
- 14. Subventionsbericht vom 26.8.1993 (BT-Drucksache 12/5580), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/055/1205580.pdf>
- 15. Subventionsbericht vom 1.9.1995 (BT-Drucksache 13/2230), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/022/1302230.pdf>
- 16. Subventionsbericht vom 29.8.1998 (BT-Drucksache 13/8420), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/084/1308420.pdf>
- 17. Subventionsbericht vom 13.8.1999 (BT-Drucksache 14/1500), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/14/015/1401500.pdf>
- 18. Subventionsbericht vom 26.7.2001 (BT-Drucksache 14/6748), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/14/067/1406748.pdf>
- 19. Subventionsbericht vom 1.10.2003 (BT-Drucksache 15/1635), unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/15/016/1501635.pdf>
- 20. Subventionsbericht vom 22.3.2006 (BT-Drucksache 16/1020), unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/010/1601020.pdf>
- 21. Subventionsbericht vom 21.8.2007 (BT-Drucksache 16/6275), unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/062/1606275.pdf>
- 22. Subventionsbericht vom 15.1.2010 (BT-Drucksache 17/465), unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/004/1700465.pdf>
- 23. Subventionsbericht vom 11.8.2011 (BT-Drucksache 17/6795), unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/067/1706795.pdf>
- 24. Subventionsbericht vom 19.8.2013 (BT-Drucksache 17/14621), unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714621.pdf>
- 25. Subventionsbericht vom 2.9.2015 (BT-Drucksache 18/5940), unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/059/1805940.pdf>
- 26. Subventionsbericht vom 28.8.2017 (BT-Drucksache 18/13456), unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/134/1813456.pdf>

## 12 ANTRÄGE UND PAPIERE DER LINKSFRAKTION IM BUNDESTAG/DIE LINKE

[Texte ohne Angabe eines Links können bei der Linksfraktion im Bundestag nachgefragt werden.]

- Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Hans-Kurt Hill, Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Löttsch und der Fraktion DIE LINKE: Ruhrkohle AG in eine Stiftung öffentlichen Rechts überführen – Börsengang verhindern. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/6392, 16. Wahlperiode, 19.9.2007, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/063/1606392.pdf>
- Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dağdelen, Harald Koch, Ralph Lenkert, Dorothee Menzner, Richard Pitterle, Dr. Herbert Schui, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE: Opel – Zukunftsfähige Arbeitsplätze statt Standortwettbewerb. Deutscher Bundestag Drucksache 17/1404, 17. Wahlperiode, 20.4.2010, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701404.pdf>
- Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Matthias W. Birkwald, Ralph Lenkert, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost, Kathrin Vogler, Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE: Für einen geordneten und sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3044, 17. Wahlperiode, 28.9.2010, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/030/1703044.pdf>
- Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Sahra Wagenknecht, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, Jutta Krellmann, Michael Schlecht und der Fraktion DIE LINKE: Beschäftigtenrechte bei Übernahmen und Fusionen stärken. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3540, 17. Wahlperiode, 26.10.2010, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703540.pdf>
- Bischof, Joachim/Gauthier, Elisabeth/Klute, Jürgen/Meinenreis, David/Radke, Björn/Troost, Axel: Aufruf: Erneuerung Europas. Für eine gemeinsame sozial-ökologische Industriepolitik in Europa, 12.3.2015, unter: [www.juergen-klute.eu/de/article/961.aufruf-erneuerung-europas-f%C3%BCr-eine-gemeinsame-sozial-%C3%B6kologische-industriepolitik-in-europa.html](http://www.juergen-klute.eu/de/article/961.aufruf-erneuerung-europas-f%C3%BCr-eine-gemeinsame-sozial-%C3%B6kologische-industriepolitik-in-europa.html)
- DIE LINKE im Bundestag: Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Ein Denkanstoß und eine Einladung zur Debatte, Mai 2013, unter: [www.linksfraktion.de/themen/plan-b/](http://www.linksfraktion.de/themen/plan-b/)
- Lötzer, Ulla (MdB): Die Ursachen der Krise der Automobilindustrie. Positionspapier zu Opel vom 19.3.2009.
- Lötzer, Ulla (MdB, DIE LINKE im Bundestag, Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit, Finanzen): Die Krise der Automobilindustrie, 10.3.2009.
- Lötzer, Ulla (MdB, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung): Sozial-ökologischer Umbau der Industrie – Schwerpunkt Automobilindustrie, März 2010.
- Lötzer, Ulla: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken. Konversion, Zukunftsfonds und Wirtschaftsdemokratie, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 19/2010, unter: [http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2847/pdf/Standpunkte\\_19\\_2010.pdf](http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2847/pdf/Standpunkte_19_2010.pdf)
- Lötzer, Ulla (MdB): Sozial-ökologische Umbauperspektiven in Politik und Gesellschaft. Diskussionsbeitrag zur Zukunftskonferenz «Fortschritt sozial-ökologisch gestalten» der Arbeiterkammer Linz am 12.6.2012.
- Lötzer, Ulla (MdB)/Zimmermann, Sabine (MdB): Krise der Automobilindustrie. Beschäftigung sichern, sozialökologisch Umsteuern. Diskussionspapier zum Fachgespräch am 11.2.2009.
- Sander, Bernhard: Wachstumfelder für die NRW-Wirtschaft, vorortLINKS, 8.4.2015, unter: [www.vorort-links.de/analysen\\_ansichten/detail/artikel/wachstumfelder-fuer-die-nrw-wirtschaft/](http://www.vorort-links.de/analysen_ansichten/detail/artikel/wachstumfelder-fuer-die-nrw-wirtschaft/)

## 13 WEITERE LITERATUR

- Bitter, Karl-Heinz/Klute, Jürgen (Hrsg.): Dokumentation: Sozialkonferenz Herne 2002 (Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Bd. 39), Münster 2002.
- Böhmer, Hermann/Lürig, Eike/Utku, Yasemin/Zimmermann, Daniel (Hrsg.): Stadtentwicklung in Dortmund seit 1945. Von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissenschaftsstadt (Blaue Reihe – Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 135) 2., korr. Aufl., Dortmund 2010.
- Bömer, Hermann: Ruhrgebietspolitik in der Krise. Kontroverse Konzepte aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbänden (Blaue Reihe – Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 101), Dortmund 2000.
- DGB Nordrhein-Westfalen: Memorandum «NRW 2020: Gute Arbeit – Nachhaltige Entwicklung», unter: [nrw.dgb.de/nrw2020](http://nrw.dgb.de/nrw2020)



- Harenberg, Bodo (Hrsg.): Chronik des Ruhrgebiets, Dortmund 1987 [Lizenzausgabe für die Bertelsmann Club-Ausgabe].
- Hirsch, Nicola (Red.): Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1992.
- Kersting, Volker/Meyers, Christian/Strohmeier, Klaus Peter/Terpoorten, Tobias: Die A 40 – Der Sozialäquator des Ruhrgebiets, in: Prosek, Achim/Schneider, Helmut/Wessel, Horst A./Wetterau, Burkhard/Wiktorin, Dorothea (Hrsg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009, S. 142ff.
- Naphtali, Fritz Perez: Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel, hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali, Berlin 1928 [Nachdruck Hamburg 1966].
- Prosek, Achim/Schneider, Helmut/Wessel, Horst A./Wetterau, Burkhard/Wiktorin, Dorothea (Hrsg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009.
- Stahlmann, Michael/Wendt-Kleinberg, Walter: Zwischen Engagement und innerer Kündigung. Fortschreitender Personalabbau und betrieblich Interaktionskulturen, unter Mitarbeit von Irmgard Weyrather (Schriftenreihe der Hans-Böckler-Stiftung). Münster 2007.
- Strohmeier, Klaus Peter: Die soziale Lage im nördlichen Ruhrgebiet, in: Bitter, Karl-Heinz/Klute, Jürgen (Hrsg.): Dokumentation: Sozialkonferenz Herne 2002 (Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Bd. 39), Münster 2002, S. 33–52.